

# **VERURSACHUNGSPRINZIP UND UMWELTSCHUTZ**

## **Rechtliche Probleme des Verursachungsprinzips im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz**

Inaugural-Dissertation  
zur  
Erlangung der juristischen Doktorwürde  
dem  
Fachbereich Rechtswissenschaften  
der Philipps-Universität zu Marburg

Vorgelegt von  
Werner Poppe  
Gerichtsreferendar  
aus Kassel

1975



**Verursachungsprinzip und Umweltschutz**  
**Rechtliche Probleme des Verursachungsprinzips**  
**im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz**

Inaugural-Dissertation  
zur  
Erlangung der juristischen Doktorwürde  
dem  
Fachbereich Rechtswissenschaften  
der Philipps-Universität zu Marburg



Vorgelegt von  
Werner Poppe  
aus Kassel

Marburg 1975

Als Dissertation von dem Fachbereich Rechtswissenschaften

angenommen am: 4. Dezember 1975

Berichterstatter: Professor Dr. H. Maurer

Mitberichterstatter: Professor Dr. G. Hoffmann

Tag der mündlichen Prüfung: 8. Dezember 1975



Herrn Prof. Maurer und Herrn Dipl.-Phys. Körner  
danke ich für wertvolle Anregungen zu dieser Arbeit

## A. Einleitung

I. Angewandte der Veranschaulichung  
zu anderen Veranschaulichungen

II. Einleitende und abschließende Ab-  
grenzung der Arbeit

III. Der Begriff der Veranschaulichung

## B. Zielsetzung

1. Die Darstellung der Veranschaulichung  
als eine Art der Veranschaulichung  
der Veranschaulichung

2. Die Darstellung der Veranschaulichung  
als eine Art der Veranschaulichung  
der Veranschaulichung

3. Die Darstellung der Veranschaulichung  
als eine Art der Veranschaulichung  
der Veranschaulichung

4. Die Darstellung der Veranschaulichung  
als eine Art der Veranschaulichung  
der Veranschaulichung

5. Die Darstellung der Veranschaulichung  
als eine Art der Veranschaulichung  
der Veranschaulichung

6. Die Darstellung der Veranschaulichung  
als eine Art der Veranschaulichung  
der Veranschaulichung

7. Die Darstellung der Veranschaulichung  
als eine Art der Veranschaulichung  
der Veranschaulichung



## INHALTSVERZEICHNIS

|                                                                                                                                                                                         | Seite |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| Inhaltsverzeichnis                                                                                                                                                                      | I     |
| Literaturverzeichnis                                                                                                                                                                    | VI    |
| <br>                                                                                                                                                                                    |       |
| A. <u>Einleitung</u>                                                                                                                                                                    | 1     |
| I. Abgrenzung des Verursachungsprinzips<br>zu anderen Zurechnungsprinzipien                                                                                                             | 1     |
| II. Problemstellung und thematische Ab-<br>grenzung der Arbeit                                                                                                                          | 7     |
| III. Zum Begriff der Verursachung                                                                                                                                                       | 11    |
| <br>                                                                                                                                                                                    |       |
| B. <u>Hauptteil</u>                                                                                                                                                                     | 14    |
| I. Die Anwendung des Verursachungsprinzips<br>auf dem Gebiet des verwaltungsrechtlichen<br>Immissionsschutzes                                                                           | 14    |
| 1. Zum gegenwärtigen Stand der Entwick-<br>lung der gesetzlichen Vorschriften<br>zum Immissionsschutz                                                                                   | 14    |
| 2. Die Verwirklichung des Verursachungs-<br>prinzips in den verwaltungsrechtlichen<br>Normen, welche dem Immissionsschutz<br>dienen, unter besonderer Berücksich-<br>tigung des BImSchG | 18    |
| a) Aufbau und Grundzüge des BImSchG                                                                                                                                                     | 18    |
| b) Der Begriff der "schädlichen Um-<br>welteinwirkung" als Definition<br>des Verursachungserfolges                                                                                      | 21    |
| c) Die Anwendung des Verursachungs-<br>prinzips in den Vorschriften über<br>genehmigungsbedürftige Anlagen                                                                              | 26    |
| aa) Neugenehmigung von Anlagen                                                                                                                                                          | 26    |
| bb) Teilgenehmigung und Vorbe-<br>scheid                                                                                                                                                | 31    |

|                                                                                                                                              | Seite  |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| cc) Bedingungen und Auflagen                                                                                                                 | 31     |
| dd) Wesentliche Änderung von Anlagen                                                                                                         | 32     |
| ee) Nachträgliche Anordnungen                                                                                                                | 32     |
| ff) Untersagung, Stilllegung und Beseitigung                                                                                                 | 35     |
| gg) Widerruf der Genehmigung                                                                                                                 | 35     |
| d) Die Anwendung des Verursachungsprinzips in den Vorschriften über nicht genehmigungsbedürftige Anlagen                                     | 36     |
| e) Die Anwendung des Verursachungsprinzips im dritten Teil des BImSchG                                                                       | 40     |
| f) Die Anwendung des Verursachungsprinzips im vierten Teil des BImSchG                                                                       | 41     |
| g) Das Haftungsprinzip in den Verursachungstatbeständen des BImSchG                                                                          | 42     |
| <br>II. Die Feststellung der Verursachung einer Umweltgefährdung als Grenzwertproblem                                                        | <br>46 |
| 1. Die Überschreitung eines Immissionsgrenzwertes als Verursachungserfolg nach dem BImSchG                                                   | 46     |
| 2. Die Rechtsverbindlichkeit von festgestellten Immissionsgrenzwerten                                                                        | 50     |
| 3. Festsetzung von Immissionsgrenzwerten unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen                                                  | 54     |
| a) Die Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen über die Anwendung eines differenziert-objektiven Maßstabes                              | 54     |
| b) Die Anwendung des differenziert-objektiven Maßstabes bei der Festsetzung von Immissionsgrenzwerten in der TA Lärm                         | 59     |
| c) Die Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen bei der Festsetzung von Immissionsgrenzwerten in der TA Luft                             | 64     |
| d) Das Erfordernis einer Festsetzung von Immissionsgrenzwerten ohne Berücksichtigung der möglichen wirtschaftlichen Interessen im Einzelfall | 67     |

|                                                                                                                                                    |    |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| III. Verursachungsprobleme bei summierten Immissionen                                                                                              | 70 |
| 1. Der Nachweis der Verursachung einer schädlichen Umwelteinwirkung bei summierten Immissionen als Problem der konkurrierenden Kausalität          | 70 |
| a) Die Bedeutung des Immissionsgrenzwertes für den Verursachungserfolg bei summierten Immissionen                                                  | 70 |
| b) Die möglichen Fallgestaltungen summierter Immissionen                                                                                           | 71 |
| aa) Lineare Summierung                                                                                                                             | 71 |
| (1) Die problematischen Fallgruppen                                                                                                                | 71 |
| (2) Feststellung einer grenzwertüberschreitenden Immission als Problem der konkurrierenden Kausalität                                              | 74 |
| bb) progressive und degressive Summierung                                                                                                          | 76 |
| (1) Die problematischen Fallgruppen                                                                                                                | 77 |
| (2) Grenzfälle degressiver Summierung                                                                                                              | 81 |
| (3) Degressive Summierung als Problem der konkurrierenden Kausalität                                                                               | 84 |
| c) Die Bedeutung des Problems der konkurrierenden Kausalität im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz                                            | 86 |
| d) Besonderheiten des Problems der konkurrierenden Kausalität bei der Prüfung der Verursachung einer schädlichen Umwelteinwirkung nach dem BImSchG | 88 |
| 2. Erfolgszurechnung im Falle konkurrierender Kausalität als Problem des Ursachenbegriffs der Rechtswissenschaft                                   | 90 |
| a) Die bisherigen Versuche einer Begründung der Erfolgzurechnung im Falle konkurrierender Kausalität                                               | 90 |
| b) Der Verursachungsbegriff im Recht im Verhältnis zum philosophischen Ursachenbegriff                                                             | 93 |

|                                                                                                                                                    |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| c) Konkurrierende Kausalität als rechtliches und philosophisches Kausalproblem                                                                     | 98  |
| d) Konkurrierende Kausalität im immissionsrechtlichen Bereich als Fallgestaltung degressiver Summierung                                            | 103 |
| e) "Unechte" konkurrierende Kausalität als ein auf das Gebiet des Rechts beschränktes Kausal-Problem bei der Verwendung abstrakter Erfolgsbegriffe | 107 |
| f) Immissionsgrenzwert als abstrakter Erfolgsbegriff                                                                                               | 118 |
| 3. Zurechnung einer grenzwertüberschreitenden Immission nach nichtkausalen Kriterien                                                               | 121 |
| a) Möglichkeiten und Grenzen einer Haftung auf der Grundlage des Verursachungsprinzips nach nichtkausalen Kriterien                                | 121 |
| b) Die Notwendigkeit der Verwendung eines nichtkausalen Haftungskriteriums in den Fallgestaltungen der konkurrierenden Kausalität                  | 123 |
| c) Haftung des Nichtverursachers im Falle konkurrierender Kausalität als Haftung wegen möglicher Verursachung                                      | 124 |
| d) Begründung einer Haftung wegen möglicher Verursachung im Falle konkurrierender Kausalität durch entsprechende Anwendung des § 830 Abs. 1 BGB    | 125 |
| aa) Das Haftungsprinzip in § 830 Abs. 1 S. 1 BGB                                                                                                   | 125 |
| bb) Das Haftungsprinzip in § 830 Abs. 1 S. 2 BGB                                                                                                   | 128 |
| cc) Anwendung des in § 830 Abs. 1 S. 2 BGB enthaltenen Haftungsprinzips im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz                                 | 137 |
| e) Begründung einer Haftung wegen möglicher Verursachung im Falle konkurrierender Kausalität durch entsprechende Anwendung des § 22 WHG            | 144 |

|                                                                                                                    |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| aa) Das Haftungsprinzip in § 22<br>WHG                                                                             | 144 |
| bb) Anwendung des in § 22 WHG ent-<br>haltenen Haftungsprinzips im<br>verwaltungsrechtlichen Immissions-<br>schutz | 152 |

IV. Ergebnis:

Zurechnung einer grenzwertüberschreitenden  
summierten Immission mittels Wahlfest-  
stellung

155

C. Anhang

Übersicht über gesetzliche Vorschriften mit  
immissionsschutzrechtlichem Inhalt

Abkürzungen:

Neben den gebräuchlichen Abkürzungen wird in der Arbeit  
folgende Abkürzung verwandt:

BImSchG = Bundes-Immissionsschutzgesetz

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

- Bauer: Die Problematik gesamtschuldnerischer Haftung trotz ungeklärter Verursachung. JZ 1971, 4 ff.
- Bea: Die Verteilung der Lasten des Umweltschutzes nach dem Verursacherprinzip. Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1973, 453 ff.
- Beer: Luftverunreinigung unter strafrechtlichen Gesichtspunkten. Jur. Diss., Mainz, 1968.
- Bethge-Hagen-v. Lüpke: Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm). Arbeit und Sozialordnung. Schriftenreihe für Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Sozialordnung, Lohn-, Tarif- und Schlichtungswesen - Arbeitsschutz - Band 4. Köln, Berlin, Bonn, München, 1969.
- Birkmeyer: Über Ursachenbegriff und Kausalzusammenhang im Strafrecht. GerS 37, 257 ff.
- Boisserée: Darstellung der Gesamtproblematik. In: Umweltschutz II, Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung. Aus der öffentlichen Anhörung des Dt. Bundestages, S. 11 ff. Bonn, Presse und Informationszentrum des Dt. Bundestages, 1972 (Zur Sache 1972, 3)
- Boisserée-Oels: Immissionsschutzrecht in Nordrhein-Westfalen. Siegburg, 1962.
- Bullinger: Rechtsfragen des Verursacherprinzips beim Umweltschutz. In: Das Verursacherprinzip und seine Instrumente = Beiträge zur Umweltgestaltung, Heft A 24, S. 69 ff. Berlin, 1974.
- Bullinger: Haftungsprobleme des Umweltschutzes aus der Sicht des Verwaltungsrechts. VersR 1972, 599 ff.

- Buri: Über Causalität und deren Verantwortung.  
Leipzig, 1873.
- Bydlinski: Haftung bei alternativer Kausalität.  
JBI. 1959, 1 ff.
- Bydlinski: Probleme der Schadensverursachung nach  
deutschem und österreichischem Recht.  
Stuttgart, 1964.
- Bydlinski: Mittäterschaft im Schadensrecht.  
AcP 158, 410 ff.
- v.Caemmerer: Das Problem der überholenden Kausalität  
im Schadensersatzrecht.  
Karlsruhe, 1962.
- Delmhorst: Das Verursacherprinzip: Der katego-  
rische Imperativ des Umweltschutzes.  
Die Neue Gesellschaft 1972, 759 ff.
- Deubner: Zur Haftung bei alternativer Kausali-  
tät - BGHZ 33, S. 286.  
JuS 1962, 383 ff.
- Dreyhaupt: Stellungnahme zu Fragen der Technologie.  
In: Umweltschutz II, Luftreinhaltung  
und Abfallbeseitigung. Aus der öffent-  
lichen Anhörung des Dt. Bundestages,  
S. 36 ff.  
Bonn, Presse und Informationszentrum  
des Dt. Bundestages, 1972  
(Zur Sache 1972, 3)
- Dunz: Fremde Unrechtshandlungen in der Kau-  
salkette.  
NJW 1966, 134 ff.
- v.Ebner: Probleme bei nachträglichen Anordnungen  
gemäß § 25 Abs. 3 Gewerbeordnung.  
GewArch. 1969, 193 ff. (1. Teil) und  
217 ff. (2. Teil).
- Engisch: Vom Weltbild des Juristen.  
2. Aufl., 1965, vom Verf. benutzt:  
1. Aufl., Heidelberg, 1950.
- Feldhaus: Konturen eines modernen Umweltschutz-  
rechts.  
DÖV 1974, 613 ff.
- Feldhaus: Recht der Luftreinhaltung und der Lärm-  
bekämpfung im Umbruch.  
Der Landkreis 1972, 291 ff.

- Feldhaus: Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung nach geltendem Recht. Staats- und Kommunalverwaltung 1971, 169 ff.
- Feldhaus: Bundesimmissionsschutzrecht, Kommentar. Mainz, Wiesbaden, Stand: Bd. I u. II: Nov. 1973, 3. Erg. Lfg., Bd. III (Entschdg.) 1970
- Fischer: Regionalplanung und Umweltschutz. Der Landkreis 1972, 260 ff.
- Fröhler: Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb (zugleich ein Beitrag zur rechtlichen Umweltschutzproblematik) GewArch. 1972, 113 ff.
- Fuhr: Kommentar zur Gewerbeordnung. 53. Erg. Lieferung vom 1. Okt. 1973
- Fürst: Staatliche Strategien im Umweltschutzsystem. Der Städtetag 1972, 64 ff.
- Genscher: Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Landkreis 1972, 251 ff.
- Gernhuber: Haftung bei alternativer Kausalität. JZ 1961, 148 ff.
- Gieseke-Wiedemann: Kommentar zum WHG unter Berücksichtigung der LWG. 2. Aufl., München, 1971.
- Hartkopf: Verursacherprinzip im Umweltschutz. Der Landkreis 1972, 256 ff.
- Hartkopf: Wirtschaftliche Aspekte der Umweltpolitik. In: Umwelt-Report, S. 15 ff., Frankfurt a.M., 1972
- Hoppe: Eingriff in gewerbliche Betriebe durch Anordnung von Schutzmaßnahmen. BB 1966, 1572 ff.
- Jürgensen: Grundsätze und Strategien von Umweltschutzmaßnahmen. Wirtschaftsdienst 1972, 245 ff.
- Karehnke: Zur Wahrnehmung breiter Aufgaben des Umweltschutzes durch den Bund. Ein zusätzlicher Schwerpunkt ohne größere Änderungen der Verwaltungsorganisation? DÖV 1973, 83 ff.

- Kimminich: Das Recht des Umweltschutzes.  
München, 1972.
- Kleindienst: Der privatrechtliche Immissionsschutz  
nach § 906 BGB.  
- Recht und Staat in Geschichte und  
Gegenwart - Eine Sammlung von Vor-  
trägen und Schriften aus dem Gebiet  
der gesamten Staatswissenschaften.  
298/299. Tübingen, 1964.  
bespr.: Westermann, BB 1965, 755.  
Pleyer, AcP 165, 559.
- Kloepfer: Zum Umweltschutzrecht in der Bundes-  
republik Deutschland. Problematik,  
Bestandsaufnahme, Informationen.  
Percha a. Starnberger See, 1972.
- Kraemer: Die Kausalität im öffentlichen Recht.  
NJW 1965, 183 ff.
- v. Kries: Grundzüge einer kritischen und formalen  
Urteilslehre.  
Tübingen, 1916.
- Kube: Errichtung von Industrieanlagen trotz  
Widerspruchs der Anlieger.  
Einfügung einer § 19a Gewerbeordnung  
entsprechenden Vorschrift in das  
Bundes-Immissionsschutzgesetz erfor-  
derlich.  
Der Betrieb 1972, 127 ff.
- Küppers: Das Recht der Luftreinhaltung.  
Jur. Diss., Köln, 1962.
- Landmann-  
Rohmer-  
Eyermann-  
Fröhler: Gewerbeordnung, Kommentar.  
12. Aufl., 8. Erg. Lieferung  
Juli 1970.  
München.
- Larenz: Die Prinzipien der Schadenszurech-  
nung.  
JuS 1965, 373 ff.
- Larenz: Die Schadenshaftung nach dem Wasser-  
haushaltsgesetz im System der zivil-  
rechtlichen Haftungsgründe.  
VersR 1963, 593 ff.
- Malkmus: Industrie-Immissionen in öffentlich-  
rechtlicher Sicht.  
Jur. Diss., Mainz, 1957.

- Mill: System der deduktiven und induktiven Logik. Übers. von Gomperz. Bd. II. 2. Aufl., Leipzig, 1886.
- Oberhauser: Abgrenzung des Verursacherprinzips und seine Einordnung in die Umweltpolitik. In: Das Verursacherprinzip und seine Instrumente = Beiträge zur Umweltgestaltung, Heft A 24, S. 27 ff. Berlin, 1974.
- Oberhauser: Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Anwendung des Verursacherprinzips. In: a.a.O., S. 51 ff.
- Olschowy: Bilanz der Lärmbelastung. In: Belastete Landschaft - gefährdete Umwelt. München, 1971.
- Olschowy: Welche Bereiche der Landespflege sollen eine gesetzliche Grundlage erhalten. In: Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege, Bd. 20: Aktuelle Rechtsprobleme in Umweltschutz, Landschaftspflege und Naturschutz, S. 35 ff. Bonn - Bad Godesberg, 1971.
- Rabeneick: Das Verursachungsprinzip im Umweltschutz. DVBl. 1971, 260 ff.
- Radbruch: Die Lehre von der adäquaten Verursachung. Berlin, 1902.
- Rehbinder: Das Verursacherprinzip und seine Instrumente = Beiträge zur Umweltgestaltung, Heft A 15, Berlin 1974
- Rehbinder: Grundfragen des Umweltrechts. ZRP 1970, 250 ff.
- Rödig: Die Denkform der Alternative in der Jurisprudenz. Berlin, Heidelberg, New York, 1969.
- Rother: Adäquanztheorie und Schadensverursachung durch mehrere. NJW 1965, 177 ff.
- Rummel: Ersatzansprüche bei summierten Immissionen. Jur. Diss., Bonn, 1967.

- Rupp: Die verfassungsrechtliche Seite des Umweltschutzes.  
JZ 1971, 401 ff.
- Schlick: Allgemeine Erkenntnislehre.  
2. Aufl., Berlin, 1925.
- Schlipköter: Stellungnahme zu Fragen der Immissionen und ihrer Begrenzung.  
In: Umweltschutz II, Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung. Aus der öffentlichen Anhörung des Dt. Bundestages.  
S. 18 ff.  
Bonn, Presse u. Informationszentrum d. Dt. Bundestages 1972  
(Zur Sache 1972, 3).
- Schneider: Umweltrecht (Wasser-Abfall-Immissionen)  
Der Gemeindetag 1971, 343 ff.
- Schubert: Verwaltungspraxis im Umweltschutz.  
Der Landkreis 1972, 341 ff.
- Schwarz: Stellungnahme zu Fragen der Technologie.  
In: Umweltschutz II, Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung. Aus der öffentlichen Anhörung des Dt. Bundestages,  
S. 43 ff.  
Bonn, Presse und Informationszentrum des Dt. Bundestages 1972  
(Zur Sache 1972, 3).
- Seydel: Die Reinhaltung der Außenluft unter verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Gesichtspunkten.  
Jur. Diss., Köln, 1963.
- Sieg-  
Leifermann: Gewerbeordnung mit Erläuterungen.  
München, Berlin, 1960.
- Simitis: Haftungsprobleme beim Umweltschutz.  
VersR 1972, 1087 ff.
- Spendel: Die Kausalitätsformel der Bedingungs-  
theorie für die Handlungsdelikte.  
Herborn, 1948.
- Steiger: Umweltschutz durch planende Gestaltung.  
Grundfragen des verwaltungsrechtlichen Umweltschutzes.  
ZRP 1971, 133 ff.
- Stöckmann: Über Kausalität und Verursachung im Strafrecht nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung.  
Göttingen, 1917.

- Tarnowski: Die systematische Bedeutung der adäquaten Kausalitätstheorie für den Aufbau des Verbrechensbegriffs. Berlin-Leipzig, 1927.
- Theisel: Probleme der wasserrechtlichen Gefährdungshaftung. BB 1965, 637 ff.
- Thieme: Umweltschutz und gewerberechtliches Genehmigungsverfahren. BB 1973, 713 ff.
- Thoss: Verursacherprinzip - Kompensation oder Verhinderung von Umweltschäden? In: Umwelt-Report, S. 21 ff. Frankfurt a.M., 1972.
- Traeger: Der Kausalbegriff im Straf- und Zivilrecht. Marburg, 1904.
- Tratz,  
Willoweit: Die Verantwortlichkeit mehrerer Wasserbenutzer für Schadensfolgen gemäß § 22 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes. BB 1968, 855 ff.
- Ule: Das Bundes-Immissionsschutzgesetz. DVB1. 1974, 324 ff.
- Ule: Unbestimmte Begriffe und Ermessen im Umweltschutzrecht. DVB1. 1973, 256 ff.
- Ule: Umweltschutz im Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Ein Überblick über die Rechtslage und Rechtsentwicklung im Bund und in den Ländern (unter bes. Berücksichtigung d. Entwurfs eines BImSchG). DVB1. 1972, 437 ff.
- Umweltschutz-  
brief 1: Das Verursacherprinzip - Möglichkeiten und Empfehlungen zur Durchsetzung. Vom 26.10.1973. Hrsg.: Bundesministerium des Inneren, Referat Öffentlichkeitsarbeit. 5500 Bonn, Rheindorfer Straße 198.
- Umweltschutz-  
brief 3: Allokationseffekte der "social costs" im Umweltschutz - Untersuchung zur Anwendung des Verursacherprinzips. Gutachten erstellt dem Bundesminister des Inneren von Prof. Dr. Harald Jürgen. Vom 20.12.1973. Hrsg.: Bundesministerium des Inneren, Referat Öffentlichkeitsarbeit. 5500 Bonn, Rheindorfer Straße 198.

- Vaupel: Zur Frage der wirtschaftlichen Vertretbarkeit.  
Arbeitsschutz 1969, 289 ff.
- Wanner: Die Luftverschmutzung und ihre Grenzwerte als Umweltproblem.  
Universitas 1972, 533 ff.
- Wegener: Umweltverträglichkeitsprüfung im Rechtssystem.  
DVBl. 1974, 327 ff.
- Wegner: Umweltschutz oder: Die Krise der freien Marktwirtschaft.  
ZRP 1973, 34 ff.
- Wegner: Umweltprogramm der Bundesregierung.  
Die neue Ordnung 1972, 20 ff.
- Wiethaup: Lärmbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland.  
2. Aufl., Köln, Berlin, Bonn, München, 1967.
- Wiethaup: Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen.  
U.a. Kommentar zum ImSchG-NRW.  
2. Aufl., Herne, Berlin, 1970.
- Willerscheid: Die Zustandshaftung bei Veränderungen in der Umwelt.  
Jur. Diss., Köln, 1972.
- Wolff,  
Bachof: Verwaltungsrecht I.  
9. Aufl., München, 1974.
- Wrede: Der öffentlich-rechtliche Schutz vor schädlichen Einwirkungen durch Lärm, Abgase und Abfälle unter Berücksichtigung Bayerischen Landesrechts.  
Jur. Diss., Würzburg, 1971.
- Zahn: Stellungnahme zu Fragen der Immissionen und ihrer Begrenzung.  
In: Umweltschutz II, Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung. Aus der öffentl. Anhörung des Dt. Bundestages, S. 23 ff.  
Bonn, Presse und Informationszentrum des Dt. Bundestages, 1972  
(Zur Sache 1972, 3).
- Zeidler: Gerechtigkeit in der Industriegesellschaft.  
Beitrag zum 49. Dtsch. Juristentag in Düsseldorf.  
DÖV 1972, 437 ff.

Zeuner: Zum Problem der überholenden Kausalität.  
AcP 157, 441 ff.

Zuck: Das Recht der Genehmigung des Baus und  
des Betriebs von technischen Anlagen  
im Sinne der §§ 16 ff. GewO.  
NJW 1972, 279 ff.

## A. Einleitung

### I. Abgrenzung des Verursachungsprinzips zu anderen Zurechnungsprinzipien

"Verursachungsprinzip" ist zum Schlagwort auf dem Gebiet des Umweltschutzes geworden. Als Schlüssel zur Lösung aller Umweltschutzprobleme wird es nicht nur im juristischen Bereich angeboten, sondern auch in Politik und Technik herrscht die Auffassung, unter Anwendung des Verursachungsprinzips 1) führe die Beseitigung der Umweltschäden und Umweltbelastungen zu einer allseits gerechten und praktikablen Lösung. Wenn jedoch durch die bisherigen Veröffentlichungen der Eindruck entstanden ist, das Verursachungsprinzip bedürfe nur einer gesetzlichen Grundlage, um ein einfaches Instrument zur Reinhaltung der Umwelt zu haben, so werden die Probleme übersehen, die sich aus der Anwendung des Verursachungsprinzips auf dem Gebiet des Umweltschutzes ergeben.

Die Anwendung des Begriffs "Verursachungsprinzip" auf die den Umweltschutz betreffenden Lebenssachverhalte sagt aus, daß die Verantwortlichkeit einer natürlichen oder juristischen Person für eine Umweltverschmutzung nicht an Zufälligkeiten oder willkürliche Tatbestände zu knüpfen ist, sondern daß die Verantwortlichkeit denjenigen treffen soll, der die Umweltverschmutzung herbeigeführt hat 2). Die Anwendung des Verursachungs-

---

1) Bei einigen Autoren auch "Verursacherprinzip" genannt, siehe z.B.: Rehbinder, Politische und rechtliche Probleme des Verursacherprinzips, S. 9 ff.; Bullinger, in: Das Verursacherprinzip und seine Instrumente, S. 69 ff.

2) Rabeneick, DVBl. 1971, 260 ff.; Jürgensen, Wirtschaftsdienst 1972, 256 ff.; ders. in: Umweltschutzbrief 3, S. 2 ff.; Olschowy, in: Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege, Bd. 20, S. 35 ff., 39; Thoss, in: Umwelt-Report, S. 21; Kimminich, S. 20; vgl. auch Bullinger, VersR 1972, 599 ff.;

prinzips setzt daher notwendig voraus, daß ein bestimmter als Umweltverschmutzung bezeichneter Erfolg vorhanden ist und eine Handlung oder ein anderes Ereignis bekannt ist, das daraufhin überprüft wird, ob es für den jeweiligen Erfolg ursächlich ist.

Das Verursachungsprinzip ist nur dann angewandt, wenn ausschließlich derjenige, der den Erfolg verursacht hat, zur Beseitigung dieser Umweltverschmutzung herangezogen wird.

Liegen z.B. zwei Industriewerke, A und B, die die gleiche Menge giftiger Gase ausstoßen, nahe beieinander und wird in der landwirtschaftlich genutzten Umgebung dieser Werke die Ernte vernichtet und zwar durch Gase der von den Industriewerken abgegebenen Art, so fragt sich, wer für die Umweltverschmutzung verantwortlich ist.

Wird nun festgestellt, daß die Abgase des Werkes A in der Umgebung niedergehen, die Abgase des Werkes B aber infolge eines hohen Schornsteines und einer an dieser Stelle herrschenden günstigen Luftströmung unverfolgbar fortgetragen werden, so ist unter Anwendung des Verursachungsprinzips nur das Werk A für die Umweltbeeinträchtigung verantwortlich.

Das Verursachungsprinzip beinhaltet daher das Prinzip einer Erfolgsverantwortlichkeit, nach dem die Verursachung einer bestimmten Umweltbelastung zur Voraussetzung der zivilrechtlichen oder öffentlichrechtlichen Verantwortlichkeit gemacht wird. Nach diesem Prinzip ist ein hoheitlicher Eingriff gegenüber einem einzelnen nur dann zulässig, wenn der Verpflichtete eine bestimmte Umweltbeeinträchtigung verursacht hat.

Vom Verursachungsprinzip ist das Vorsorgeprinzip 3) streng zu unterscheiden.

Auch dieses Prinzip erfüllt im Bereich des Umweltschutzes die Aufgabe, Umweltbeeinträchtigungen zu beseitigen bzw. zu verhindern. Dieses Prinzip hat im Gegensatz zum Verursachungsprinzip die Aufgabe, Schadstoffquellen von möglichen Umweltbeeinträchtigungen von vornherein auszuschließen, unabhängig davon, ob die Schadstoffquellen im Einzelfall zu einer Umweltbeeinträchtigung führen oder nicht.

Diese Aufgabe erfüllt das Vorsorgeprinzip dadurch, daß bestimmte Handlungen bzw. Ereignisse ermittelt werden, von denen sich auf Grund von Erfahrungen bzw. Berechnungen voraussagen läßt, daß ihr Eintritt unter bestimmten Bedingungen zu einer Umweltbeeinträchtigung führen kann. An diesen Tatbestand der möglicherweise verursachten Umweltbeeinträchtigung knüpft das Vorsorgeprinzip die Verantwortlichkeit, d.h., während das Verursachungsprinzip notwendig voraussetzt, daß die mißbilligte Handlung die Umweltbeeinträchtigung verursacht, reicht es bei Anwendung des Vorsorgeprinzips aus, daß eine bestimmte Handlung den Erfolg möglicherweise verursacht.

Die Aufgabenstellung des Vorsorgeprinzips soll durch ein Beispiel verdeutlicht werden. Wird z.B. an Kraftfahrzeugbenutzer die generelle Anforderung gestellt, daß die Abgase ihrer Kraftfahrzeuge bestimmte Schadstoffkonzentrationswerte nicht überschreiten dürfen, so ist die Verantwortlichkeit des einzelnen, diese Bestimmung einzuhalten, davon unabhängig, ob er mit seinem Kraftfahrzeug eine Umweltbeeinträchtigung verursacht oder nicht; denn betreibt er sein Kraftfahrzeug

---

3) Feldhaus, DÖV 1974, 613 ff., 616; Boissereé, Umweltschutz II, S. 11 ff.; Bullinger, VersR 1972, 599 ff.; Simitis, VersR 1972, 1087, 1089, 1090, der allein Maßnahmen auf der Grundlage des Vorsorgeprinzips für erfolgversprechend hält.

ausschließlich in ländlichen Gebieten, so ist es unerheblich, ob die das Auto verlassenden Abgase die zulässigen Werte überschreiten oder nicht. Erst in Ballungsgebieten, in denen Kraftfahrzeuge zu hunderten betrieben werden, führt die Summierung der in den Abgasen enthaltenen Schadstoffe zu einer meßbaren und überhaupt erst erheblichen Umweltbeeinträchtigung. Da man aber aus der Erfahrung schließt, daß Kraftfahrzeuge zumindest zeitweise in Ballungsräumen betrieben werden und dort unter bestimmten Bedingungen eine Umweltbeeinträchtigung verursachen, wird der Betreiber eines Kraftfahrzeuges unter Anwendung des Vorsorgeprinzips generell dann zur Verantwortung gezogen, wenn sein Kraftfahrzeug bestimmte Abgaswerte überschreitet. In gleicher Weise könnten bei Anwendung des Vorsorgeprinzips in dem zuvor geschilderten Beispielsfall die Industriewerke A und B zur Abgasentgiftung verpflichtet werden.

Damit wird deutlich, daß nach dem Vorsorgeprinzip der potentielle Verursacher in Anspruch genommen wird. Das hat zur Folge, daß die Verantwortlichkeit den Verursacher der jeweiligen Umweltbeeinträchtigung, aber auch z. B. den Kraftfahrzeugbesitzer im ländlichen Gebiet als Nichtverursacher treffen kann, da es hier bereits an einem Erfolg fehlt, der als Umweltbeeinträchtigung bezeichnet werden kann.

Verursachungsprinzip und Vorsorgeprinzip haben zur Aufgabe, diejenige natürliche oder juristische Person zu bezeichnen, die für die Beseitigung oder Verhinderung einer Umweltbeeinträchtigung in Anspruch genommen werden kann, d.h., verpflichtet ist, bestimmte Handlungen vorzunehmen oder zu unterlassen. Diese Prinzipien sagen aber nichts darüber aus, wer die mit solchen Handlungen verbundenen Kosten zu tragen hat. Ist z.B. in den oben genannten Fällen der Einbau bestimmter Abgasentgiftungsanlagen erforderlich, so hat das nicht notwendig

zur Folge, daß der Verursacher, d.h., das Industriewerk A und B, bzw., soweit das Vorsorgeprinzip Anwendung findet, der nach diesen Grundsätzen Verantwortliche, im oben genannten Fall der Kraftfahrzeugbetreiber, die Kosten der Abgasentgiftung zu tragen hat.

Die Frage, wer die Kosten der jeweiligen Maßnahme zu tragen hat, ist vornehmlich rechtspolitischer Natur, es soll auf diese hier jedoch deshalb eingegangen werden, weil auch im Zusammenhang mit dieser Fragestellung der Begriff "Verursachungsprinzip" in unzutreffender Weise gebraucht wird 4).

Im Bereich der Kostenzurechnung 5) wird die Anwendung des "Verursachungsprinzips" zumeist mit den Worten gefordert, die Kosten der Umweltreinhaltung solle derjenige tragen, der sie verursacht habe 6).

Man geht dabei von der vereinfachenden Überlegung aus, daß die Kosten derjenige übernehmen muß, der auch die Umweltbelastung verursacht hat, und will damit im Bereich der Kostenzurechnung das "Verursachungsprinzip" dem Gemeinlastprinzip entgegensetzen 7), nachdem die Kosten der Umweltreinhaltung von der Allgemeinheit zu tragen sind. Will man jedoch das Prinzip benennen, das im Gegensatz zum Gemeinlastprinzip steht, so ist es unzutreffend hier vom Verursachungsprinzip zu sprechen;

---

4) Steiger, ZRP 1971, 133 ff., insbes. 136; Feldhaus, Staats- und Kommunalverwaltung 1971, 169 ff., 173; Hartkopf, Der Landkreis 1972, 256 ff.; ders., in: Umwelt-Report, S. 15 ff.; Boissereé, Umweltschutz II, S. 13 ff.; Genscher, Der Landkreis 1972, 251 ff.; Wegner, Die neue Ordnung 1972, 759 ff., und ders., ZRP 1973, 34 ff.;

5) Siehe hierzu: Bea, WiSt 1973, 453 ff.

6) Umweltprogramm der Bundesregierung vom 14.10.1971 BT-Drucks. VI/2710, S. 10.

7) So: Hartkopf, Der Landkreis 1972, 256 ff.; Rehbinder, Politische und rechtliche Probleme des Verursacherprinzips, S. 11.

denn mit Hilfe dieses Prinzips, das im Gegensatz zum Gemeinlastprinzip stehen soll, will man nicht nur erreichen, daß der Verursacher einer Umweltbelastung die Kosten der Beseitigung tragen muß, sondern man will auch denjenigen zur Kostentragung verpflichten, der im Wege des Vorsorgeprinzips zu umweltschützenden Maßnahmen herangezogen wird 8). Letztlich sollen durch dieses Prinzip alle diejenigen mit den Kosten der Umweltschutzmaßnahmen belastet werden, die in irgendeiner Form den Vorteil aus einer potentiell umweltbeeinträchtigenden Tätigkeit ziehen und damit eine Veranlassung geben unter Anwendung des Vorsorge- oder Verursachungsprinzips dem einzelnen umweltschützende Maßnahmen aufzugeben.

Das im Bereich der Kostenzurechnung unzutreffend als Verursachungsprinzip bezeichnete Prinzip einer Umweltlastenverteilung ist daher, um Mißverständnisse auszuschließen, als Veranlassungsprinzip zu bezeichnen 9).

- 
- 8) Siehe dazu insbes. Bullinger, in: Das Verursacherprinzip und seine Instrumente, S. 69 ff., S. 84 - Textziff. 31, c) und S. 85 - Textziff. 33.
- 9) Zur begrifflichen Trennung der beiden Prinzipien siehe: Thoss, in: Umwelt-Report, S. 21; Hartkopf, Der Landkreis 1972, 256 ff., 256. Vielfach wird zwischen Verursachungsprinzip und Veranlassungsprinzip nicht deutlich unterschieden oder der Begriff Verursachungsprinzip wird für beide Prinzipien gleichermaßen verwandt, ohne daß eine Unterscheidung deutlich wird: Rupp, JZ 1971, 401 ff.; Delmhorst, Die neue Gesellschaft 1972, 759 ff.; Stein, in: Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege, Bd. 20, S. 16 ff., 18; und insbes. Bea, WiSt 1973, 453 ff., vgl. dort S. 453 mit S. 254 Ziff. 2.2 (3); Simitis, VersR 1972, 1087 ff., 1089; Rehbinder, Politische und rechtliche Probleme des Verursacherprinzips, S. 10 ff.; insbes. S. 34 ff., S. 100 ff.; Oberhauser, in: Das Verursacherprinzip und seine Instrumente, S. 27 ff., insbes. S. 48.

## II. Problemstellung und thematische Abgrenzung der Arbeit

Um den Problembereich des Verursachungsprinzips im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz zu erschließen, soll untersucht werden, in welchem Umfang und in welcher Ausgestaltung das Verursachungsprinzip in den gesetzlichen Regelungen verwirklicht worden ist. Da das BImSchG die wichtigsten immissionsrechtlichen Vorschriften vereint, soll die Untersuchung über die Anwendung des Verursachungsprinzips in den bestehenden gesetzlichen Regelungen auf dieses Gesetz beschränkt werden. Anhand des BImSchG sollen die Möglichkeiten und Grenzen der Ausgestaltung des Verursachungsprinzips im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz 10) erläutert werden.

Bei der Verwirklichung des Verursachungsprinzips in der Gesetzgebung genügt es nicht, jeweils nur "den Verursacher" der Umweltbelastung verantwortlich zu machen, sondern es muß ein auf die Art der jeweiligen Umweltbeeinträchtigung abgestimmtes System der Zurechnung entwickelt werden, um dem "wirklichen" Verursacher die Last der Beseitigung aufgeben zu können. Die Anwendung des Verursachungsprinzips in der Gesetzgebung macht es erforderlich, durch bestimmte Kriterien der Zurechnung den "verantwortlichen Verursacher" zu bezeichnen. Die Festlegung der Zurechnungskriterien und damit die Bestimmung des verantwortlichen Verursachers ist nicht nur eine rechtspolitische Frage, sondern enthält auch das rechtssystematische Problem, die rechtspolitisch wünschenswerte Lösung so in eine rechtssystematische

---

10) Zu den Problemen des privatrechtlichen Immissionsschutzes, dem ebenfalls das Verursachungsprinzip zu Grunde liegt, vgl. Both, NJW 1972, 921 ff.; im einzelnen: Rummel; zum Verursachungsprinzip des Haftungsrechts: Bauer, JZ 1971, 4 ff., ferner Bullinger, VersR 1972, 599 ff.

Regelung zu transponieren, daß der politischen Entscheidung letztlich auch zur rechtlichen Durchsetzung verholfen werden kann.

Die Diskrepanz zwischen rechtspolitischer Vorstellung und rechtlicher Verwirklichung ist gerade auf dem Gebiet des Umweltschutzes deshalb besonders groß, weil der rechtlichen Verwirklichung einige z.T. noch ungelöste Probleme im Wege stehen. So ist ein wirksamer Umweltschutz nur dann möglich, wenn die Gesetzessystematik und die Fassung des jeweiligen Tatbestandes auf die naturwissenschaftlichen Gegebenheiten abgestimmt werden. Da die schädliche Wirkung von Umweltbelastungen in der Regel nicht unmittelbar wahrnehmbar ist, lassen sich diese Umweltbeeinträchtigungen nur mit Hilfe technischer Mittel feststellen und nur in einer physikalischen Einheit ausdrücken. Hinzu kommt, daß das zulässige Maß der Umweltbeeinträchtigung den tatsächlichen Erfordernissen und dem Stand der technischen Entwicklung dauernd angepaßt werden muß. Bedenkt man dann die Vielzahl der möglichen Umweltbelastungen und daß die gesetzliche Regelung sogar Umweltbelastungen erfassen sollte, die zur Zeit der Abfassung des Gesetzes noch unbekannt sind, so werden die Probleme deutlich, die allein dadurch entstehen, daß die rechtliche Verwirklichung politischer Vorstellungen an physikalisch-technische Voraussetzungen gebunden ist 11).

Um diesen Erfordernissen zu genügen, muß sich die verwaltungsrechtliche Gesetzgebung darauf beschränken, den jeweiligen Verursachungserfolg durch einen abstrakten Gefährdungstatbestand zu umschreiben. Um jedoch fest-

---

11) Zur Abhängigkeit des Umweltschutzrechts von technischen Fakten siehe: Rehbinder, ZRP 1970, 250 ff., 252 f.; Wiethaup, Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen, S. 18 ff.; Schubert, Der Landkreis 1972, 341 ff.

stellen zu können, ob eine Immission den im Gesetz bezeichneten Gefahrenzustand verwirklicht hat, ist es erforderlich, den abstrakt beschriebenen Gefahrenzustand in eine meßbare physikalische Größe zu übertragen. In diesem Übertragungsvorgang, der oft der Rechtsprechung oder der vollziehenden Verwaltung vorbehalten bleibt, liegt die Gefahr, daß der durch das Gesetz bezweckte Schutz der Umwelt durch sachfremde Erwägungen beeinflußt wird. Es ist Aufgabe der vorliegenden Arbeit, die Prinzipien dieses Übertragungsvorganges zu untersuchen.

Selbst wenn man von diesen Schwierigkeiten absieht, die auf der Verzahnung von Recht und Technik beruhen, bleibt ein weiteres Problem, das allein auf juristischer Ebene liegt:

Verursachungsprinzip heißt, daß demjenigen die Beseitigungspflicht der Umweltverschmutzung auferlegt werden soll, der sie verursacht hat. Verursachungsprinzip bedeutet aber auch, daß derjenige nicht in Anspruch genommen werden darf, der eine bestimmte Umweltverschmutzung nicht verursacht hat. Die Anwendung des Verursachungsprinzips verbietet die Zurechnung einer Umweltbeeinträchtigung als "Kollektivschuld" und fordert dagegen, daß dem einzelnen nachgewiesen wird, daß sein Handeln die Umweltbelastung verursacht hat (12). Dieser Nachweis der Verursachung ist dann mit keiner rechtlichen Schwierigkeit verbunden, wenn die Umweltbelastung auf nur eine Quelle der Verursachung zurückzuführen ist. In der Mehrzahl der Fälle sind an einer Umweltbelastung jedoch eine Vielzahl von Personen bzw. deren Anlagen beteiligt. In diesen Fällen der "summierten Immissionen" kann der dem einzelnen gegenüber zu

---

12) Zur Frage einer wirtschaftspolitisch gerechten Zurechnungsmethode, siehe: Fürst, Klein, Der Städte- tag 1972, 64 ff., insbes. 65.

erbringende Nachweis kausaler Beteiligung am Gesamtergebnis auf Schwierigkeiten stoßen, die hier nur mit den Begriffen "alternative" und "konkurrierende Kausalität" angedeutet werden sollen.

Stellt sich heraus, daß in bestimmten Fallgestaltungen ein Verursachungsnachweis nicht geführt werden kann, so bleibt die Frage zu beantworten, ob die Zurechnung des verwaltungsrechtlich relevanten Erfolgs auf nicht-kausale Kriterien gestützt werden kann.

### III. Zum Begriff der Verursachung

Das Problem der Verursachung bezieht sich auf den Wirkungszusammenhang zwischen einem bestimmten Ereignis, z.B. einer menschlichen Handlung, und einem weiteren bestimmten Ereignis. Ein kausaler Wirkungszusammenhang liegt dann vor, wenn ein Ereignis notwendige Voraussetzung für ein anderes Ereignis ist. Das durch das zeitlich vorangehende Ereignis bewirkte, spätere Ereignis wird als Erfolg bezeichnet.

Ein solcher Wirkungszusammenhang wird von der Bedingungstheorie gefordert 13), die auch die Bezeichnung Äquivalenztheorie trägt, da nach dieser Theorie alle Ursachen eines Erfolgs als gleichermaßen relevant und damit im Bezug zu dem Erfolg äquivalent sind.

Allein diese sog. Bedingungs- oder Äquivalenztheorie kann als Kausalitätstheorie bezeichnet werden 14) und ist deshalb in allen Rechtsdisziplinen gleichermaßen anzuwenden. Dem steht nicht entgegen, daß für die einzelnen Rechtsdisziplinen und innerhalb der einzelnen Rechtsdisziplinen verschiedene "Kausalitätstheorien" entwickelt worden sind, da es sich bei diesen Theorien

---

13) Als Denkhilfe zur Feststellung des oben genannten Wirkungszusammenhanges ist die sog. "Bedingungsformel" geeignet: kausal für den Erfolg ist jede Bedingung, die nicht hinweggedacht werden kann, ohne daß der Erfolg entfielen. (conditio sine qua non). Diese Bedingungsformel ist begrifflich ungenau: nach der Bedingungsformel soll festgestellt werden, ob eine "Bedingung" für einen Erfolg kausal ist. Aus dem Begriff "Bedingung" ergibt sich aber bereits die Ursächlichkeit für den Erfolg; denn alle Ereignisse, die einen Erfolg kausal bewirkt haben, sind Bedingungen des Erfolgs. Richtig muß die Bedingungsformel daher lauten: Ein Ereignis ist für einen bestimmten Erfolg dann kausal, wenn es nicht hinweggedacht werden kann, ohne daß der Erfolg entfielen.

14) Siehe z.B.: Esser, Schuldrecht, Allgemeiner Teil, 4. Aufl., 1970, § 44 II, S. 299.

nicht um Kausalitätstheorien handelt, sondern um Theorien, die den Haftungseintritt bzw. die Verantwortlichkeit für einen bestimmten Erfolg betreffen. Dabei liegt diesen Theorien in der Regel die Äquivalenztheorie zugrunde. Die Haftungstheorien machen lediglich eine über den Inhalt der Äquivalenztheorie hinausgehende Aussage darüber, ob eine gemäß der Äquivalenztheorie kausale Bedingung auch nach den Bewertungsmaßstäben der jeweiligen Rechtsdisziplin als erheblich erscheint 15). Die Entwicklung und die Anwendung dieser Haftungstheorien innerhalb der Rechtsordnung findet ihre Rechtfertigung in dem Umstand, daß die ausschließliche Anwendung der Äquivalenztheorie dazu führen würde, daß sich für einen tatbestandsmäßigen Erfolg nahezu unzählige kausale Ereignisse angeben ließen. Da es aber in der Rechtsordnung darum geht, an die Verursachung eines bestimmten Erfolgs eine bestimmte Rechtsfolge zu knüpfen, muß zwischen Ursache und Erfolg nicht nur Kausalität bestehen, sondern die Ursache muß dem Erfolg so nahe sein, daß der Eintritt der Rechtsfolge nicht als zufällig erscheint; denn die Rechtsfolge ist im Gesetz nicht dazu da, an irgendein Ereignis eine beliebige Rechtsfolge zu knüpfen, sondern mittels der Rechtsfolge sollen konkrete Sachverhalte in bestimmter Weise geregelt werden. Deshalb muß die Ursache nicht nur "Ursache" des Erfolgs sein, sondern die Rechtsfolge so unmittelbar herbeigeführt haben, daß die Anwendung der Rechtsfolge sinnvoll ist. Das Verursachungsprinzip im Sinne der Äquivalenztheorie würde daher nur in den seltensten Fällen eine Antwort auf die entscheidende Frage geben, ob die Haftung für einen bestimmten Erfolg gerechtfertigt ist. Da es aber bei der Frage des "Verursachungsprinzips im Umweltschutz" gerade um die Haftung für die Umweltbeeinträchtigung geht, umfaßt der Begriff Verursachungsprinzip in diesem Zusammenhang auch zu-

---

15) Siehe hierzu: Rehbinder, Politische und rechtliche Probleme des Verursacherprinzips, S. 29.

gleich die Frage nach dem Haftungsprinzip. Das Problem des Verursachungsprinzips im Umweltschutzrecht muß daher auch als eine Frage nach dem Haftungsprinzip verstanden werden, wobei das Verursachungsprinzip im Sinne der Äquivalenztheorie Voraussetzung für das jeweilige Haftungsprinzip ist 16). Die Verwirklichung des Verursachungsprinzips in der Rechtsordnung kann daher nur bedeuten: Die Verwirklichung eines Haftungsprinzips, bei dem der Nichtverursacher grundsätzlich nicht haftet und bei dem aus der Zahl der Verursacher nur diejenigen Verursacher haften, denen gegenüber die Zurechnung des Erfolgs als "gerechtfertigt" erscheint.

---

16) Vgl. hierzu: Traeger, S. 18 ff.; die Bedeutung der Äquivalenztheorie für das öffentliche Recht betont Kraemer, NJW 1965, 183 ff., 183.

## B. Hauptteil

### I. Die Anwendung des Verursachungsprinzips auf dem Gebiet des verwaltungsrechtlichen Immissions-schutzes

#### 1. zum gegenwärtigen Stand der Entwicklung der gesetz-lichen Vorschriften zum Immissionsschutz

Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des verwaltungsrecht-lichen Immissionsschutzes war bisher dadurch gekenn-zeichnet, daß die einschlägigen Vorschriften in zahl-reichen gesetzlichen Regelungen verstreut zu finden waren.

Nachdem der Bund von seiner konkurrierenden Gesetz-gebungskompetenz auf dem Gebiet der Luftreinhal-tung und der Lärmbekämpfung nach Art. 74 Nr. 24 GG 17)

---

17) Dreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12.4.1972 (BGBl. I S. 593), nach dem an den Art. 74 GG hinter Nr. 23 Nr. 24 angefügt wurde, mit dem Inhalt, daß sich die konkurrierende Ge-setzgebung auch auf das Gebiet der Abfallbeseiti-gung, der Luftreinhaltung und der Lärmbekämpfung erstreckt.  
(Vgl. BT-Drucks. VI 1298, VI 2249, VI 2947 und Protokoll der zweiten und dritten Beratung vom 2.3.1972, BT, 6. Wahlp., 175. Sitz.; ferner BR-Drucks. 147/72, 147/72 (Beschluß), 147/1/72, 147/2/72).

durch Erlass des BImSchG 18) Gebrauch gemacht hat 19), vereint dieses Gesetz die bisherigen bundes- und landesrechtlichen Vorschriften 20), lediglich einige Besonderheiten des Immissionsschutzes bleiben besonderen gesetzlichen Regelungen vorbehalten 21).

Die bisherige bundesrechtliche Regelung über genehmi-

- 
- 18) Das BImSchG beruht auf einer Gesetzesinitiative der Bundesregierung und wurde bereits in der vorhergehenden 6. Legislaturperiode am 20.8.1971 gem. Art. 76 Abs. 2 GG dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitet (BR-Drucks. 437/71). Da der Bundestag das Gesetz vor Ablauf der 6. Legislaturperiode nicht abschließend behandelte (BT-Drucks. VI/2868), wurde das Gesetz in der 7. Legislaturperiode am 12.1.1973 dem Bundesrat erneut vorgelegt. Nach Verabschiedung des Gesetzes durch Bundestag (BT-Drucks. VII/179) und Bundesrat trat das BImSchG am 1.4.1974 in Kraft. (BGBl. I S. 721).
- 19) Von der Gesetzgebungszuständigkeit auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung hat der Bund bereits durch das Abfallbeseitigungsgesetz (Gesetz über die Beseitigung von Abfällen vom 7.6.1972, BGBl. I S. 873) Gebrauch gemacht.
- 20) Zu verwaltungsorganisatorischen Fragen siehe: Karehnke, DÖV 1973, 83 ff.; Kloepfer, S. 13 ff., 75 ff.
- 21) Siehe hierzu die Zusammenstellung der gesetzlichen Vorschriften mit immissionsschutzrechtlichem Inhalt im Anhang der Arbeit.

genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 16 ff. GewO 22) ist im wesentlichen als Teil II, 1. Abschnitt (Errichtung und Betrieb genehmigungsbedürftiger Anlagen) in das BImSchG übernommen worden 23). Das Bundesgesetz zum Schutz gegen Baulärm 24) ist durch die Vorschriften über nicht genehmigungsbedürftige Anlagen nach §§ 22 ff. BImSchG ersetzt; dem Gesetz über Vorsorgemaßnahmen zur Luftreinhaltung 25) entspricht die Regelung des V. Teiles des BImSchG.

Da sich das BImSchG mit diesen bundesrechtlichen Vorschriften überschneidet, sind diese Regelungen durch das BImSchG ausdrücklich aufgehoben worden 26).

---

22) §§ 16-23 und 25-28 GewO

- Beachte hierzu folgende Durchführungsvorschriften, die gem. § 66 BImSchG auch seit dem Inkrafttreten des BImSchG maßgebend sind:

Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 16 der Gewerbeordnung i.d.F. vom 7.7.1971 (BGBl. I S. 889)

Allgemeine Verwaltungsvorschriften über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 16 der Gewerbeordnung (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft) vom 8.9.1964 (GMBL. S. 433)

Die TA-Luft wurde als Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum BImSchG am 28.8.1974 nach § 48 BImSchG in einer Neufassung erlassen (GMBL. S. 425)

Allgemeine Verwaltungsvorschrift über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 16 der Gewerbeordnung - GewO

Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TALärm) vom 16.7.1968 (Beilage zum BAnz. Nr. 137)

23) Siehe hierzu: Zuck, NJW 1972, 279 ff.

24) Gesetz zum Schutz gegen Baulärm vom 9.9.1965 (BGBl. I S. 1214), geändert am 24.5.1968 (BGBl. I S. 503)

25) Gesetz über Vorsorgemaßnahmen zur Luftreinhaltung vom 17.5.1965 (BGBl. I S. 413), geändert am 24.5.1968 (BGBl. I S. 503)

26) § 72 BImSchG

Die Immissionsschutzgesetze der Länder 27) fußten auf der vor der Grundgesetzänderung bestehenden Rechtslage, nach der Maßnahmen zum Immissionsschutz zum ausschließlichen Kompetenzbereich der Länder gehörten, mit Ausnahme gewerberechtlicher Vorschriften, die gemäß Art. 74 Nr. 11 GG der konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit unterfallen. Da der Bund nur in bezug auf die genehmigungsbedürftigen Anlagen von dieser Kompetenz Gebrauch gemacht hatte, bezogen sich die Immissionsschutzgesetze der Länder auf gewerbliche Anlagen, die nicht der Genehmigungspflicht nach §§ 16 ff. GewO unterfielen, und auf nicht gewerbliche Anlagen. Da nach der jetzigen Rechtslage das Recht der Luftreinhaltung und der Lärmbekämpfung nach Art. 74 Nr. 24 GG zum Bereich der konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit gehört und da die Vorschriften der landesrechtlichen Immissionsschutzgesetze im wesentlichen als II. Abschnitt

---

27) Baden-Württemberg:

Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen - Immissionsschutzgesetz - vom 4.2.1964 (Gesetzbl. S. 55);

Rheinland-Pfalz:

Landesgesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen - Immissionsschutzgesetz (ImSchG) vom 28.7.1966 (Gesetz- und Verordnungsbl. S. 211);

Niedersachsen:

Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen - Immissionsschutzgesetz vom 30.6.1970 (Gesetzbl. S. 71);

Bayern:

Drittes Gesetz zur Änderung des Landesstraß- und Verordnungsgesetzes vom 25.10.1966 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsbl. S. 323);

Nordrhein-Westfalen:

Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen - Immissionsschutzgesetz (ImSchG) - vom 1.4.1970 (Gesetz- und Verordnungsbl. S. 283);

in Teil II in das BImSchG (nicht genehmigungsbedürftige Anlagen) übernommen worden sind, haben die Immissionschutzgesetze der Länder mit Inkrafttreten des BImSchG ihre Gültigkeit verloren. Die aufgrund landesrechtlicher Immissionsschutzgesetze erlassenen Rechtsverordnungen haben auch nach Inkrafttreten des BImSchG Gültigkeit, soweit sich die Verordnungen auf Gegenstände beziehen, die durch Rechtsverordnung aufgrund des BImSchG geregelt werden können 28). Die fortgeltenden Vorschriften sind in § 66 Abs. 3 BImSchG im einzelnen aufgeführt.

2. Die Verwirklichung des Verursachungsprinzips in den verwaltungsrechtlichen Normen, welche dem Immissionsschutz dienen, unter besonderer Berücksichtigung des BImSchG

a) Aufbau und Grundzüge des BImSchG

Das federführend vom Bundes-Innenministerium erstellte Gesetz 29) regelt das Immissions- und Emissionsrecht in 74 Paragraphen. Der relativ geringe Umfang dieses Gesetzeswerkes ist darauf zurückzuführen, daß das Gesetz lediglich als "Rahmengesetz" anzusehen ist und die Ausgestaltung im einzelnen, d.h., die konkrete Begrenzung von Emissionen und Immissionen durch Rechtsverordnungen und Einzelanordnungen erfolgen soll, wozu das Bundes-Immissionsschutzgesetz die Rechtsgrundlage gewährt.

---

28) Siehe amtl. Begründung zum BImSchG, BT-Drucks. VII/179, S. 48.

29) Zum BImSchG allgemein: Weber, DVBl. 1971, 811 ff.; Schneider, Der Gemeindetag 1971, 343 ff.; Bullinger, VersR 1972, 599 ff., 601 ff.; Ule, DVBl. 1972, 437 ff., 440 ff.; Feldhaus, Der Landkreis 1972, 291 ff.; Genscher, Der Landkreis 1972, 251 ff.; Kimminich, S. 197 ff.; Ule, DVBl. 1974, 324 ff.

Voraussetzung für wirkungsvolle und angemessene hoheitliche Maßnahmen auf dem Gebiet des Immissionsschutzes ist die Messung der bestehenden Emissionen und Immissionen. Da Emissionsmessungen nur an der jeweiligen Anlage selbst durchgeführt werden können, bedarf es zu diesem "Eingriff" einer besonderen Rechtsgrundlage. Diese wurde im 3. Abschnitt des zweiten Teils des Gesetzes geschaffen, in dem auch die Kosten der jeweiligen Messung in der Regel dem Betreiber der Anlage auf-erlegt werden.

Ausgehend von der Tatsache, daß die Luftreinhaltung zu dem vordringlichsten Problem des Immissionsschutzes gehört, hat das BImSchG in seinem V. Teil das Aufstellen von Luftreinhalteplänen vorgesehen 30). Diese aufgrund von Emissions- und Immissionsmessungen aufgestellten Pläne dienen vornehmlich der großräumigen Überwachung der Luftverschmutzung. Die Überwachung soll Rückschlüsse ermöglichen auf die räumliche und zeitliche Verteilung der luftverunreinigenden Stoffe, die aus einer Vielzahl von Emissionsquellen stammen, sowie über die Stärke und die Veränderung der Immission 31). Obwohl die Luftreinhaltepläne auch Maßnahmen zur Verminderung der Luftverunreinigungen und zur Vorsorge enthalten sollen, ist es aufgrund der Luftreinhaltepläne nicht möglich, im Einzelfall eine Emissionsreduzierung zu erzwingen.

Der wichtigste Teil des BImSchG sind die Vorschriften über die Errichtung und den Betrieb von Anlagen. Diese Regelung ist im II. Teil, in den §§ 4-25 enthalten.

---

30) Im wesentlichen wurden diese Maßnahmen bereits durch das Gesetz über Vorsorgemaßnahmen zur Luftreinhaltung vom 17.5.1965 (BGBl. I S. 413) eingeführt. Dieses Gesetz wurde mit Inkrafttreten des BImSchG aufgehoben (§ 72 Ziff. 1 BImSchG).

31) Vgl. amtll. Begründung zum BImSchG, BT-Drucks. VII/179, S. 47 f.

Der erste Abschnitt dieses zweiten Teils erfaßt die sog. genehmigungsbedürftigen Anlagen 32). Im 2. Abschnitt des II. Teils des BImSchG erfolgt eine völlige Neuregelung. Hier werden auch nicht genehmigungsbedürftige Anlagen besonderen Anforderungen hinsichtlich des Immissionsschutzes unterworfen 33). Zwar können solche Anlagen, wie schon der Formulierung zu entnehmen ist, ohne vorherige Genehmigung rechtmäßig betrieben werden, der Betrieb dieser Anlagen darf aber keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorrufen. Die Bedeutung dieses 2. Abschnitts auch für den nicht gewerblich tätigen Bürger wird dann deutlich, wenn man nach der Legaldefinition des § 3 Abs. 5 BImSchG untersucht, welche Einrichtungen als "Anlagen" im Sinne des BImSchG anzusehen sind. Danach ist wohl kaum eine Emissionsquelle denkbar, die nicht auch zugleich die Qualifikation einer Anlage erfüllt und damit den Vorschriften des BImSchG unterfällt 34).

---

32) Dieser Abschnitt des BImSchG ersetzt §§ 16 bis 23 und 25 bis 28 der GewO, d.h., die GewO ist insoweit in das BImSchG übernommen worden. Zwar ist der Gesetzestext umformuliert und das Genehmigungsverfahren verbessert worden, grundsätzlich aber stimmt dieser Abschnitt des BImSchG mit den §§ 16 ff. GewO überein. Eine dem § 19a GewO entsprechende Vorschrift enthält das BImSchG nicht; siehe hierzu: Kube, Der Betrieb 1972, 127 ff.

33) Vgl. Weber, DVBl. 1971, 806 ff., 811.

34) Seit Erlass des BImSchG ist die polizeirechtliche Zuständigkeit auf dem Gebiet des Immissionsschutzes auf die Bekämpfung unmittelbar drohender Gefahren beschränkt; von dieser Einschränkung ausgenommen ist die Bekämpfung von Immissionen, die von Emissionsquellen ausgehen, die nicht Anlagen i.S. des § 3 Abs. 5 BImSchG sind (Wohnungs- und Gaststättenlärm, Lärm durch Tiere). Insoweit bleibt auch die polizeirechtliche Zuständigkeit zum Erlass von Polizeiverordnungen bestehen (vgl. hierzu: Ule, DVBl. 1972, 437 ff., 440; Feldhaus, Staats- und Kommunalverwaltung 1971, 169 ff., 172, 173).

Zur Immissionsbegrenzung bei ortsveränderlichen Anlagen ist im III. Teil des Gesetzes die Möglichkeit geschaffen worden, bereits im Produktionsstadium auf eine Immissionsreduzierung hinzuwirken, indem durch Rechtsverordnung bestimmt werden kann, daß Anlagen nur dann in den Verkehr gebracht werden dürfen, wenn sie bestimmte Emissionswerte nicht überschreiten. Da die Immissionswerte von Anlagen, die zu ihrem Betrieb Treib- oder Brennstoffe benötigen, wesentlich von der Qualität dieser Betriebsstoffe abhängen, kann gem. § 34 BImSchG durch Rechtsverordnung bestimmt werden, daß Brenn- und Treibstoffe "bestimmten Anforderungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen" genügen müssen, so daß auch hier ein Emissionsschutz bereits im Produktionsstadium durchgesetzt werden kann.

Dem vorbeugenden Immissionsschutz dient ebenfalls die Regelung im IV. Teil des BImSchG, nach dem an die Beschaffenheit und den Betrieb generelle Anforderungen zum Zwecke des Immissionsschutzes gestellt werden können.

b) Der Begriff der "schädlichen Umwelteinwirkung" als Definition des Verursachungserfolges

Das BImSchG bietet als Rechtsgrundlage die Möglichkeit, durch hoheitliche Maßnahmen einen Schutz vor umweltschädlichen Emissionen bzw. Immissionen herbeizuführen. Das Verursachungsprinzip ist dabei nur dann angewandt, wenn die hoheitlichen Maßnahmen zum Immissionsschutz ausschließlich gegen den jeweiligen Verursacher der Immission oder der Emission gerichtet sind.

Das BImSchG knüpft seine Rechtsfolgenanordnung in vielen Fällen an den Begriff der "schädlichen Umwelteinwir-

kung" 35). In den entscheidenden Fällen setzen, wie später noch dargestellt wird, die hoheitlichen Maßnahmen zum Immissionsschutz die Verursachung einer "schädlichen Umwelteinwirkung" voraus. Als Gegenstand des Verursachungsprinzips ist der Begriff der schädlichen Umwelteinwirkung zum Zentralbegriff des BImSchG geworden 36). Ehe im einzelnen dargestellt wird, inwieweit das BImSchG in den einzelnen Tatbeständen durch den Begriff der schädlichen Umwelteinwirkungen die Verwirklichung des Verursachungsprinzips verfolgt, soll untersucht werden, welcher Erfolg mit dem Begriff der schädlichen Umwelteinwirkung umschrieben wird.

Die Legal-Definition im § 3 Abs. 1 BImSchG gibt hierauf zunächst eine eindeutige Antwort:

"Schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne dieses Gesetzes sind Immissionen, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen". 37)

Durch diese Definition hat das Verursachungsprinzip im BImSchG bereits eine eindeutige Ausprägung erfahren. Soweit das Gesetz in seinen folgenden Regelungen an die Verursachung "schädlicher Umwelteinwirkungen" knüpft, genügt es nicht, eine Emission von bestimmter Art und

---

35) Zum Begriffsinhalt vgl.: Ule, DVBl. 1973, 756 ff., 757.

36) §§ 4 Abs. 1, 5 Ziff. 1 u. 2, 17 Abs. 1, 19 Abs. 1, 20 Abs. 3, 22 Abs. 1, 23 Abs. 1, 25 Abs. 2, 26, 32 Abs. 1, 33 Abs. 1, 34 Abs. 1, 35 Abs. 1 u. 3, 38, 40, 41 Abs. 1, 43 Abs. 1, 44 Abs. 1 u. 2, 47, 49 Abs. 1, 2 u. 3, 50, 54 Abs. 1 Ziff. 4, 61 Ziff. 1 u. 4, 68 Abs. 1 Ziff. 2 u. 3, 69 Abs. 2 Ziff. 1 u. 2, 70 Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 2, Abs. 3 Ziff. 1, Abs. 4 Ziff. 1 u. 3, Abs. 5 BImSchG.

37) Der Begriff der schädlichen Umwelteinwirkung wurde bereits in gleicher Weise im Art. 18 Bay. LStVG definiert.

bestimmten Ausmaßen nachzuweisen, es muß vielmehr der Nachweis einer bestimmten Immission erbracht werden. Während der Nachweis einer Emission 38) lediglich ein

- 38) Der Begriff Emission beschreibt den Übertritt luftverunreinigender Bestandteile in die offene Atmosphäre. Der Ort des Übertritts heißt Quelle oder Emittent.

Erläuterung:

Der Begriff Emission wird über die Definition hinausgehend als allgemeine Benennung für die übertretenden luftverunreinigenden Stoffe selbst benutzt. Ebenso wird der Begriff Emittent häufig im erweiterten Sinne zur Beschreibung technischer Einrichtungen verwendet, welche die luftverunreinigenden Stoffe emittieren. Der Emittent kann an der Ausbreitung der luftverunreinigenden Stoffe aktiv oder passiv beteiligt sein. z.B. aktiv durch Ausstoßen oder passiv durch Diffusion.

Der Begriff Immission beschreibt den Austritt luftverunreinigender Stoffe aus der offenen Atmosphäre zu einem Akzeptor.

Erläuterung:

Der Begriff Immission wird im erweiterten Sinne häufig auch zur Bezeichnung der aus der Atmosphäre austretenden oder sogar in der Umgebung von Akzeptoren enthaltenen luftverunreinigenden Stoffe selbst verwendet. Beispielsweise spricht man von Belastungen durch Gas-Immissionen und Schwebstoff-Immissionen.

Der Akzeptor kann am Übertritt aktiv oder passiv beteiligt sein. z.B. aktiv durch Einatmen oder Ansaugen oder passiv durch Adsorption.

Die mit den Begriffen Emission, Transmission, Immission beschriebenen Phänomene gehen innerhalb mehr oder weniger großer räumlich-zeitlicher Bereiche stetig ineinander über, z.B. im Bereich der Schornsteinüberhöhung oder in der Ansaugzone von aktiven Akzeptoren.

Streng genommen müßten die Begriffe Emission und Immission auf alle Bestandteile der Luft, des Wassers, des Bodens und auf alle Energie-Phänomene, wie z.B. Strahlung, Wärme, Schall und Erschütterungen, angewandt werden. Im Bereich der Luftreinhaltung wird ihre Anwendung auf luftverunreinigende Stoffe beschränkt.

(Begriffsumschreibung und Erläuterungen sind der VDI-Richtlinie 2450, Blatt 1 - Entw. Nov. 1973 - entnommen)

(Forts. Fn. 38 s. S. 24)

Problem der Meßbarkeit des emittierten Stoffes ist, erfordert der Nachweis, eine bestimmte Immission verursacht zu haben, nicht nur ein bestimmtes Meßergebnis, sondern, da die Meßstelle meist in größerer Entfernung von der emittierenden Anlage liegt, auch den Nachweis, daß das Meßergebnis am Immissionsort auf die Emissionen der bestimmten Anlagen zurückzuführen ist. Es soll an dieser Stelle nicht auf die Probleme eingegangen werden, die einem solchen Kausalitätsnachweis oft im Wege stehen, es soll lediglich aufgezeigt werden, daß das Anknüpfen einen besonderen Kausalitätsnachweis notwendig macht.

Es ist denkbar und begrifflich ebenso möglich, "schädliche Umwelteinwirkungen" als Emission bestimmter Art zu definieren, da bereits durch die Emission auf die Umwelt schädigend eingewirkt wird. Würde bei der Rechtsfolgenanordnung nach dem BImSchG allein auf das Verursachen einer bestimmten Emission abgestellt, so könnte eine solche Verfahrensweise zumindest in einigen Fällen zu einer "Umweltungerechtigkeit", d.h., zu einer un gerechtfertigten Gleichbehandlung der Emittenten führen. Wenn auch bereits die Emission auf die Umwelt schädigend einwirkt, so ist doch entscheidend, wie sich diese Einwirkung für den Menschen und die ihn unmittelbar umgebende Natur darstellt 39). Aufgrund meteorologischer Verhältnisse, morphologischer Strukturen und insbesondere durch das Hinzutreten weiterer Emissionsquellen

---

(Forts. Fn. 38):

Siehe auch die Legaldefinition dieser Begriffe in § 3 BImSchG, wonach unter "Emissionen" und "Immissionen" nur die Luftverunreinigungen selbst verstanden werden.

Zu den Begriffen Emission und Immission siehe ferner Wiethaup, Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuscher und Erschütterungen, S. 25 ff.; ferner Malkmus, S. 1 ff.

- 39) Siehe hierzu Rehbinder, Politische und rechtliche Probleme des Verursacherprinzips, S. 128 ff.; Wegener, DVBl. 1974, 327 ff.

kann die Duldung einer bestimmten Emission eine Gefahr für die Gesundheit des Menschen verursachen, während die gleiche Emission an einem anderen Orte für die im Umkreis lebenden Menschen völlig unbedenklich wäre. Eine genaue Aussage darüber, ob eine Emission eine Gefahr für den Menschen und seine Umwelt darstellt, kann daher nur mittels einer Immissionsmessung festgestellt werden 40).

Dieser Grundsatz ist jedoch nur bedingt richtig. So gilt für die Luftreinhaltung, von Ausnahmen abgesehen, daß auch eine Emission, die in ihrem Einwirkungsreich als unschädlich angesehen werden muß, zur großräumigen Luftverschmutzung beiträgt und daß von bestimmten Emissionen eine Gefährdung von Menschen im Einwirkungsbereich unabhängig von den örtlichen Verhältnissen behauptet werden kann. Gerade in industriellen Ballungsgebieten, die eine große Flächenausdehnung aufweisen, wird die großräumige Luftverschmutzung besonders spürbar, da nur ein Teil der Emission im sog. "Einwirkungsbereich" der Anlage als Immission niedergeht und oft der größere Teil der Emissionen im Zusammenwirken mit anderen Luftverunreinigungen nicht feststellbarer Herkunft zu einer so hohen Grundbelastung der Luft führt, daß in solchen Gebieten Gesundheitsgefahren festgestellt werden können, ohne daß der Ort der Immission im Einwirkungsbereich einer bestimmten emittierenden Anlage liegt 41).

---

40) So auch - mit Einschränkungen - Jürgensen, Wirtschaftsdienst 1972, 245 ff., 251; a. A. Rehbinder, ZRP 1970, 250 ff., 254: Umweltschutz durch Emissionskontrolle sei erfolgversprechender.

41) Zur haftungsrechtlichen Problematik der großräumigen Luftverschmutzung siehe: Bullinger, VersR 1972, 599 ff., insbes. 602 ff.

c) Die Anwendung des Verursachungsprinzips in den Vorschriften über genehmigungsbedürftige Anlagen

aa) Neugenehmigung von Anlagen

Der Kreis der genehmigungsbedürftigen Anlagen wird gemäß § 4 Abs. 1 BImSchG durch Rechtsverordnung bestimmt 42).

Die Voraussetzungen der Genehmigung sind in § 6 BImSchG aufgezählt, wobei in § 6 Ziff. 1 BImSchG auf die nach § 5 geforderten Anforderungen an genehmigungsbedürftige Anlagen und die nach § 7 erlassenen Rechtsverordnungen verwiesen wird. Damit sind gemäß § 6 BImSchG die in § 5 BImSchG, die in § 6 Ziff. 2 BImSchG gestellten Anforderungen und die nach § 7 BImSchG erlassenen Rechtsverordnungen für die Genehmigung einer Anlage zu beachten. Die Bedingungen der §§ 5, 6 und 7 BImSchG stehen kumulativ nebeneinander, d. h., es müssen alle Voraussetzungen vorliegen, damit die Genehmigung erteilt werden kann 43).

Gemäß Ziff. 1 des § 5 BImSchG wird - im Gegensatz zu den übrigen Regelungen des BImSchG - über den Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen hinaus auch vor sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft geschützt 44). Damit sind bei den Ge-

---

42) Bis zum Inkrafttreten der Rechtsverordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 4 Abs. 1 Satz 3 BImSchG gilt die Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 16 GewO i.d.F. v. 7.7.1971 (BGBl. I S. 889).

43) Zu Problemen des Genehmigungsverfahrens nach Inkrafttreten des BImSchG siehe: Thieme, BB 1973, 713 ff.

44) Entsprechend der Regelung nach §§ 16 ff. GewO. Zur Entstehungsgeschichte der Vorschriften der §§ 16 ff. GewO siehe: Zuck, NJW 1972, 279 ff.; Feldhaus, Der Landkreis 1972, 291 ff.

nehmigungsvoraussetzungen nicht nur das Maß der durch den ordnungsgemäßen Betrieb der Anlage entstehenden Immissionen zu berücksichtigen, sondern darüber hinaus auch gegen solche Gefahren Vorsorge zu treffen, die durch Unglücksfälle innerhalb der Anlage, z.B. Explosion oder Brand, zu besonders schwerwiegenden Einwirkungen auf die Umgebung führen können 45).

Unabhängig von der Immissionswirkung der Anlage wird gemäß Ziff. 2 als Genehmigungsvoraussetzung gefordert, daß die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung getroffen werden 46).

§ 5 Ziff. 3 BImSchG bezieht sich auf einen Bereich, der nicht zum Immissionsrecht gehört. Da jedoch das Genehmigungsverfahren grundsätzlich alle von der Anlage ausgehenden Gefahren umfassen soll, wird mit der Ziff. 3 die schadlose Beseitigung der Produktionsabfälle - die im Gegensatz zu den Emissionen zunächst in der Anlage verbleiben - ebenfalls zur Voraussetzung der Genehmigung gemacht.

Die nach § 5 BImSchG an die Anlage zu stellenden Anforderungen können durch Rechtsverordnungen gemäß § 7 BImSchG im einzelnen bestimmt werden. Soweit Rechtsverordnungen bestehen, ist die Einhaltung dieser Vorschriften gemäß § 6 Ziff. 1 BImSchG ebenfalls Voraussetzung der Genehmigung.

---

45) Zum vorbeugenden Immissionsschutz durch Planung siehe: Alberding, Der Landkreis 1972, 264 ff.; Fischer, Der Landkreis 1972, 260 ff.

46) Unter Maßnahmen nach dem Stand der Technik sind Verfahren und Einrichtungen zu verstehen, die bereits praktisch erprobt sind und sich im Betrieb bewährt haben. So die amtl. Begründung zum BImSchG, a.a.O., S. 32; vgl. ferner Ziff. 2.31. ff. TA Luft; ähnlich Wiethaup, Lärmbekämpfung in der BRD, S. 196; siehe auch: Bullinger, in: Das Verursacherprinzip und seine Instrumente, S. 69 ff., S. 88.

§ 6 Ziff. 2 BImSchG ist mit § 5 Ziff. 3 BImSchG inso-  
weit vergleichbar als auch hier ein nicht-immissions-  
rechtlicher Bereich geregelt ist. Die Beachtung ander-  
er öffentlich-rechtlicher Vorschriften ist in das  
BImSchG übernommen worden, weil das Genehmigungsver-  
fahren in Anlehnung an das Verfahren nach der Gewerbe-  
ordnung als umfassendes Prüfungsverfahren ausgestaltet  
ist 47).

Für den Immissionsschutz sind bei der Genehmigung da-  
her nur die Vorschriften des § 5 Ziff. 1 und 2 BImSchG  
und des § 7 BImSchG erheblich. Da die nach § 7 BImSchG  
zu erlassenden Rechtsverordnungen jeweils nur die An-  
forderungen des § 5 BImSchG konkretisieren, kann sich  
die Frage nach dem der Genehmigung zugrunde liegenden  
immissionsrechtlichen Haftungsprinzip auf die Ziffern  
1 und 2 des § 5 BImSchG beschränken.

Mit dem in § 5 Ziff. 2 BImSchG normierten Erfordernis  
einer dem Stand der Technik 48) entsprechenden Emis-  
sionsbegrenzung wird ein vom Verursachungsprinzip un-  
abhängiger Immissionsschutz erreicht. Unabhängig davon,  
ob die Emission einer Anlage im Einzelfall schädliche  
Umwelteinwirkungen hervorruft, können die dem Stand  
der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsmin-  
derung gefordert werden 49) (Vorsorgeprinzip).

Neben dieser Genehmigungsvoraussetzung wird aber die  
in Ziff. 1 aufgestellte Bedingung, nach der durch die  
Anlage schädliche Umwelteinwirkungen nicht hervorge-

---

47) Vgl. amtl. Begründung, a.a.O., S. 32, 33;  
Zuck, NJW 1972, 279 ff.

48) Rehbinder, ZRP 1970, 250 ff., 253, mit kritischer  
Stellungnahme zu diesem Begriff. In den Ausführ-  
ungen Rehbinders bleibt jedoch unerwähnt, daß das  
Kriterium "Stand der Technik" nur dann Bedeutung  
erlangt, wenn die jeweilige Anlage keine schäd-  
lichen Umwelteinwirkungen hervorruft. Siehe ferner:  
Bullinger, VersR 1972, 599 ff., 604; Bethge-Hagen-  
v.Lüpke, S. 79 ff., Rdn. 1 ff.; Feldhaus, DOV 1974,  
613 ff., 616.

49) Siehe hierzu insbesondere VGH Bad.-Württ., vom  
4.8.1972, GewArch. 1972, 324 ff., 327.

rufen werden dürfen, nicht überflüssig. Diese Voraussetzung hat entscheidende Bedeutung für die Standortwahl einer Anlage; denn selbst wenn die Emissionen nach Ziff. 2 auf das technisch mögliche Maß begrenzt sind, kann der Fall eintreten, daß in Gebieten, die bereits durch Immissionen anderer Anlagen vorbelastet sind, durch das Hinzutreten einer weiteren Anlage die Immissionen sich zu einem so hohen Maß summieren, daß schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden. Aber auch wenn der Immissionsbereich einer Anlage nicht durch andere Immissionen vorbelastet ist, kann aufgrund der Kapazität der Anlage oder infolge besonderer meteorologischer oder morphologischer Verhältnisse die Immissionswirkung so stark sein, daß Gefahren für die Umwelt zu befürchten sind 50).

Durch die Ziff. 1 des § 5 BImSchG wird daher der Genehmigungsbehörde die Möglichkeit gegeben, trotz aller technischen Vorkehrungen zum Immissionsschutz die Genehmigung zu versagen, wenn durch die Anlage schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden. Voraussetzung einer so begründeten Ablehnung ist aber, daß gerade die zu genehmigende Anlage schädliche Umwelteinwirkungen hervorruft. Hervorrufen bedeutet nichts anderes als bewirken oder verursachen. Damit ist eine auf § 5 Ziff. 1 BImSchG gestützte Versagung einer Anlagengenehmigung an den Nachweis gebunden, daß die zu genehmigende Anlage schädliche Umwelteinwirkungen verursachen wird. Da schädliche Umwelteinwirkungen einer Anlage Immissionen sind, die Gefahren für die Umwelt verursachen, ist in § 5 Ziff. 1 BImSchG das Verursachungsprinzip voll zur Anwendung gekommen 51). Der dabei erforderliche Kausal-

---

50) Daß diese Fallgestaltung nicht nur theoretischer Natur ist, wird durch die Entscheidung des VGH Bad.-Württ., vom 4.8.1972, a.a.O., deutlich. Siehe zu diesem Problem auch: Wegener, DVBl. 1974, 327 ff.

51) Vgl. hierzu: Simitis, VersR 1972, 1087 ff., der die Anwendung des Verursachungsprinzips im öffentlich-rechtlichen Immissionsschutz übersieht.

nachweis reicht von der Emission der Anlage über die Immission bis zu der Gefahrensituation für Menschen oder Sachen, so daß eine auf § 5 Ziff. 1 BImSchG gestützte Genehmigungsversagung nur dann möglich ist, wenn die Emission der betreffenden Anlage "conditio sine qua non" für die Gefahrenlage ist.

Die negative Formulierung des Verursachungsprinzips bei der Genehmigungserteilung, nach der gemäß § 6 Ziff. 1 BImSchG in Verbindung mit § 5 Ziff. 1 BImSchG die Genehmigung - bei Vorliegen der übrigen Voraussetzung - erteilt werden muß, wenn sichergestellt ist, daß schädliche Umwelteinwirkungen durch die betreffende Anlage nicht hervorgerufen werden, bedeutet eine Regelung der materiellen Beweislast dahingehend, daß die Genehmigung im Zweifel versagt werden kann. Die formelle Beweislast wird durch diese Regelung nicht betroffen, da der Antragsteller gemäß § 10 Abs. 1 BImSchG nur erläuternde Unterlagen einzureichen hat, aus denen sich zwar der Umfang der Immissionswirkung ergeben muß (52), im übrigen aber die Behörde von Amts wegen verpflichtet ist zu ermitteln, ob schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden (53). Wenn auch nach Einholung von Sachverständigen-Gutachten nicht ermittelt werden kann (54), ob die Anlage schädliche Umwelteinwirkungen hervorrufen wird, so liegen die Genehmigungsvoraussetzungen des § 6 Abs. 1 BImSchG nicht vor.

Diese Beweislastregelung ermöglicht es jedoch der Behörde nicht, die Frage rechtlicher Problematik der Ursächlichkeit zwischen Emission der Anlage und der schädlichen Umwelteinwirkung zu vereinfachen; denn ist

---

52) Entsprechend die Regelung in § 17 Abs. 1 GewO, dazu Feldhaus, Anm. 2 zu § 17 GewO.

53) Vgl. § 18 GewO; Feldhaus, Anm. 15 zu § 18 GewO.

54) Siehe hierzu Feldhaus, Anm. 17 zu § 18 GewO.

wegen der besonderen Gestaltung des Kausalzusammenhangs die Ursächlichkeit einer Emission für eine bestimmte Umwelteinwirkung ausgeschlossen, so bestehen keine Zweifel an der Ursächlichkeit der jeweiligen Emission, sondern es muß davon ausgegangen werden, daß die betreffende Anlage keine schädlichen Umwelteinwirkungen verursacht, folglich hat die Behörde in diesem Fall keine Möglichkeit die Genehmigung wegen des Fehlens der nach § 5 Abs. 1 BImSchG geforderten Voraussetzung zu versagen.

bb) Teilgenehmigung und Vorbescheid

Da die Voraussetzungen des § 5 BImSchG i. V. m. § 6 BImSchG auch für die Teilgenehmigung einer Anlage nach § 8 BImSchG und für den Vorbescheid nach § 9 BImSchG 55) gelten, findet hier das Verursachungsprinzip im gleichen Maße Anwendung. Ergibt die vorläufige Prüfung, daß ein Kausalzusammenhang zwischen der Emission der Anlage und der Gefahr für die Umwelt nicht besteht, so kann die Teilgenehmigung bzw. der Vorbescheid 56) in Anwendung des § 5 Abs. 1 BImSchG nicht verweigert werden.

cc) Bedingungen und Auflagen

Bedingungen und Auflagen zur Genehmigung können gemäß § 12 Abs. 1 BImSchG mit dem Genehmigungsbescheid nur verbunden werden, um die in § 6 BImSchG genannten Voraussetzungen sicherzustellen 57), so daß auch die

---

55) Vgl. hierzu § 19a GewO; Zur Abweichung des BImSchG von der Regelung des § 19a GewO siehe: Kube, Der Betrieb 1972, 127 ff.

56) Zu Problemen des Vorbescheids nach dem BImSchG vgl.: Thieme, BB 1973, 713 ff.

57) Vgl. VGH Bad.-Württ., v. 4.8.1972, GewArch. 1972, 324 ff.

Lebenbestimmungen zur Genehmigung, soweit die Immissionswirkung der Anlage betroffen ist, an den in § 5 Abs. 1 BImSchG geforderten Kausalitätsnachweis gebunden sind.

dd) Wesentliche Änderungen von Anlagen

Die wesentliche Änderung einer genehmigungsbedürftigen Anlage ist nach § 15 BImSchG an die gleichen Voraussetzungen geknüpft wie die Neuerrichtung einer Anlage, so daß das Verursachungsprinzip im gleichen Umfang Anwendung findet.

ee) Nachträgliche Anordnungen

Für den Immissionsschutz ist die Möglichkeit, gegen den Betreiber einer genehmigungsbedürftigen Anlage nachträgliche, belastende Anordnung gemäß § 17 BImSchG zu treffen, von besonderer Bedeutung<sup>58)</sup>; denn die Immissionswirkung einer Anlage wird im Genehmigungsverfahren nur hypothetisch aus den voraussichtlichen Immissionswerten ermittelt. Zwar kann die Genehmigungsbehörde zur Bedingung machen, daß die angegebenen Emissionswerte nicht überschritten werden dürfen, es kann aber aus Gründen, die bei der Genehmigung der Anlage nicht vor-  
aussehbar waren, erforderlich werden, nach der Inbetriebnahme der Anlage die Emissionswerte weiter zu senken. Eine besondere Fehlerquelle bei der Ermittlung der voraussichtlichen Immissionswerte entsteht dadurch, daß oft erst durch das tatsächliche Zusammenwirken der Immission der zu genehmigenden Anlage mit den Immissionen anderer Anlagen das Ausmaß der Umweltgefährdung ersichtlich wird.

---

58) Zur Problematik der Durchsetzung nachträglicher Anordnungen: v. Ebner, GewArch. 1969, 193 ff. und 217 ff.; Schubert, Der Landkreis 1972, 344 ff.

Nach § 17 Abs. 1 BImSchG ist Voraussetzung für eine nachträgliche Anordnung "daß die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft nicht ausreichend vor schädlichen Umwelteinwirkungen oder sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen geschützt ist". Aus dem Wortlaut dieser Vorschrift geht nicht hervor, daß beim Auftreten von schädlichen Umwelteinwirkungen die nachträgliche Anordnung nur gegen den Betreiber derjenigen Anlage gerichtet werden darf, der die schädliche Umwelteinwirkung verursacht hat. § 17 Abs. 1 BImSchG muß jedoch in systematischem Zusammenhang mit § 6 Abs. 1 BImSchG gesehen werden. Wenn es schon im Genehmigungsverfahren auf die Verursachung einer schädlichen Umwelteinwirkung ankommt, dann kann nach Inbetriebnahme der Anlage und dem daraus folgenden Bestandschutz eine nachträgliche, belastende Maßnahme nicht an eine Umwelteinwirkung geknüpft werden, die nicht in einem Kausalzusammenhang zu der betreffenden Anlage steht 59), so daß eine nachträgliche Anordnung nur dann zulässig ist, wenn der Betreiber der Anlage die schädliche Umwelteinwirkung verursacht hat.

Der in § 17 BImSchG niedergelegte Grundsatz, daß beim Auftreten schädlicher Umwelteinwirkungen der Verursacher dieser Einwirkung für die Beseitigung derselben eintreten muß, steht unter folgenden Einschränkungen 60):

1. Es steht im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde, ob eine nachträgliche Anordnung erlassen wird 61) (§ 17 Abs. 1 BImSchG).

---

59) Entsprechend war auch die Regelung der Gewerbeordnung im § 25 Abs. 3 zu verstehen; vgl. Feldhaus, Anm. 22 zu § 25 GewO.

60) Die Ausnahmeregelungen sind fast wortgleich aus der Gewerbeordnung übernommen worden (§ 25 Abs. 3 GewO).

61) Feldhaus, Anm. 23 zu § 25 GewO; zur Einschränkung des Opportunitätsprinzips im Verwaltungsrecht: Fuhr, Anm. 2a zu § 18 GewO; OVG Münster, vom 25.1.1967, DVBl. 1967, 546.

2. Die Maßnahme muß für den Betreiber oder für Anlagen der von ihm betriebenen Art 62) wirtschaftlich vertretbar sein 63) (§ 17 Abs. 2 Ziff. 1 BImSchG).
3. Die Maßnahme darf nicht über den "Stand der Technik" hinausgehen 64) (§ 17 Abs. 2 Ziff. 2 BImSchG).

Die drei Ausnahmeregelungen haben gemeinsam, daß sie keine Ausnahme vom Verursachungsprinzip sind, d.h., in keinem Fall ist es zulässig, dem Nichtverursacher emissionssenkende Maßnahmen aufzugeben; die Ausnahmen des § 17 BImSchG beschränken sich vielmehr darauf, bestimmte Verursacher von der Haftung zu befreien.

- 
- 62) Zu der Frage, auf welche wirtschaftliche Einheit das Kriterium der wirtschaftlichen Vertretbarkeit zu beziehen ist, siehe Runderlaß des Arbeits- und Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen v. 18.3.1963 (MBL. NW S. 376 - SMBL. NW S. 7129) geändert durch Runderlaß v. 21.9.1964 (MBL. NW S. 1447); ferner Boissereé-Oels, S. 296; Hoppe, BB 1966, 1372 ff., Feldhaus, Anm. 26 zu § 25 GewO; v. Ebner, GewArch. 1969, 217 ff.
  - 63) Das Kriterium der wirtschaftlichen Vertretbarkeit bezieht sich nach Abs. 2, Ziff. 1 des § 17 BImSchG sowohl auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betreibers der Anlage als auch auf die Anlage selbst. Damit sollen gegenüber dem Wortlaut der Gewerbeordnung Unklarheiten bei der Auslegung beseitigt werden. Vgl. hierzu: Feldhaus, Anm. 26 zu § 25 GewO; Landmann - Rohmer - Eyermann - Fröhler, § 25 GewO, Rdn. 33; Bethge - Hagen - v. Lüpke, S. 72, Hoppe, BB 1966, 1372 ff.; v. Ebner, GewArch. 1969, 217 ff.
  - 64) Siehe: Landmann - Rohmer - Eyermann - Fröhler, § 25 GewO, Rdn. 29 ff.; Feldhaus, Anm. 25 zu § 25 GewO; Bethge - Hagen - v. Lüpke, S. 72, Rdn. 4; siehe ferner: Rehbinder, ZRP 1970, 250 ff., 253; zu Einzelheiten: Ziff. 2.31 TA Luft, Ziff. 2.31 TA Lärm.

ff) Untersagung, Stilllegung und Beseitigung

Nach § 20 Abs. 1 BImSchG kann der Betrieb einer genehmigungsbedürftigen Anlage ganz oder teilweise untersagt werden, um die Durchsetzung einer Auflage oder einer vollziehbaren nachträglichen Anordnung zu erreichen. Inwieweit das Verursachungsprinzip bei einer so begründeten Betriebsuntersagung Anwendung findet, richtet sich danach, ob der Betriebsinhaber eine Auflage oder eine nachträgliche Anordnung nicht befolgt hat. Wenn die Betriebseinstellung wegen Nichtbefolgung einer Auflage erfolgt ist, findet das Verursachungsprinzip gemäß § 12 Abs. 1 i.V.m. §§ 5 und 6 BImSchG nur dann Anwendung, wenn die Auflage dazu dient, schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren im Sinne des § 5 Abs. 1 BImSchG zu verhindern. Bezweckt die Auflage Vorsorgemaßnahmen gemäß § 5 Abs. 2 BImSchG oder die Erreichung anderer Maßnahmen gemäß § 5 Abs. 3 BImSchG, ist die Betriebsuntersagung von der Verursachung einer schädlichen Umwelteinwirkung unabhängig, da auch die Auflageerteilung nicht an eine solche Voraussetzung geknüpft ist.

Wird der Betrieb untersagt, weil eine vollziehbare nachträgliche Anordnung nicht befolgt wird, so ist die Betriebsuntersagung nur dann rechtmäßig, wenn die Voraussetzungen einer nachträglichen Anordnung zu diesem Zeitpunkt vorliegen. Da die nachträgliche Anordnung nur bei Verursachung einer schädlichen Umwelteinwirkung zulässig ist, muß auch die so begründete Betriebseinstellung an den Nachweis der Verursachung gebunden sein.

gg) Widerruf der Genehmigung

Ein auf § 21 Abs. 1 Ziff. 3 oder Ziff. 5 BImSchG gestützter Widerruf ist immer dann an das Verursachungsprinzip gebunden, wenn der Widerruf mit der Verursachung schädlicher Umwelteinwirkungen begründet wird.

Einer der häufigsten Widerrufsgründe wird gerade darin bestehen, daß durch Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse, d.h. Änderung der Bebauung oder höhere Vorbelastung der Luft eine schädliche Umwelteinwirkung hervorgerufen wird. In einem solchen Fall kann gegen den Betreiber einer genehmigungsbedürftigen Anlage der Widerruf nur dann ausgesprochen werden, wenn die Anlage für diese schädliche Umwelteinwirkung eine Ursache gesetzt hat, so daß in diesen Fällen auch der Widerruf der Genehmigung an das Verursachungsprinzip gebunden ist.

d) Die Anwendung des Verursachungsprinzips in den Vorschriften über nicht genehmigungsbedürftige Anlagen

Die Vorschriften über nicht genehmigungsbedürftige Anlagen im BImSchG haben die Aufgabe umweltgefährdende Immissionen zu verhindern. § 22 BImSchG legt die Grundsätze dieses Immissionsschutzes fest:

Die zur Verhinderung schädlicher Umwelteinwirkungen an eine Anlage zu stellenden Anforderungen müssen gemäß § 22 Abs. 1 Ziff. 1 BImSchG mindestens dem Stand der Technik entsprechen. Mit dem Begriff "Stand der Technik" wird ein technischer Standard umschrieben, der nicht mit dem "technisch Möglichen" identisch ist, sondern technisch bereits bewährte und als besonders wirksam anerkannte Verfahren zur Emissionsminderung umfaßt 65). Damit wird ausgeschlossen, daß an den Betreiber einer Anlage wirtschaftlich unzumutbare Forderungen gestellt werden 66), so daß über den Begriff "Stand der Technik" auch bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen die wirtschaftlichen Interessen der Betreiber genügend berücksichtigt sind. Soweit trotz der Einhaltung dieses technischen Standards der Betrieb

---

65) S.o.: Fußnote 46, 48.

66) Amtl. Begründung zum BImSchG, a.a.O., S. 38.

der Anlagen schädliche Umwelteinwirkungen hervorruft, sind diese gem. § 22 Abs. 1 Ziff. 2 BImSchG auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Durch den Stand der Technik werden die möglichen behördlichen Anordnungen in ihrem Umfang gegenüber dem Einzelnen begrenzt; unter welchen Voraussetzungen der Betreiber einer Anlage zur Immissionsminderung überhaupt verpflichtet ist, wird damit nicht geregelt. Eine mögliche Regelung würde darin bestehen, jeden Betreiber einer Anlage zur Einhaltung des Standes der Technik zu verpflichten, unabhängig davon, ob die Anlage schädliche Umwelteinwirkungen hervorruft oder nicht hervorruft. § 22 Abs. 2 Ziff. 1 BImSchG verpflichtet aber die Betreiber nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen "nur" dazu, schädliche Umwelteinwirkungen zu verhindern, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind. Soweit die jeweilige Anlage keine schädlichen Umwelteinwirkungen verursacht, besteht für den Betreiber der Anlage keinerlei Verpflichtung zur Emissionsminderung. Auch die gesetzliche Anordnung, gemäß § 22 Abs. 2 Ziff. 2 BImSchG unvermeidbare Emissionen auf ein Mindestmaß zu beschränken, ist für den Betreiber einer Anlage nur dann erheblich, wenn durch die von ihm betriebene Anlage schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden. Nach § 22 BImSchG ist damit der Immissionsschutz bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen an das Verursachungsprinzip gebunden. 67). Nur wenn die Anlage Immissionen verursacht, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen, besteht für den Betreiber der Anlage die Verpflichtung diese Immissionen durch emissionssenkende Maßnahmen zu verhindern oder

---

67) Vgl. hierzu: Simitis, VersR 1972, 1087 ff., der eine Anwendung des Verursachungsprinzips im öffentlich-rechtlichen Immissionsschutz übersieht.

unvermeidbare Emissionen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

§ 22 BImSchG hat für den Betreiber einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage unmittelbare Geltung. Auf eine Bewehrung durch Straf- oder Bußgeldvorschriften wurde jedoch verzichtet, da diese Vorschrift zu unbestimmt sei (68).

Die Durchsetzung des in § 20 BImSchG enthaltenen Grundsatzes soll durch die in den §§ 23 und 24 BImSchG enthaltenen Vorschriften erreicht werden. Erst wenn die Vorschrift des § 22 BImSchG durch eine Rechtsverordnung gemäß § 23 BImSchG oder durch eine behördliche Anordnung gemäß § 24 BImSchG "konkretisiert" sei, könne der Immissionsschutz durch Verwaltungszwangsmaßnahmen erzwungen werden (69). Nach § 23 BImSchG können durch Rechtsverordnung nicht genehmigungsbedürftige Anlagen bestimmten Anforderungen "zum Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen" unterworfen werden. In Abs. 1 Ziff. 1 und 2 wird aufgezählt, welche Anforderungen "insbesondere" an nicht genehmigungsbedürftige Anlagen gestellt werden können. Zum Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen sollen Rechtsverordnungen u. a. bestimmen können, daß Anlagen bestimmten technischen Anforderungen entsprechen müssen und daß die von Anlagen ausgehenden Emissionen bestimmte Grenzwerte nicht überschreiten dürfen.

Mit dieser Vorschrift soll erreicht werden, daß an nicht genehmigungsbedürftige Anlagen "generelle Anforderungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen" gestellt werden können (70), unabhängig davon, ob die

---

68) Amtl. Begründung zum BImSchG, a.a.O., S. 38, 39.

69) Amtl. Begründung zum BImSchG, a.a.O., S. 38, 39.

70) Amtl. Begründung zum BImSchG, a.a.O., S. 39.

jeweilige Anlage schädliche Umwelteinwirkungen verursacht. Damit wird in § 23 BImSchG das Vorsorgeprinzip verwirklicht im Gegensatz zu dem Verursachungsprinzip des § 22 BImSchG. Das in § 22 BImSchG enthaltene Verursachungsprinzip wird daher durch die generellen Vorsorgemöglichkeiten des § 23 BImSchG ergänzt 71).

Durch § 24 BImSchG wird die Behörde ermächtigt, zur Durchführung des § 22 BImSchG und zur Durchführung der auf § 23 BImSchG gestützten Rechtsverordnungen Anordnungen im Einzelfall zu erlassen. Die Eingriffsvoraussetzungen und die Grenzen des behördlichen Eingriffs ergeben sich entweder aus § 22 BImSchG oder aus den jeweiligen Rechtsverordnungen.

Insoweit eine Einzelanordnung auf § 22 BImSchG gestützt wird, dient § 24 BImSchG der Konkretisierung des § 22 BImSchG 72). Eine auf § 22 BImSchG gestützte Einzelanordnung ist daher nur dann möglich, wenn die Behörde den Nachweis erbringt, daß die Anlage schädliche Umwelteinwirkungen verursacht.

Soweit sich die Einzelanordnung auf eine gemäß § 23 BImSchG ergangene Rechtsverordnung bezieht, ist ein Verursachungsnachweis nicht erforderlich, da die in der Rechtsverordnung enthaltene Regelung vom Verursachungsprinzip unabhängig ist.

Der Erlass der Einzelanordnung ist in das Ermessen der Behörde gestellt. Im Gegensatz zur Ermessensregelung bei nachträglichen Anordnungen gemäß § 17 BImSchG ist die Einräumung eines Ermessensspielraumes hier berechtigt, da die Vielzahl der möglichen Fälle, die zum

---

71) Entsprechend wurde auch bei den genehmigungsbedürftigen Anlagen verfahren: § 5 Ziff. 1 BImSchG enthält das Verursachungsprinzip, während in Ziff. 2 das Vorsorgeprinzip verwirklicht ist.

72) So auch die amtl. Begründung zum BImSchG, a.a.O., S. 39

Einschreiten berechtigen, eine Auswahl nach dem Grad der Wichtigkeit erforderlich machen können.

e) Die Anwendung des Verursachungsprinzips im dritten Teil des BImSchG

Im 3. Teil des BImSchG wird durch die §§ 32 bis 37 eine weitere Möglichkeit der staatlichen Einflußnahme auf die Immissionsminderung von Anlagen eröffnet. Eine Immissionsminderung soll nach diesen Vorschriften dadurch erreicht werden, daß Anlagen und die zum Betrieb von Anlagen notwendigen Treib-, Brenn- und Betriebsstoffe nur so beschaffen sein dürfen, daß Emissionen soweit wie möglich vermieden werden. Dieser Erfolg wird dadurch erreicht, daß bereits beim In-Verkehr-bringen oder Einführen von Anlagen Brenn- und Betriebsstoffe diesen bestimmten Anforderungen bezüglich des Immissionssschutzes genügen müssen. Die Anforderungen an Brenn- und Betriebsstoffe beziehen sich gemäß §§ 34 und 35 BImSchG nicht nur auf die Einfuhr und den Vertrieb, sondern darüber hinaus auch auf die Herstellung. In den §§ 32 bis 35 BImSchG wird die Bundesregierung ermächtigt entsprechende Rechtsverordnungen zu erlassen. Die in diesen Rechtsverordnungen enthaltenen Eingriffe und Eingriffsmöglichkeiten werden von dem Nachweis der Verursachung einer schädlichen Umwelteinwirkung notwendigerweise unabhängig sein. Der gemäß den §§ 32 bis 35 BImSchG zu erreichende Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen wird daher durch die Anwendung des Vorsorgeprinzips gewährleistet.

f) Die Anwendung des Verursachungsprinzips im vierten Teil des BImSchG

Eine Sonderregelung gilt gemäß §. 38 BImSchG für Fahrzeuge. Da Fahrzeuge gemäß § 3 Abs. 5 Ziff. 2 BImSchG nicht unter den Begriff der Anlage im Sinne des BImSchG fallen, haben für Fahrzeuge die Vorschriften über nicht genehmigungsbedürftige Anlagen keine Geltung. Eine solche Sonderregelung für Kraftfahrzeuge ist sinnvoll, da durch verkehrsrechtliche Vorschriften der Immissionschutz auf dem Gebiet des Kraftfahrzeugwesens bereits eine ausführliche, wenn auch nicht ausreichende Regelung erfahren hat. Der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Kraftfahrzeuge soll auch weiterhin im Zusammenhang mit verkehrsrechtlichen Vorschriften erfolgen 73). Diese verkehrsrechtlichen Vorschriften sind dadurch gekennzeichnet, daß sie an die Beschaffenheit von Kraftfahrzeugen generelle Anforderungen stellen, unabhängig davon, ob durch das Kraftfahrzeug an seinem jeweiligen Betriebsort schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden. Wegen der schnellen Ortsveränderlichkeit eines Kraftfahrzeugs ist es unmöglich das Verursachungsprinzip sinnvoll anzuwenden. Diesem Grundsatz entspricht auch die Regelung des § 38 BImSchG selbst, nach der Kraftfahrzeuge generell so beschaffen sein müssen, daß ihre Emissionen das nach dem Stand der Technik unvermeidbare Maß nicht überschreiten.

Auch die Ermächtigung zu Verkehrsbeschränkungen gemäß § 40 BImSchG ist nicht an den Nachweis der Verursachung der schädlichen Umwelteinwirkung durch Kraftfahrzeuge gebunden.

---

73) Zu verkehrsrechtlichen Vorschriften, die neben dem BImSchG immissionschutzrechtliche Aufgaben erfüllen - siehe Anhang.

c) Das Haftungsprinzip in den Verursachungsstatbeständen des BImSchG

Soweit in den oben aufgezeigten Tatbeständen das Verursachungsprinzip Anwendung findet, ist die Verantwortlichkeit des Emittenten für eine umweltgefährdende Immission nicht notwendig an die Handlung einer natürlichen Person, z.B. des verantwortlichen Firmeninhabers geknüpft, sondern es reicht aus, daß das haftungsbe gründende Ereignis in den Verantwortungsbereich des Inanspruchgenommenen fällt.

Verantwortlich für die Erfüllung der hoheitlichen Anordnung ist der "Betreiber" der jeweiligen Anlage; er ist verpflichtet, schädliche Umwelteinwirkungen zu verhindern, auch wenn diese nicht auf seine Handlung zurückzuführen sind. Allein entscheidend ist, daß die schädliche Umwelteinwirkung auf eine Emission zurückzuführen ist, die aus der Anlage des Betreibers stammt.

Das Gesetz verzichtet insoweit auf ein kausales Bewirkungsverhältnis und erklärt den Betreiber der Anlage für deren Emissionen ungeachtet ihrer Entstehung für verantwortlich. An die Stelle der Kausalität der Handlung ist die Kausalität der Sphäre getreten 74).

Eine solche Haftung findet ihre Rechtfertigung in der gesteigerten sozialen Verantwortung für einen bestimmten Gefahrenbereich 75). Die Herbeiführung der in dem Betreiben einer emittierenden Anlage liegenden Gefahrensituation wird zwar im öffentlichen Interesse gestattet, für die schädigenden Folgen dieser Gefahrenlage soll jedoch derjenige verantwortlich sein, der in der Lage ist, die Beeinträchtigung zu beseitigen und in dessen Interesse die Gefährdung zugelassen ist 76).

---

74) Vgl. Bydlinski, JBl. 1959, 1 ff.

75) Larenz, Schuldrecht II, 7. Aufl. 1965, § 71 I, S. 484.

76) Vgl. Esser, Schuldrecht II, 4. Aufl. 1971, § 114 I, S. 476 ff.

Das gesetzliche Erfordernis des Kausalzusammenhanges beginnt daher erst bei der Emission; "Verursacher" i.S. des BImSchG ist derjenige, der für die einen bestimmten Erfolg verursachende Emission verantwortlich ist.

Die Verursachungsproblematik im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz wird daher nur insoweit relevant als der Kausalzusammenhang zwischen Emission und immissionsbedingter Umweltgefährdung in Frage steht.

Bezüglich dieses Kausalverhältnisses läßt das BImSchG die Frage unbeantwortet, ob Kausalität i.S. der Äquivalenztheorie ausreicht, um die jeweilige Immission dem Emittenten zuzurechnen, oder ob das Kausalprinzip durch eine Haftungstheorie, z.B. die der Adäquanz, eingeschränkt ist.

Im BImSchG ist bei der Anwendung des Verursachungsprinzips der tatbestandsmäßige Erfolg in allen Fällen mit dem im § 3 Abs. 1 BImSchG definierten Begriff der schädlichen Umwelteinwirkung umschrieben. Eine schädliche Umwelteinwirkung kann durch eine entsprechende Emission, aber auch durch andere Handlungen verursacht werden, z.B. dadurch, daß sich Menschen in den Einwirkungsbereich einer emittierenden Anlage begeben, so daß erst durch die ständige Anwesenheit von Menschen am Immissionsort die Umwelteinwirkung als gefährlich zu qualifizieren ist 77). In einem solchen Fall ist sowohl der Emittent als auch derjenige für die Gefahrensituation ursächlich, der sich in den Bereich der emittierenden Anlage begeben hat, und auch derjenige, der die für die Entstehung der Emissionen notwendigen Rohstoffe dem Betreiber der Anlage geliefert hat 78). Dieses

---

77) Ein solcher Sachverhalt lag dem im Polizeirecht entschiedenen "Schweinemästereifall" zugrunde, vgl. hierzu: Willerscheid, S. 116 ff.

78) So auch Hartkopf, Der Landkreis 1972, 256 ff., 256.

Beispiel zeigt, daß auch die schädliche Umwelteinwirkung im Sinne des BImSchG nicht nur durch den Emittenten verursacht wird, sondern eine Vielzahl von Ereignissen notwendige Bedingung für den tatbestandsmäßigen Erfolg sind. Eine Haftungstheorie hätte hier die Aufgabe, zu entscheiden, welchem Verursacher die Beseitigung der Gefahrenlage aufgegeben werden soll 79).

Soweit das Verursachungsprinzip im BImSchG Anwendung findet, trifft die Haftung gemäß ausdrücklicher Regelung stets den Emittenten, d. h. den Betreiber der Anlage. Bei genehmigungsbedürftigen Anlagen ergibt sich diese Regelung daraus, daß die Genehmigung gemäß § 6 BImSchG dem Betreiber gegenüber verweigert wird, wenn der Betrieb der Anlage schädliche Umwelteinwirkungen verursacht. Entsprechend wird bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen die Verhinderung von schädlichen Umwelteinwirkungen nur den Emittenten aufgegeben und demgemäß kann eine Anordnung im Einzelfall nur gegen den Emittenten ergehen. Aus der Vielzahl der Verursacher des tatbestandsmäßigen Erfolgs, der im BImSchG mit dem Begriff "schädliche Umwelteinwirkungen" umschrieben wird, werden diejenigen Verursacher herausgegriffen, die durch den Betrieb einer emittierenden Anlage eine Bedingung für den Erfolg gesetzt haben. Da zwischen dem Erfolg, der in der Immissionswirkung bestehenden Gefahrensituation und der nach dem BImSchG relevanten Ursache, dem Betreiben einer emittierenden Anlage, ein so naher Sachzusammenhang besteht, ist es überflüssig, die Haftung des Emittenten durch weitere qualifizierende Merkmale, wie Adäquanz oder Verschulden einzuschränken.

---

79) Vgl. hierzu die Haftungstheorien im Polizeirecht, insbesondere die Theorie der unmittelbaren Verurteilung. - Siehe ferner: Rehbinder: Politische und rechtliche Probleme des Verursacherprinzips, S. 31, 32; Oberhauser, in: Das Verursacherprinzip und seine Instrumente, S. 60, 61.

Einzigste Voraussetzung für die Haftung eines Emittenten nach dem Verursachungsprinzip des BImSchG ist die äquivalent-kausale Herbeiführung einer schädlichen Umwelteinwirkung.

Das Verursachungsprinzip im BImSchG ist daher insoweit eingeschränkt, als nur ein Emittent als Verursacher in Betracht kommt. Zwischen einer Emission und der jeweiligen schädlichen Umwelteinwirkung findet das Verursachungsprinzip und damit die Äquivalenztheorie 80) ohne Einschränkung Anwendung.

---

80) Zur Einschränkung der Äquivalenztheorie in anderen Bereichen des öffentlichen Rechts siehe: Kraemer, NJW 1965, 183 ff.

## II. Die Feststellung der Verursachung einer Umwelt- gefährdung als Grenzwertproblem.

### 1. Die Überschreitung eines Immissionsgrenzwertes als Verursachungserfolg nach dem BImSchG

Wie die vorstehende Untersuchung des Verursachungsprinzips im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz gezeigt hat, sind die Rechtsfolgen des Verursachungstatbestandes von der Verwirklichung eines Tatbestandsmerkmals abhängig, das die jeweilige Umweltgefährdung oder Umweltschädigung umschreibt. Das BImSchG definiert in § 3 das Tatbestandsmerkmal der Umweltgefährdung als "Immissionen, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen". Mit gleichem oder ähnlichem Wortlaut wurde der Tatbestand der Umweltgefährdung in der Gewerbeordnung und in den Immissionsschutzgesetzen der Länder definiert 81).

Da man eine schädliche oder gefährdende Wirkung einer Immission nur in den seltensten Fällen durch unmittelbare körperliche Wahrnehmung feststellen kann, müßte ein in jedem Fall zu erstellendes Gutachten darüber Aufschluß geben, von welcher Art und welchem Ausmaß die fragliche Immission ist und ob durch diese Immission eine Gefahr von der bezeichneten Art hervorgerufen wird. Unabhängig von den Schwierigkeiten, den naturwissen-

---

81) §§ 16, 18 GewO; § 3 ImSchG Baden-Württemberg; § 4 ImSchG Bremen; § 3 ImSchG Niedersachsen; § 2 Abs. 1 ImSchG Nordrhein-Westfalen; § 3 ImSchG Rheinland-Pfalz; Art. 18 Abs. 3 Bayr. Landesstraf- und Verordnungsgesetz.

schaftlichen Nachweis einer solchen Gefährdung zu führen 82), folgt aus dem Umstand, daß die Umweltgefährdung, die durch das Gesetz verhindert oder beseitigt werden soll, im Gesetzeswortlaut durch einen abstrakten Gefährdungstatbestand umschrieben ist 83), die logische Notwendigkeit, daß bei der Subsumtion eines Sachverhalts unter den Gefahrenbegriff nur eine Entscheidung richtig sein kann; im Einzelfall also entweder eine Gefahr vorliegt oder nicht vorliegt 84). Da jede Immission in unendlich feiner Abstufung "stärker" und "schwächer" vorstellbar ist, d.h., der Konzentrationswert einer Immission sowohl hoch als auch niedrig sein kann, müssen in jedem Einzelfall die Menge der möglichen Konzentrationswerte, welche als ungefährlich anzusehen sind, von der Menge derjenigen denkbaren Konzentrationswerte, die gefährdende Wirkung haben, unterschieden werden können. Da die Schädlichkeit jeder Immission proportional oder umgekehrt proportional mit wachsendem Immissionswert steigt, ist in jedem Fall nur ein einziger Immissionswert denkbar, bei dessen Überschreiten eine Immission als gefährlich gewertet werden kann,

---

82) Zum Immissionsschutz als technisches Problem siehe: Wiethaup, Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen S. 88 ff.

83) Siehe z.B. Fuhr, Anm. 2a zu § 18 GewO.

84) Grundsätzlich gilt auch für die Auslegung eines "unbestimmten" Gesetzesbegriffs sowie für die Ermittlung des Sachverhalts und für die Subsumtion des Sachverhalts unter den Gesetzesbegriff das "Ideal der objektiven Richtigkeit" (Wolff-Bachof I, § 31 I b 1.). Davon unabhängig ist die Frage, inwieweit die Rechtsprechung im Einzelfall die Subsumtion des Sachverhalts unter den jeweiligen Gesetzesbegriff nachzuprüfen berechtigt ist. (Vgl. dazu Wolff-Bachof I, a.a.O. und die dort zit. Literatur und Rechtsprechung).  
- Zur Problematik der "unbestimmten" Gesetzesbegriffe bei der Anwendung des BImSchG siehe: Ule, DVBl. 1972, 437 ff., 442, 443; ders. DVBl. 1973, 756 ff.; Feldhaus, DÖV 1974, 613 ff., 615.

d.h., es gibt für jeden in Frage stehenden Sachverhalt, bei dem die Verursachung einer Gefahr durch Immissionen in Frage steht, nur einen einzigen feststehenden Immissionsgrenzwert, der den im Gesetz festgelegten Gefahrenbegriff definiert. Solange der Wert der Immission diesen Grenzwert nicht überschreitet, liegt keine Gefahr vor, überschreitet der Wert der Immission diesen Grenzwert, so ist zugleich die Verursachung des bezeichneten Gefahrenzustandes nachgewiesen.

Da eine Immission in der Regel nicht aus einer Art Schadstoffen besteht, sondern aus einer Vielzahl von Gasen bzw. staubförmigen Bestandteilen zusammengesetzt ist, gilt die vorstehende Überlegung für jede in einer solchen "Sammelimmission" enthaltene "Teilimmission", d.h., jeder in einer Immission enthaltenen Schadstoffart kann ein bestimmter Grenzwert zugeordnet werden. Dabei ist jedoch ggf. die durch das Zusammenwirken mehrerer Schadstoffe bewirkte Erhöhung der Gefährlichkeit des einzelnen Schadstoffs durch eine Korrektur des Grenzwertes zu berücksichtigen.

Die Feststellung, daß jedem Gefahrenbegriff bezüglich einer bestimmten Immission nur ein Immissionsgrenzwert zugeordnet ist, wird nicht dadurch in Frage gestellt, daß der Gefahrenbegriff aus mehreren unterschiedlichen Begriffen zusammengesetzt ist.

Um zu vermeiden, daß in jedem Einzelfall, entsprechend den polizeirechtlichen Grundsätzen, der Zustand einer konkreten Gefahr nachgewiesen werden muß, beschränkt der Wortlaut des BImSchG den erforderlichen Nachweis auf die Feststellung einer Immission, die "geeignet" ist, eine Gefahr hervorzurufen; d.h., es reicht aus, daß die Immission unter bestimmten Umständen einen Gefahrenzustand hervorrufen kann. Da die Feststellung des Zustandes einer solchen abstrakten Gefahr unabhängig

ist von den örtlichen Verhältnissen des Einzelfalles, kann für jede Immission generell der Konzentrationswert festgestellt werden, bei dessen Überschreiten der im Gesetz umschriebene abstrakte Gefahrenzustand eintritt 85).

Die Beweisführung wird durch die Möglichkeit, die Gefahrengrenze generell festzustellen, wesentlich erleichtert. Ist einmal der generelle Immissionsgrenzwert für eine bestimmte Immission zutreffend ermittelt worden, so kann die Frage, ob das Tatbestandsmerkmal der Umweltgefährdung erfüllt ist, allein aufgrund einer Immissionsmessung entschieden werden. Der Nachweis eine umweltgefährdende Immission verursacht zu haben, ist gegenüber dem einzelnen Emittenten dann erbracht, wenn nachgewiesen wird, daß die Emission des Emittenten eine Immission verursacht hat, deren Konzentrationswert den Immissionsgrenzwert übersteigt.

Abgesehen von den noch zu erörternden Schwierigkeiten, den Nachweis der Kausalität zwischen Emission und grenzwertüberschreitender Immission zu führen, bietet erst die Festlegung genereller Immissionsgrenzwerte die Möglichkeit, einen in der Praxis wirksamen Immissionsschutz auf der Grundlage des Verursachungsprinzips zu führen. Durch die hohe Zahl der Emittenten und der Verschiedenartigkeit der Immissionen würde die Durchführung eines wirksamen Immissionsschutzes an dem Beweis-erfordernis scheitern, wenn man in bezug auf jede Immission den Zustand einer konkreten Gefahr durch einen naturwissenschaftlichen Nachweis erbringen wollte.

---

85) Vgl. Wanner, Universitas 1972, 533 ff.

## 2. Die Rechtsverbindlichkeit von festgestellten Immissionsgrenzwerten.

Die Wirksamkeit des Immissionsschutzes hängt wesentlich davon ab, inwieweit festgestellte Immissionsgrenzwerte als rechtsverbindliche Entscheidungsgrundlage herangezogen werden können. Die Rechtsverbindlichkeit eines Immissionsgrenzwertes hängt von dem Normcharakter der jeweiligen Vorschrift ab 86).

Das höchste Maß an Rechtssicherheit und Rechtsverbindlichkeit würde ein Immissionsgrenzwert beinhalten, der in einem (formellen) Gesetz enthalten ist. Eine solche Regelung hat jedoch den entscheidenden Nachteil, daß der Immissionsgrenzwert nur unter erschwerten Bedingungen und großem Zeitaufwand veränderten technischen Bedingungen oder neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen angepaßt werden kann 87).

Die Möglichkeit, Immissionsgrenzwerte als Rechtsverordnung festzusetzen, verbindet den Vorzug der Rechtsverbindlichkeit eines Gesetzes mit dem Vorzug, Änderungen des Grenzwertes in einem einfachen Verfahren durchzuführen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Rechtsverbindlichkeit der durch Rechtsverordnung erlassenen Grenzwerte dann in Frage gestellt ist, wenn der Grenzwert nicht dem Inhalt und dem Umfang der gesetzlichen Ermächtigung entspricht 88). Inhalt und

---

86) Vgl. Zahn, in: Umweltschutz II, S. 32, 33.

87) In Form eines formellen Gesetzes ist ein Immissionsgrenzwert bisher nur im Fluglärmgesetz (vom 30.3.1971 BGBl. I S. 282) in § 2 enthalten. Jedoch erfüllt der in § 2 enthaltene Lärmgrenzwert nicht den Zweck die Lärmimmission auf einen bestimmten Wert zu begrenzen, sondern einen Lärmschutzbereich festzulegen, in dessen Folge Bauverbote ausgesprochen werden können und Entschädigungen für Schallschutzmaßnahmen gezahlt werden dürfen.

88) Art. 80 GG.

Umfang der gesetzlichen Ermächtigung werden dabei in der Regel durch den im Gesetz enthaltenen Gefahrenbegriff bestimmt 89). Umfaßt z.B. der Gefahrenbegriff des § 3 Abs. 1 BImSchG "Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen", und bestünde die Möglichkeit, Immissionsgrenzwerte durch Rechtsverordnung festzulegen, so wäre der in einer Rechtsverordnung bestimmte Immissionsgrenzwert rechtswidrig, dessen Maßzahl so niedrig bemessen ist, daß bereits Immissionen, die als nicht erhebliche Belästigung zu qualifizieren sind, den Grenzwert überschreiten würden. Die Möglichkeit Immissionsgrenzwerte durch Rechtsverordnung festzulegen entbindet daher die Behörde nicht von der Notwendigkeit, den Immissionsgrenzwert auf Grund naturwissenschaftlicher Erkenntnisse genau auf den gesetzlichen Gefahrenbegriff abzustimmen.

Die Verwaltungspraxis hat sich bisher darauf beschränkt, Immissionsgrenzwerte durch Verwaltungsanordnungen festzulegen 90). Trotz des Umstandes, daß Verwaltungsanordnungen gegen Dritte keine Rechtswirkung erzeugen, kommt diesen Verwaltungsvorschriften eine hohe Bedeutung bei der Ausführung der gesetzlichen Vorschriften zu 91),

---

89) Vgl. § 4 Abs. 1 BImSchG, wonach die durch Rechtsverordnung zu bestimmenden genehmigungsbedürftigen Anlagen durch den Gefahrenbegriff des § 4 Abs. 1 BImSchG bezeichnet sind.

90) Die TA Luft v. 28.8.1974 enthält unter Ziff. 2.4 Immissionsgrenzwerte für nicht toxische Stäube (Ziff. 2.4.2) und für folgende gasförmige Immissionen: Chlor, Chlorwasserstoff, Fluorwasserstoff, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Schwefelwasserstoff, Stickstoffdioxid, Stickstoffmonoxid (Ziff. 2.4.3).

In der TA Lärm sind für Geräuschemissionen gebietsdifferenzierte Grenzwerte festgelegt (Ziff. 2.321).

- Die Geltung der Grenzwerte ist auf genehmigungsbedürftige Anlagen beschränkt.

91) Rehbinder, ZRP 1970, 250 ff., 254: Auch die Verwaltungsgerichte würden die Verwaltungsvorschriften ohne sie zu überprüfen "prima facie" akzeptieren; Steiger, ZRP 1971, 133 ff., 134; Ule, DVBl. 1972, 437 ff., 443.

da die Verwaltungsanordnungen oft die einzige Fundstelle für wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse auf dem Gebiet des gewerblichen Immissionsschutzes darstellen 92). Hinzu kommt, daß die in den Verwaltungsvorschriften festgelegten Grenzwerte den gesetzlich normierten Gefahrentatbestand nur selten ausschöpfen, d. h., weniger einschränkend festgesetzt sind als nach dem Gesetz möglich, so daß im Streitverfahren ein Anzweifeln der in der Verwaltungsanordnung niedergelegten Grundsätze für den Emittenten nur selten Erfolg verspricht.

Die Feststellung von Immissionsgrenzwerten der Rechtsprechung zu überlassen, kann nur als Notlösung angesehen werden, da auf diesem Wege ein einheitliches System von Immissionsgrenzwerten am schwersten zu erreichen ist, unter anderem deshalb, weil das erkennende Gericht bei der Frage, ob eine Immission den Gefährdungstatbestand erfüllt hat, nicht gezwungen ist, den Immissionsgrenzwert feststellen zu lassen, sich vielmehr darauf beschränken kann festzustellen, daß der Gefährdungstatbestand erfüllt, d.h., der Grenzwert überschritten ist, so daß offen bleibt, um welche Maßeinheit der vermeintliche Grenzwert überschritten ist. In entsprechender Weise kann das Gericht verfahren, wenn der Gefährdungstatbestand nicht erfüllt wird, so daß auf diesem Wege erst nach einer Reihe von Gerichtsentscheidungen, die sich auf die gleiche Art von Immissionen beziehen, erkennbar wird, wo die Rechtsprechung die Grenze zwischen nicht gefährdender und gefährdender Immission zieht 93). Wie der bisherige verwaltungsgerichtliche Immissionsschutz gezeigt hat, sind die Gerichte bei der Frage, ob im Einzelfall eine umweltge-

---

92) Siehe hierzu: VGH Bad.-Württ., vom 4.8.1972, GewArch. 1972, 324 ff., 326, 327;  
Bethge - Hagen - v. Lüpke, S. 81, Rdn. 7.

93) Siehe hierzu: Feldhaus, DÖV 1974, 613 ff., 615.

fährdende Immission vorliegt, in der Regel überfordert, zumal es vielfach an den Voraussetzungen fehlt, um durch ein Sachverständigengutachten die Tatsachenfeststellung zu erleichtern. In vielen Fällen machen daher die Gerichte Grenzwerte zur Grundlage ihrer Entscheidung, die durch privatrechtliche Organisationen und Vereinigungen aufgestellt worden sind 94). In der kritiklosen Anwendung solcher Grenzwerte durch die Gerichte liegt dann eine besonders große Gefahr für einen wirk- samen Umweltschutz, wenn die Vereinigung, die die Grenzwerte aufgestellt hat, sich personell aus Mitglie- dern zusammensetzt, die zugleich die wirtschaftlichen Interessen der Emittenten vertreten 95).

Von den aufgezeigten Möglichkeiten, den gesetzlichen Gefährdungstatbestand durch Angabe von Grenzwerten ge- nau anzugeben, ist die Festlegung von Grenzwerten durch Rechtsverordnungen eindeutig vorzuziehen 96), da auf diesem Wege ein Höchstmaß an Rechtssicherheit und Rechtsverbindlichkeit mit der Möglichkeit verbunden werden kann, die Grenzwerte neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen in kurzer Zeit anzupassen.

- 
- 94) Deutsche Normen: Schallschutz im Hochbau, Anfor- derungen (DIN 4109, Blatt 2) - Tabelle 1; Schall- schutz in Städtebau, Hinweise für die Planung, Berechnungs- und Bewertungsgrundlagen (DIN 18005, Blatt 1) - Tabelle 4.

VDI-Richtlinien: Beurteilung und Abwehr von Ar- beitslärm (VDI 2058); Lärmabwehr im Baubetrieb und die Baumaschinen (VDI 2550) - Tabelle 1; zu den VDI-Normen siehe: Schwarz, in: Umweltschutz II, S. 43 ff.

Zu den sog. MIK-Werten siehe: Schlipköter, in: Umweltschutz II, S. 25, Zahn, in: Umweltschutz II, S. 25 ff.

- 95) Vgl. hierzu: Rehbinder, a.a.O., S. 253.

- 96) A.A. Weber, DVBl. 1971, 806 ff., 811; Feldhaus, DÖV 1974, 613 ff., 615.

Trotz dieses Umstandes hat es der Gesetzgeber unterlassen im BImSchG eine Regelung vorzusehen, aufgrund der der Begriff der schädlichen Umwelteinwirkung durch den Erlaß von Immissionsgrenzwerten in Form von Rechtsverordnungen präzisiert werden kann. Statt dessen wird der Festlegung von Immissionsgrenzwerten durch allgemeine Verwaltungsvorschriften der Vorzug gegeben. So sollen auch die in der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft und der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm 97) enthaltenen Grenzwerte mit Inkrafttreten des BImSchG nicht in Form von Rechtsverordnungen ergehen, sondern nur als Verwaltungsanordnungen innerbehördliche Geltung haben. Da jedoch diese Verwaltungsvorschriften insbesondere durch die Festlegung von Immissionsgrenzwerten die für die Beurteilung des Einzelfalles notwendigen technischen und naturwissenschaftlichen Angaben enthalten, kommt ihnen für die Rechtsanwendung eine oft entscheidende Bedeutung zu.

3. Festsetzung von Immissionsgrenzwerten unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen.
- a) Die Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen über die Anwendung eines differenziert-objektiven Maßstabes

Das oben gewonnene Ergebnis, nach dem jedem "unbestimmten" Rechtsbegriff, welcher einen Gefahrenzustand beschreibt, bezüglich einer bestimmten Immission nur ein einziger Grenzwert zugeordnet werden kann, soll eine Einschränkung erfahren, soweit der von dem Gesetz beschriebene Gefahrenzustand den Begriff der Erheblichkeit

---

97) S. o. Fußnote 22.

enthält 98).

Im Wortlaut des Gefahrenbegriffs des § 3 Abs. 1 BImSchG fällt zunächst auf, daß sich der Begriff der Erheblichkeit nur auf Nachteile und Belästigungen bezieht. Der Begriff "Gefahr" im BImSchG unterliegt nicht diesen Einschränkungen; dies ist darauf zurückzuführen, daß unter dem Begriff "Gefahr" 99) nur der Rechtsgüterschutz subsummiert wird und die Gefahr der Verletzung eines Rechtsgutes zutreffend als in jedem Fall erheblich angesehen wird. Diese Überlegung führe zu der Schlußfolgerung, daß dem Begriff "Gefahr" die Erheblichkeit immanent sei 100). Soweit das Kriterium "erheblich" auf "Nachteile" 101) und "Belästigungen" 102) bezogen wird, soll die Feststellung einer "erheblichen" Störung das Ergebnis einer Güterabwägung sein, auf die in einem hochindustrialisierten Land nicht verzichtet werden könne 103).

---

98) § 3 Abs. 1 BImSchG; §§ 16 Abs. 1, 18 GewO, ferner die ImSchG der Länder, siehe Fußnote 27.

99) Zum Begriffsinhalt: Amtl. Begründung zum BImSchG, a.a.O., S. 29; zum Gefahrenbegriff der GewO, Feldhaus, Anm. 6 zu § 18; Boissereß-Oels, S. 41, 42; ferner BVerwG. vom 25.2.1969, DVBl. 1969, 586.

100) Feldhaus, Anm. 9 zu § 18 GewO.

101) Im Gegensatz zum Begriff "Gefahr" soll unter "Nachteil" in erster Linie Vermögenseinbußen verstanden werden, die durch physische Einwirkungen hervorgerufen werden, jedoch nicht unmittelbar zu einem Schaden führen. So Feldhaus, Anm. 7 zu § 18 und fast wortgleich die amtll. Begründung zum BImSchG, a.a.O., S. 29; vgl. ferner Landmann-Rohmer-Eyermann-Fröhler, § 18 GewO, Rdn. 7 ff.

102) Der Begriff "Belästigung" soll ausschließlich Einwirkungen auf das körperliche Wohlbefinden umfassen. (Amtl. Begründung zum BImSchG, a.a.O., S. 29; Feldhaus, Anm. 8 zu § 18 GewO; OVG Münster vom 22.3.1961, DÖV 1962, 147 = JZ 1961, 758.) Zum Teil wird zwischen Nachteil und Belästigung begrifflich nicht unterschieden, siehe: Fuhr, Anm. 2a zu § 18 GewO.

103) Amtl. Begründung zu § 3 BImSchG, a.a.O., S. 29.

In gleicher Weise wurde der Begriff "erheblich" in § 16 und § 18 der Gewerbeordnung verwandt. Durch die Beschränkung auf "erhebliche Nachteile und Belästigungen" wurde ein Ausgleich widerstreitender Interessen des Unternehmens einerseits und der Interessen der Nachbarschaft oder der Allgemeinheit 104) andererseits angestrebt. Dieser Interessenausgleich mache es erforderlich, auch andere, generell die Interessenlage bestimmende Gesichtspunkte in Betracht zu ziehen, also einen differenziert-objektiven Maßstab anzulegen 105).

Der sog. differenziert-objektive Maßstab wurde von der Rechtsprechung 106) für den zivilrechtlichen Immissionsschutz, speziell für den Begriff der "Wesentlichkeit" einer Beeinträchtigung im Sinne von § 906 BGB entwickelt 107):

Für die Frage der Wesentlichkeit der Beeinträchtigung komme es nicht auf die individuelle Person des mehr oder weniger empfindlichen Nachbarn an, sondern auf das Empfinden eines normalen Durchschnittsmenschen. Bei der Frage jedoch, wie ein Durchschnittsmensch empfinde, spiele Natur und Zweckbestimmung des von der Einwirkung

---

104) Im Gegensatz zum Wortlaut der §§ 16 und 18 GewO, nach dem der Immissionsschutz nur auf das "Publikum" bezogen ist, wird im BImSchG ausdrücklich auch die Nachbarschaft in den Schutzbereich einbezogen. Hierin ist jedoch kein erweiterter Immissionsschutz zu sehen, denn auch gemäß § 18 GewO hat die Behörde von Amts wegen zu prüfen, ob die Nachbarschaft ausreichend geschützt ist. (BVerwG vom 22.6.1959, BVerwGE 9,9 = GewArch. 1959, 133; OVG Lüneburg, vom 23.6.1967, DVBl. 1967, 779 = GewArch. 1967, 276 = DÖV 1968, 213; Feldhaus, Anm. 3 zu § 18 GewO).

105) Feldhaus, Anm. 9 zu § 18 GewO.

106) BGH, v. 16.6.1959, NJW 1959, 1632 = MDR 1959, 741 = BB 1959, 761; BGH, v. 18.6.1958, NJW 1958, 1393 = BB 1958, 753; vgl. hierzu: Scherer, die Rechtsprechung des BGH zum nachbarlichen Gemeinschaftsverhältnis und zum Immissionsrecht, DRiZ 1963, 51 ff.

107) Siehe: Wiethaup, Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen, S. 41 ff.

betroffenen Grundstücks eine entscheidende Rolle 108). Diese für den Bereich des Zivilrechts entwickelte differenziert-objektive Betrachtungsweise soll auch bei der zunehmenden allgemeinen Belastung des heutigen Menschen durch störende Umwelteinflüsse einen gerechten und angemessenen Interessenausgleich im Bereich des Verwaltungsrechts herbeiführen. Ohne den Ausgleich widerstreitender Interessen des Unternehmens einerseits und der Interessen der Nachbarschaft andererseits sei in einem dicht besiedelten Land eine gewerbliche Entwicklung nicht möglich 109).

Diesem letzteren Grundsatz kann ohne Einschränkung zugestimmt werden. Fraglich ist aber, ob nicht die Anwendung des differenziert-objektiven Maßstabs bei der Feststellung der schädlichen Umwelteinwirkung zu einem "Interessenausgleich" an der falschen Stelle führt und dadurch der Schutz der Umwelt vor schädlichen Umwelteinwirkungen erschwert wird.

Indem an den Begriff der Erheblichkeit in § 3 BImSchG die Anwendung des differenziert-objektiven Maßstabes geknüpft wird, ist die Frage, wann durch eine Immission dem einzelnen ein Nachteil oder eine Belästigung erwächst, nicht aufgrund feststehender Immissionsgrenzwerte zu beantworten; vielmehr wird schon bei der Frage,

---

108) BGH, v. 18.6.1958, a.a.O.

109) Feldhaus, Anm. 9 zu § 18 GewO; Fuhr, Anm. 2a zu § 18 GewO, letzter Absatz, der bezüglich der Begriffe Nachteile und Belästigung auf § 906 BGB verweist; Landmann - Rohmer - Eyer mann - Fröhler, § 18 GewO, Rdn. 9; unter Bezugnahme auf die Pr. Techn. Anl.: Es sei zu erwägen, ob jene Nachteile, Gefahren oder Belästigungen, dasjenige Maß überschreiten, dessen Duldung sowohl dem Nachbarn als dem Publikum im Interesse der für die allgemeine Wohlfahrt unentbehrlichen Industrie angesonnen werden könne; vgl. ferner Sieg - Leifermann, Anm. 3 zu § 18 GewO.

ob eine Beeinträchtigung vorliegt, der Interessenausgleich nach der sog. differenziert-objektiven Methode durchgeführt.

Dieser Interessenausgleich führt grundsätzlich dazu, daß Bewohnern von Industrie- und Gewerbegebieten eine höhere Immissionsbelastung zugemutet wird, als den Bewohnern von reinen Wohngebieten 110), da bei der Frage, wie ein Durchschnittsmensch empfinde, Natur und Zweckbestimmung des von der Einwirkung betroffenen Grundstücks eine entscheidende Rolle spielen 111).

Nach dieser differenziert-objektiven Methode wird der Interessenausgleich dadurch herbeigeführt, daß der Maßstab, nach dem die Zumutbarkeit von Immissionen zu messen ist, nach der Zweckbestimmung des betroffenen Grundstücks differenziert wird. Die Frage, ob dem Gewerbebetrieb eine Verminderung der Immissionen technisch und wirtschaftlich möglich ist, wird aber erst dann relevant, wenn das Maß der Zumutbarkeit überschritten wird. Da die Zumutbarkeit von der Zweckbestimmung des jeweiligen Grundstücks abhängig ist, können Bewohnern von Industrie- und Gewerbegebieten gefährdende Immissionen zugemutet werden, selbst wenn es sowohl technisch möglich als auch wirtschaftlich vertretbar wäre, die Immissionsbelastung zu senken. Im BImSchG wirkt sich die Anwendung der differenziert-objektiven Methode über den Begriff der Erheblichkeit dahingehend aus, daß bestimmte

---

110) Insoweit folgerichtig sind Landmann-Rohmer-Eyermann-Fröhler, (§ 18 GewO, Rdn. 10) der Auffassung, daß sich Normwerte für die Erheblichkeit von Gefahren, Nachteilen oder Belästigungen nicht aufstellen lassen, da es weitgehend auf die örtlichen Verhältnisse ankomme.

111) Siehe oben, BGH, v. 18.6.1958, a.a.O.; vgl. zu dieser Frage ferner: Wolff-Raiser, Sachenrecht, 10. Auflage, § 53 II 1; Erman-Westermann, 2. Auflage, Anm. 4a zu § 906; Staudinger-Seufert, 11. Auflage, § 906 Rdn. 22.

Immissionen, die in Wohngebieten als umweltgefährdende Einwirkungen anzusehen sind, den Bewohnern von Gewerbegebieten gegenüber als "unerheblich" klassifiziert werden und infolge dessen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG nicht festgestellt werden können. Da die Rechtsfolgen des Gesetzes in den entscheidenden Fällen an das Vorliegen von schädlichen Umwelteinwirkungen geknüpft werden, sind immissionssenkende bzw. immissionsverhindernde Maßnahmen der Verwaltungsbehörde auf Grund des BImSchG, soweit es sich um die Abwehr von Nachteilen und Belästigungen handelt, von der Zweckbestimmung des betroffenen Grundstücks abhängig, so daß in bewohnten Gebieten, in denen auch Gewerbebetriebe angesiedelt sind, technisch mögliche und wirtschaftlich zumutbare immissionssenkende Maßnahmen unter Umständen nicht angeordnet werden können, weil über den Begriff der Erheblichkeit die Zumutbarkeitsgrenze so hochgeschraubt wird, daß die Feststellung einer schädlichen Umwelteinwirkung unterbleiben muß.

b) Die Anwendung des differenziert-objektiven Maßstabes bei der Festsetzung von Immissionsgrenzwerten in der TA Lärm

Die gebietsbezogene Differenzierung der zulässigen Immissionsbelastung hat bereits in die Verwaltungsvorschriften zum BImSchG bzw. zur Gewerbeordnung Eingang

gefunden 112).

In der technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm werden "Immissionsrichtwerte" 113) für Geräusche festgesetzt, bei deren Überschreitung eine erhebliche Belästigung durch Lärm zu besorgen sei 114). Gesonderte Richtwerte für Gefahren, Nachteile und Belästigungen werden nicht aufgeführt, da nach dem Gesetz bereits vor erheblichen Belästigungen zu schützen ist und die Verwirklichung von Nachteilen und Gefahren keine abweichenden Rechtsfolgen erzeugt.

---

112) Die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm), allgemeine Verwaltungsvorschrift über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 16 GewO, vom 16.7.1968, Beilage zum BAnz Nr. 137, und die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft), allgemeine Verwaltungsvorschrift über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 16 GewO, vom 9.9.1964, GMBI. S. 433, ursprünglich als Verwaltungsvorschriften für die Genehmigung von Anlagen nach § 16 GewO entwickelt, haben gemäß § 66 BImSchG mit Inkrafttreten des BImSchG Gültigkeit behalten. Die TA Luft ist am 28.8.1974 in einer Neufassung als Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum BImSchG erlassen worden (GMBI. S. 425). Dabei ist davon auszugehen, daß die in diesen Vorschriften aufgeführten Immissionsgrenzwerte nicht nur für genehmigungsbedürftige Anlagen Gültigkeit haben, sondern grundsätzliche Richtschnur für die Feststellung einer schädlichen Umwelteinwirkung sind.

113) "Richtwerte" sind hier als Grenzwerte zu verstehen, denn durch die Richtwerte soll die obere Grenze einer noch zulässigen Immissionsbelastung festgelegt werden.

A.A. Bethge - Hagen - v. Lüpke, S. 78, 79, Rdn. 15, 16: Eine Überschreitung der Richtwerte sei in "Notfällen" möglich, wobei ein Notfall schon dann vorliegen könne, wenn der Unternehmer bei der Einhaltung der Richtwerte eine Vermögenseinbuße erleide. Die Entscheidung müsse aufgrund einer Güterabwägung ergehen.

114) Feldhaus, Anm. zu Ziff. 2.321 TA Lärm

Die Immissionsrichtwerte werden in der TA Lärm je nach der Art der baulichen Nutzung in 7 Stufen festgelegt 115). Die Differenzierung reicht von reinen Gewerbege-

115) TA Lärm Ziff. 2.321; die Ziff. 2.321 hat folgenden Wortlaut:

2.321 Die Immissionsrichtwerte werden festgesetzt für

- a) Gebiete, in denen nur gewerbliche oder industrielle Anlagen und Wohnungen für Inhaber und Leiter der Betriebe sowie für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen untergebracht sind, auf 70 dB(A)
- b) Gebiete, in denen vorwiegend gewerbliche Anlagen untergebracht sind, auf tagsüber 65 dB(A)  
nachts 50 dB(A)
- c) Gebiete mit gewerblichen Anlagen und Wohnungen, in denen weder vorwiegend gewerbliche Anlagen noch vorwiegend Wohnungen untergebracht sind, auf tagsüber 60 dB(A)  
nachts 45 dB(A)
- d) Gebiete, in denen vorwiegend Wohnungen untergebracht sind, auf tagsüber 55 dB(A)  
nachts 40 dB(A)
- e) Gebiete, in denen ausschließlich Wohnungen untergebracht sind auf tagsüber 50 dB(A)  
nachts 35 dB(A)
- f) Kurgebiete, Krankenhäuser und Pflegeanstalten auf tagsüber 45 dB(A)  
nachts 35 dB(A)
- g) Wohnungen, die mit der Anlage baulich verbunden sind auf tagsüber 40 dB(A)  
nachts 30 dB(A)

Die Nachtzeit beträgt acht Stunden; sie beginnt um 22 Uhr und endet um 6 Uhr. Die Nachtzeit kann bis zu einer Stunde hinausgeschoben oder vorverlegt werden, wenn dies wegen der besonderen örtlichen oder wegen zwingender betrieblicher Verhältnisse erforderlich und eine achtstündige Nachtruhe des Nachbarn sichergestellt ist.

- Zur Koordinierung dieser Gebietseinteilung mit den Gebietsarten der BauNVO siehe: Bethge-Hagen-v.Lüpke, S.90, 91, Rdn. 1 ff.

bieten bis zu Kurgebieten und Krankenhäusern, die noch zulässigen Lärmwerte von 30 - 70 dB (A) 116). Die Festlegung unterschiedlicher Richtwerte für bewohnte Gebiete wird entsprechend der Auslegung des BImSchG bzw. der Gewerbeordnung - und insoweit folgerichtig - mit dem differenziert-objektiven Maßstab begründet.

Da das Schutzbedürfnis der Umgebung je nach der baulichen Nutzung verschieden hoch sei, würden nach dem Gebietscharakter abgestufte Immissionswerte festgesetzt. Damit stelle sich die TA Lärm auf den Boden der herrschenden Rechtsprechung 117), nach der bei der Frage der Wesentlichkeit von Immissionsbeeinträchtigungen ein differenziert-objektiver Maßstab anzulegen sei 118).

Sieht man von den Buchstaben a, f und g der Ziff. 2.321 TA Lärm ab, für die abweichende Regelungen gerechtfertigt sind, so sind die unter Buchstabe b - e aufge-

---

116) "dB" ist eine physikalische Meßgröße für den Schall. Mit der logarithmischen Einheit "Dezibel" (Abkürzung für: "den zehnten Teil von Bel"; nach dem amerikanischen Erfinder Graham Bell) wird der Energieverlust bei einer akustischen Übertragung gekennzeichnet. Bei einer Messung nach "dB" bleibt unberücksichtigt, ob der Lärm durch unterschiedliche Frequenzen bedingt (Tonhöhe, gemessen in Hertz (Hz), bzw. Kilohertz (kHz)) bei gleicher Lautstärke als mehr oder weniger lästig empfunden wird.

Um das durch die Frequenz bedingte Maß an Lästigkeit meßtechnisch erfassen zu können, werden "bewertete Schallpegel" verwandt, die es ermöglichen, die Anteile unterschiedlicher Frequenzen des Lärms auch unterschiedlich zu bewerten. Die spezifische Störwirkung auf den Menschen kann am ehesten durch die Frequenz-Bewertungskurve "A" erfaßt werden. Der nach diesem Schallpegel ermittelte Lärmwert wird in dB (A) ausgedrückt (vgl. Feldhaus, Anm. zu Ziff. 2.13 TA Lärm, Wiethaup, Lärmbekämpfung in der BRD, S. 49 ff.). Außer dem A-bewerteten Schallpegel gibt es noch den B- und den C-bewerteten Schallpegel, die jedoch in der TA Lärm nicht verwandt werden.

117) Unbemerkt bleibt, daß es sich dabei bisher nur um die zivilrechtliche Rechtsprechung handelt.

118) Feldhaus, Anm. zu Ziff. 2.321 TA Lärm.

führten Fälle nur nach dem Verhältnis Wohnungen zu gewerblichen Anlagen differenziert. In jedem dieser bezeichneten Gebiete sind jedoch außer gewerblichen Anlagen auch Wohnungen vorhanden, trotzdem erstrecken sich die noch zulässigen Lärmwerte über vier Stufen. Dabei reichen die Lärmwerte für den Tag von 50 bis 65 dB(A) und für die Nacht von 35 bis 50 dB(A). Wenn in reinen Wohngebieten Lärmwerte von 35 bzw. 50 dB(A) als obere Grenze gelten, dann wird den Bewohnern von Gewerbegebieten mit 50 bzw. 65 dB(A) mehr als das zweieinhalbfache 119) an Lärm zugemutet 120).

Da die Überschreitung dieser Immissionswerte Voraussetzung für die Feststellung einer schädlichen Umwelteinwirkung ist, kann eine Lärmimmission, die in einem Wohngebiet zu hoheitlichen Gegenmaßnahmen ausreicht 121), um das zweieinhalbfache steigen und wäre dennoch in einem Gewerbegebiet als nicht erheblich zu werten, mit der Folge, daß trotz technisch möglicher und wirtschaftlich zumutbarer Abhilfemaßnahmen eine Immissionsminderung unterbleiben muß.

Der Nichteinhaltung technisch möglicher und wirtschaftlich zumutbarer Lärmbekämpfungsmaßnahmen steht im Falle der Neugenehmigung von Anlagen Ziff. 2.211 TA Lärm ent-

---

119) Da es sich bei der Einheit dB um eine logarithmische Einheit handelt, kann die subjektiv empfundene Zunahme oder Abnahme des Lärms nicht arithmetisch ermittelt werden. Wird eine Lärmeinwirkung subjektiv als Verdoppelung empfunden, so entspricht diese Erhöhung der Geräusche einem Anwachsen des Pegels um etwa 9 dB, die Verminderung des Geräusches um die Hälfte entspricht einer Abnahme des Pegels um etwa 9 dB.

120) Zur Kritik der "diskriminierenden Zoneneinteilung", vgl. Rehbinder, ZRP 1970, 250 ff., 254; a.A.: ders., Politische und rechtliche Probleme des Verursacherprinzips, S. 130.

121) Zu Einzelfragen der Lärmbekämpfung, siehe: Wiet-  
haupt, Lärmbekämpfung in der BRD, S. 139 ff.

gegen, nach der außer der Einhaltung der Immissionsrichtwerte auch die dem jeweiligen Stand der Lärmbekämpfungstechnik entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen sein müssen. Diesem Erfordernis entspricht auch die Vorschrift des § 5 Ziff. 2 BImSchG, nach der eine Genehmigung nur zu erteilen ist, wenn zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen getroffen werden. Der Grundsatz der Vorsorge scheidet aber aus, wenn gegenüber einem Betreiber einer genehmigungsbedürftigen Anlage nachträgliche Anordnungen nach § 17 BImSchG 122) getroffen werden sollen. Eine solche Anordnung ist nur dann zulässig, wenn durch die Anlage schädliche Umwelteinwirkungen verursacht werden, mit der Folge, daß über die Anwendung des differenziert-objektiven Maßstabes die Möglichkeit eine nachträgliche Anordnung zu treffen unter Umständen zwar technisch und wirtschaftlich möglich, aber nur deshalb ausgeschlossen ist, weil das Immissionsgebiet auch gewerblich genutzt wird und infolge dessen den Bewohnern ein geringerer Schutz ihrer Lebensqualität von vorneherein zugemutet wird.

c) Die Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen bei der Festsetzung von Immissionsgrenzwerten in der TA Luft.

Die TA Luft neuer Fassung 123) enthält keine gebietsbezogene Differenzierung der zulässigen Immissionswerte 124), während in der TA Luft alter Fassung die Grenzwerte für nicht-toxische Stäube nach allgemeinen und industriellen Ballungsgebieten unterschieden werden 125). Für gasförmige Luftverunreinigungen galten

---

122) Entsprechend § 25 Abs. 3 GewO.

123) S.o., Fußn. 112.

124) S.o., Fußn. 90.

125) Vgl. Dreyhaupt, in: Umweltschutz II, S. 36 ff.

bereits nach der TA Luft alter Fassung in allen Gebieten die gleichen Werte 126).

Die fehlende Differenzierung der Immissionsgrenzwerte bedeutet jedoch nicht, daß auf Grund dieser Grenzwerte in allen Gebieten gleichermaßen ein maximaler Immissionsschutz erreicht werden kann. Die für diese Gase angegebenen Grenzwerte sind Durchschnittswerte, die nicht auf die individuelle Schutzbedürftigkeit des angrenzenden Gebiets abstellen 127). In diesen Durchschnittswerten soll bereits der Ausgleich zwischen dem wirtschaftlichen Interesse des Unternehmers und dem Schutzbedürfnis der Bevölkerung enthalten sein. Da die Grenzwerte auf nachbarschaftlichen Ausgleich aufgebaut seien, hätten bei der Festlegung der Werte auch wirtschaftliche Gesichtspunkte Berücksichtigung gefunden, so daß in Zweifelsfällen die Werte eher zu hoch als zu niedrig 128) angesetzt seien. 129).

Ein "nachbarlicher Ausgleich" der Interessen läßt sich aber bei der Festlegung allgemein gültiger Grenzwerte nur dadurch herbeiführen, daß der zum Schutz der Bevölkerung vor Belästigungen, Nachteilen und Gefahren notwendige Grenzwert wegen des wirtschaftlichen Interesses der Gewerbetreibenden heraufgesetzt wird, so daß

---

126) In Ziff. 2.43 TA Luft a.F. waren für folgende Gase Immissionsgrenzwerte festgesetzt:

Nitrose Gase, Chlor, Schwefelwasserstoff und Schwefeldioxyd.

127) Feldhaus, Anm. zu Ziff. 2.41 TA Luft a.F.; dementsprechend ist in der Neufassung der TA Luft der Begriff "Immissionsgrenzwert" durch "Immissionswert" ersetzt worden. Dessen ungeachtet ist jedoch der aus dem "Immissionswert" abgeleitete, im Einzelfall gültige Wert ein Immissionsgrenzwert.

128) "Hohe Werte" bedeuten in diesem Fall ein geringes Maß an Immissionsschutz, denn je höher der Konzentrationswert einer Luftverunreinigung ist, desto mehr schädliche Stoffe dürfen in einer bestimmten Menge Luft enthalten sein.

129) Feldhaus, Anm. zu Ziff. 2.41 TA Luft a.F.

von der Bevölkerung grundsätzlich ein erhöhtes Maß an Immissionen zu dulden ist 130). Eine nachträgliche Anordnung gegen den Betreiber einer genehmigungsbedürftigen Anlage soll aber unter anderem nur dann zulässig sein, wenn die angegebenen Immissionsgrenzwerte überschritten werden 131). Da aber diese Immissionsgrenzwerte, um die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer zu berücksichtigen, bereits über das Maß des eigentlich Zulässigen erhöht worden sind, können durch diese Grenzwerte nachträgliche Anordnungen gegen umweltgefährdende Immissionen ausgeschlossen sein, obwohl die entsprechenden Maßnahmen zur Immissionssenkung wirtschaftlich zumutbar und technisch möglich sind.

Nur bei der Neugenehmigung von Anlagen gilt gemäß § 6 Abs. 1 i.V.m. § 5 Abs. 2 BImSchG der Grundsatz der Vorsorge, so daß unabhängig von der Schutzwirkung des Immissionsgrenzwertes ein nach dem Stand der Technik maximaler Immissionsschutz erreicht wird.

Werden jedoch auch durch Anlagen, die dem Stand der Technik entsprechen, schädliche Umwelteinwirkungen verursacht, so kommt auch bei der Neugenehmigung von Anlagen den Immissionsgrenzwerten die entscheidende Bedeutung zu 132).

---

130) Nur in besonderen Ausnahmefällen sollen strengere Immissionsgrenzwerte gerechtfertigt sein. Als Ausnahmefälle werden u. a. Kurorte und Krankenhäuser genannt (Feldhaus, a.a.O.); beachte hierzu: Schlipköter, in: Umweltschutz II, S. 25; Dreyhaupt, in: Umweltschutz II, S. 36 ff.

131) Ziff. 2.2.5.2. TA Luft n. F.

132) Die Entscheidung des VGH Bad.-Württ., v. 4.8.1972, GewArch. 1972, 324 ff., macht deutlich, daß auch Anlagen, die bezüglich des Immissionsschutzes den Stand der Technik beachten, Gefahren für die Umwelt hervorrufen können.

d) Das Erfordernis einer Festsetzung von Immissionsgrenzwerten ohne Berücksichtigung der möglichen wirtschaftlichen Interessen im Einzelfall.

Wirtschaftliche Interessen dürfen aus den oben genannten Gründen nicht bei der Festlegung der Immissionsgrenzwerte, sei es durch gebietsbezogen differenzierte Grenzwerte oder durch allgemeine Durchschnittswerte, Berücksichtigung finden. Auszugehen ist vielmehr davon, daß das der Umwelt und den Menschen zumutbare Maß an Nachteilen und Belästigungen grundsätzlich nicht von der Zweckbestimmung des jeweiligen Grundstücks abhängt. Die Frage, ob eine schädliche Umwelteinwirkung vorliegt, darf ausschließlich danach beurteilt werden, welches Maß an Immissionen für das menschliche Wohlbefinden noch erträglich ist 133).

Die Gefahr, daß bei einem Immissionsschutz auf Grund von Grenzwerten, die zugleich wirtschaftliche Interessen berücksichtigen, der Schutz der Umwelt und des Menschen über das erträgliche Maß hinaus vernachlässigt wird, ist besonders groß, weil es an einer genauen begrifflichen Abgrenzung des Immissionsbereichs fehlt, den es zwar zu verhindern gilt, der aber im wirtschaftlichen Interesse unter Umständen hingenommen werden kann, von dem Bereich, dessen Immissionswerte grundsätzlich zu Sanktionen führen. Eine Interessenabwägung nach dem BImSchG soll nur im Bereich von Nachteilen und Belästigungen möglich sein und sich nicht auf den Gefahrenbereich erstrecken. Andererseits wird betont, daß eine genaue Abgrenzung zwischen Belästigung und Nachteilen einerseits und Gefahren andererseits nicht erforderlich sei. Durch diese Inkonsequenz entsteht für den Immissionsschutz die Gefahr, daß im Wege des Interessenausgleichs nicht nur Belästigungen und Nachteile zugemutet werden,

---

133) VG Köln, vom 11.9.1969, abgedruckt bei Feldhaus, Bd. 3; vgl. BVerwG, vom 5.3.1969, DÖV 1969, 431.

sondern daß die Grenze des Zumutbaren bis in den Gefahrenbereich verschoben wird.

So wird in der TA Lärm in bewohnten Gebieten eine Geräuschimmission bis zu 65 dB(A) geduldet, während nach der vom Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund aufgestellten Lärmskala 134) beim Überschreiten von 60 DIN-Phon 135) bereits die Lärmstufe II beginnt, bei deren Erreichen eine Gesundheitsgefährdung anzunehmen ist. Nach den "Medizinischen Leitsätzen zur Lärmbekämpfung" sollen in Wohnräumen tagsüber 45 DIN-Phon nicht überschritten werden 136). Gegenüber diesem Wert bedeutet die Zumutbarkeitsgrenze der TA Lärm von 65 dB(A), daß den betroffenen Menschen das Dreifache an Lärm zugemutet wird 137).

Mit der Forderung nach nicht-differenzierten, generell gültigen Immissionsgrenzwerten, die allein an dem Schutzbedürfnis der Umwelt ausgerichtet sind, soll eine Berücksichtigung des wirtschaftlichen Interesses nicht ausgeschlossen werden. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß in einem dicht besiedelten und hoch-industrialisierten Land auf eine Güterabwägung nicht verzichtet werden kann 138). Diese Abwägung kann unter

- 
- 134) Lärmstufe I - Belästigung 30 - 60 DIN-Phon  
Lärmstufe II - Gefährdung 60 - 90 DIN-Phon  
Lärmstufe III - Schädigung 90 - 120 DIN-Phon  
Lärmstufe IV - mech. Schäden über 120 DIN-Phon  
zit. nach Olschowy, in: Belastete Landschaft - gefährdete Umwelt, S. 276, 277.

- 135) Die Einheit "DIN-Phon" ist bis zu 60 DIN-Phon mit der Einheit dB(A) identisch. Oberhalb von 60 DIN-Phon ergeben sich geringfügige Abweichungen (Feldhaus, Anm. zu Ziff. 2.13 TA Lärm).

- 136) Zit. nach Olschowy, a.a.O., S. 276, 279.

- 137) Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Wert von 65 dB(A) der TA Lärm, gem. Ziff. 2.421 TA Lärm 0,5 m vor dem geöffneten Fenster zu messen ist.

- 138) Zur Duldungspflicht im Immissionsrecht siehe: Rabeneick, DVBl. 1971, 260 ff.; zur Interessenabwägung: Steiger, ZRP 1971, 133 ff., 135; Zeidler, DÖV 1972, 437 ff.

Umständen dazu führen, daß der Immissionsschutz wirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird. Die wirtschaftlichen Interessen finden aber auch bei der Verwendung nicht-differenzierter Grenzwerte ausreichend Berücksichtigung, da nachträgliche, hoheitliche Anordnungen zum Immissionsschutz nur dann zulässig sind, wenn die aufgegebenen Maßnahmen technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar sind 139). Die Berücksichtigung des wirtschaftlichen Interesses an dieser Stelle gewährleistet, daß Maßnahmen gegen umweltgefährdende Immissionen auf jeden Fall bis zur Grenze der wirtschaftlichen Vertretbarkeit und der technischen Möglichkeiten durchgeführt werden können.

Die Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen bei der Neuansiedlung von Betrieben stößt - soweit Wohngebiete von den Immissionen betroffen werden - auf grundsätzliche Bedenken und sollte daher auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben.

---

139) § 17 BImSchG, § 25 Abs. 3 GewO.

### III. Verursachungsprobleme bei summierten Immissionen

#### 1. Der Nachweis der Verursachung einer schädlichen Umwelteinwirkung bei summierten Immissionen als Problem der konkurrierenden Kausalität

##### a) Die Bedeutung des Immissionsgrenzwertes für den Verursachererfolg bei summierten Immissionen

Liegt eine hoheitliche Maßnahmen begründende Immission nur dann vor, wenn ein bestimmter Grenzwert überschritten wird, so stellt sich bei summierten Immissionen die weitere Frage, in welchen Fällen die den Grenzwert überschreitende Immission 140) dem einzelnen an dieser Immission beteiligten Emittenten zugerechnet werden kann, so daß ein hoheitliches Vorgehen gegen diesen Emittenten begründet ist.

Geht man davon aus, daß, soweit das Verursachungsprinzip Anwendung findet, die Verursachung des Erfolges im Sinne der Äquivalenztheorie als Mindestvoraussetzung der Zurechenbarkeit anzunehmen ist, 141) so muß eine Haftung nach dem BImSchG, soweit das Verursachungsprinzip dort Anwendung findet, ausgeschlossen sein, wenn ein Kausalitätsnachweis im Sinne der Äquivalenztheorie nicht möglich ist. Da sich der Nachweis der Verursachung stets auf die Überschreitung eines bestimmten Grenzwertes bezieht, ist der Kausalitätsnachweis nach der Äquivalenztheorie gegenüber dem einzelnen Emittenten ausgeschlossen, wenn dessen Immission für die Grenzwertüberschreitung nicht ursächlich ist.

---

140) Zu den naturwissenschaftlichen Problemen der Grenzwertfeststellung bei summierten Immissionen siehe: Wanner, Die neue Ordnung 1972, 533 ff.

141) S. o., Teil A III.

b) Die möglichen Fallgestaltungen summierter Immissionen

Die Art der Beteiligung an einer summierten Immission (142) ist in verschiedenen, prinzipiell unterschiedlichen Fallgestaltungen denkbar. Um aufzuzeigen, bei welchen Beteiligungsverhältnissen eine Zurechnungsproblematik entsteht, soll bei den verschiedenen Fallgestaltungen im einzelnen untersucht werden, ob eine Zurechnung des tatbestandsmäßigen Erfolgs gegenüber dem einzelnen beteiligten Emittenten im Sinne der Äquivalenztheorie mit Hilfe der Bedingungsformel möglich ist.

Bei der Darstellung der Fallgestaltungen soll zur Veranschaulichung davon ausgegangen werden, daß es sich bei der jeweiligen Immission um den Schadstoff X handelt und der Grenzwert, bei dem die Umweltgefährdung eintritt, bei 0,5 Einheiten "x" pro Einheit "Y" ( $E_x/E_y$ ) anzunehmen ist.

aa) lineare Summierung

(1) Die Problematischen Fallgruppen

Um in die Problematik einzuführen, sollen zu Anfang die beiden Fallgestaltungen dargestellt werden, bei denen keine Kausalitätsprobleme auftreten:

Fall 1: An einer Immission sind mehrere Emittenten beteiligt. Der Wert der Schadstoff-Konzentration liegt aber unter dem Grenzwert.  
(z.B. zwei Emittenten sind mit je 0,2  $E_x/E_y$  an der Immission beteiligt.)

Fall 2: An einer Immission ist nur ein Emittent beteiligt und die Immission überschreitet den Grenzwert.

---

142) Zu den verwaltungsrechtlichen Problemen bei summierten Immissionen vgl. Boisserée-Oels, S. 273.

(z.B. mit 0,6 Ex/Ey).

In diesem Fall hat der Emittent das Überschreiten des Grenzwertes verursacht, der Kausalitätsnachweis ist geführt.

Fall 3: An einer Immission sind mehrere Emittenten beteiligt, die Immission überschreitet den Grenzwert, wobei die Besonderheit besteht, daß die Grenzwertüberschreitung so gering und die Immission jedes einzelnen Emittenten so groß ist, daß bei einem Ausscheiden auch nur eines Emittenten der Immissionsgrenzwert unterschritten wird.

(z.B. 3 Emittenten sind mit je 0,2 Ex/Ey an einer Immission mit einem Gesamtwert von 0,6 Ex/Ey beteiligt.)

Fall 4: An einer Immission sind mehrere Emittenten beteiligt, die Immission überschreitet den Grenzwert, wobei die Besonderheit besteht, daß die Grenzwertüberschreitung so groß und die jeweilige Immission jedes einzelnen Emittenten so gering ist, daß jeder beliebige Emittent und zumindest jeweils ein Emittent entfallen kann, ohne daß die Gesamt-Immission den Grenzwert unterschreitet.

(z.B. 4 Emittenten sind mit je 0,2 Ex/Ey an einer Immission mit einem Gesamtwert von 0,8 Ex/Ey beteiligt.)

Im Folgenden soll nun untersucht werden, ob auch in den Fällen 3 und 4 ein Kausalitätsnachweis möglich ist. Beide Fälle haben gemeinsam, daß die Gesamtimmission den Grenzwert überschreitet. Im Beispielsfall 3 wird beim Hinwegdenken auch nur einer Teilimmission der Grenzwert unterschritten. Dabei ist es unerheblich, welche Teilimmission hinweggedacht wird. Folglich ist in diesem Fall jede Teilimmission und damit auch jeder

an der Immission beteiligte Emittent für die Grenzwert-  
überschreitung kausal.

Der Fall 4 unterscheidet sich in dem angegebenen Beispiel vom Fall 3 dadurch, daß hier noch ein vierter Emittent hinzutritt, so daß hier gegenüber dem Fall 3 die Gesamtimmission um 0,2 Ex/Ey höher ist, der Grenzwert also hier in einem beträchtlich höheren Maße überschritten wird. In diesem Fall kann aber jede Teil-Immission jeweils einzeln hinweggedacht werden, ohne daß die verbleibende Gesamtimmission unter den Grenzwert fällt. Das hat zur Folge, daß die einzelne Teil-Immission und damit der einzelne an der Immission beteiligte Emittent für die Grenzwertüberschreitung nicht ursächlich ist.

Ein Kausalitätsnachweis kann daher bei keinem der an der Immission im Fall 4 beteiligten Emittenten geführt werden.

Fall 5: An einer Immission sind mehrere Emittenten beteiligt, wobei der Anteil jedes einzelnen Emittenten allein schon den Grenzwert überschreiten würde.

(z.B. zwei Emittenten sind mit je 0,6 Ex/Ey an der summierten Immission mit einem Gesamtwert von 1,2 Ex/Ey beteiligt.)

Auch im Fall 5 führt die Kausalitätsprüfung mit Hilfe der Bedingungsformel zu einem für jeden Emittenten negativen Ergebnis. Jede Teilimmission kann einzeln hinweggedacht werden, ohne daß der Erfolg entfällt, so daß für keine der beiden Immissionen der Nachweis der Kausalität für die Grenzwertüberschreitung geführt werden kann.

Gerade in diesem geschilderten Fall wird deutlich, daß die Zurechnung einer schädlichen Umwelteinwirkung auf der Grundlage der Äquivalenztheorie mit Hilfe der Be-

dingungsformel zu einem unbefriedigenden Ergebnis führt. Aber auch der Vergleich der Fälle 3 und 4 läßt erkennen, daß die ausschließliche Anwendung der Äquivalenztheorie als Mindestvoraussetzung der verwaltungsrechtlichen Erfolgszurechnung einer genauen Überprüfung bedarf.

(2) Feststellung einer grenzwertüberschreitenden  
Immission als Problem der konkurrierenden Kausalität

Die Fälle 4 und 5 haben gemeinsam, daß jeweils eine Bedingung hinweggedacht werden kann, ohne daß der Erfolg, d. h. das Vorliegen einer schädlichen Umwelteinwirkung entfällt. In beiden Fällen stehen die Bedingungen zueinander im Verhältnis der sog. konkurrierenden Kausalität 143), obwohl ein solches Beteiligungsverhältnis zunächst nur auf den Fall 5 zuzutreffen scheint:

Mit konkurrierender Kausalität wird jenes Beteiligungsverhältnis bezeichnet, bei dem der Kausalitätsnachweis nach der Bedingungsformel versagt, weil von zwei Ereignissen 144) jedes allein, ohne das andere, schon den Erfolg verursachen würde, beim Hinwegdenken beider Ereignisse der Erfolg jedoch entfielen.

Im Fall 5 kann die Immission A hinweggedacht werden und der Erfolg, die Grenzwertüberschreitung, wird durch die

---

143) V. Caemmerer, S. 21; Dunz, NJW 1966, 134 ff., 134, spricht hier von doppelter oder paralleler Kausalität, Rother, NJW 1965, 177 ff. und Bydlinski, JBl. 1959, 1 ff. von alternativer Kausalität, Kleindienst, S. 72 ff. von "kumulativer Kausalität"; Tarnowski, S. 107 (41) verwendet den Begriff der "Nebentäterschaft". Im Strafrecht wird für dieses Bewirkungsverhältnis der Begriff "alternative Konkurrenz" verwandt (vgl. Schönke-Schröder, 16. Aufl., 1972, Vorbem. zum Allgemeinen Teil, Rdn. 64) oder der Begriff "Doppelkausalität" (Baumann, Strafrecht, Allgemeiner Teil, 5. Aufl., 1968, S. 215; ebenso Rödig, S. 126).

144) ungenau oft "Bedingungen" genannt.

Immission B verursacht, so daß man in diesem Fall zu Recht von konkurrierender Kausalität sprechen kann. Im Fall 4 kann man zwar auch eine der Immissionen hinwegdenken, ohne daß der Erfolg entfällt. Denkt man z. B. die Immission A hinweg, so bleibt die Grenzwertüberschreitung durch das Zusammenwirken der übrigen Immissionen B, C und D bestehen. Bedenken gegen das Vorliegen der konkurrierenden Kausalität könnten deshalb bestehen, weil z. B. die Immission A beim Hinwegdenken der übrigen Immissionen den Erfolg allein nicht hätte bewirken können.

Bei dieser Schlußfolgerung wird jedoch übersehen, daß das Vorliegen konkurrierender Kausalität nicht davon abhängig ist, daß die betreffenden Ursachen den Erfolg jeweils auch "allein" verursacht hätten. Ein solches Bedingungsverhältnis ist ohnehin undenkbar, da immer eine Vielzahl von Ereignissen einen bestimmten Erfolg bewirken.

Entscheidend für das Vorliegen der konkurrierenden Kausalität ist, daß sich mindestens zwei Ereignisse in ihrer Ursächlichkeit für einen bestimmten Erfolg gegenseitig ersetzen können.

Greift man z.B. in dem Fall 4 die Immissionen A und B heraus, so kann von beiden jeweils eine Immission hinweggedacht werden, ohne daß der Erfolg entfällt. Denkt man beide gemeinsam hinweg, wird der Grenzwert nicht mehr überschritten. In Fall 4 stehen daher die Immissionen A und B im Verhältnis konkurrierender Kausalität.

In gleicher Weise läßt sich in Fall 4 auch die konkurrierende Kausalität für die Teilimmissionen C und D, für C und A, für B und C, usw., feststellen, so daß im Fall 4 jede Teilimmission zu jeder Teilimmission im Verhältnis konkurrierender Kausalität steht.

Man könnte an dieser Stelle einwenden, es sei reine Willkür, welche Teilimmission herausgegriffen würde; außerdem könnte man immer zwei Immissionen herausgreifen, so daß für die anderen Teilimmissionen die Feststellung der konkurrierenden Kausalität unterbleiben müßte.

Bei diesem Einwand wird jedoch übersehen, daß die Prüfung der Ursächlichkeit nach der Bedingungsformel immer einen hypothetischen Sachverhalt mit dem wirklichen vergleicht und daß dieser Vergleich bei jeder Ursache unabhängig von den anderen Ursachen vorgenommen werden kann, so daß die Ursächlichkeit eines Ereignisses nicht deshalb bejaht werden muß, weil die mögliche "Ersatzursache" für dieses Ereignis schon als Ersatzursache für ein anderes Ereignis "verbraucht" ist.

Im Fall 4 kann daher beim Hinwegdenken einer beliebigen Teilimmission jede beliebige verbleibende Teilimmission als "Ersatzursache" angesehen werden, die den Erfolg auch beim Hinwegdenken der jeweils hinweggedachten Teilimmission bewirkt hätte, so daß auch im Fall 4 alle Teilimmissionen zueinander im Verhältnis konkurrierender Kausalität stehen.

Die Unmöglichkeit eines Kausalitätsnachweises mit Hilfe der Bedingungsformel ist daher sowohl im Fall 4 als auch im Fall 5 an dem gleichen besonderen Beteiligungsverhältnis, der konkurrierenden Kausalität, gescheitert.

bb) progressive und degressive Summierung

Die Beispielsfälle 2 bis 5 sind dadurch gekennzeichnet, daß das Maß der summierten Immissionen gleich der mathematisch ermittelten Summe der einzelnen Immissionen für den Fall ihres Alleinwirkens ist. Untersucht man die Abhängigkeit der Gesamtimmission von dem Hinzutreten der einzelnen Immissionen zu dieser Gesamt-

immission, so ergibt sich, daß das Maß der Gesamtimmission linear mit dem Maß der jeweils hinzutretenden Einzelimmission ansteigt. Dieses Verhältnis soll als lineare Summierung bezeichnet werden 145).

Das Zusammenwirken von Immissionen ist aber auch in anderer Form möglich. Diese besonderen Formen des Zusammenwirkens treten dann auf, wenn sich die Immissionen bei ihrem Zusammentreffen gegenseitig bzw. einseitig beeinflussen oder andere luftverunreinigende Stoffe auf die sich summierenden Immissionen einwirken. Diese Beeinflussung kann nun in der Weise erfolgen, daß die Maßzahl der summierten Immission größer ist als die mathematisch ermittelte Summe der Maßzahlen der Einzelimmissionen für den Fall ihres Alleinwirkens. In diesem Fall liegt eine progressive Summierung vor. Ist die Maßzahl der summierten Immission geringer als die Maßzahl der Summe der Einzelimmissionen, so ist die Immission als degressiv summierte Immission zu bezeichnen.

#### (1) Die problematischen Fallgruppen

Auch die progressiv und die degressiv summierte Immission ist im Verwaltungsrecht erst dann von Bedeutung, wenn das Maß der summierten Immission den Grenzwert überschreitet, so daß das Problem der konkurrierenden Kausalität bei der Verursachung der Grenzwertüberschreitung in gleicher Weise auftritt wie bei linearer Summierung.

Fall 6: Eine der Fallgestaltung 4 entsprechende progressive Summierung liegt z.B. dann vor, wenn vier Einzelimmissionen bei alleiniger Wirkung jeweils den Wert 0,1 Ex/Ey erreichen würden,

---

145) Im Zivilrecht findet man einen ähnlichen Begriff, den der linearen Schadenssteigerung.

bei ihrem Zusammentreffen die Wirkung aber .  
doppelt so hoch ist und so der Wert 0,8 Ex/Ey  
erreicht wird und beim Ausfall jeweils einer  
Einzelimmission der Wert der Gesamtimmission  
nur auf die Maßzahl 0,6 Ex/Ey herabsinken würde.

Für eine entsprechende degressive Summierung läßt sich  
folgendes Beispiel anführen:

Fall 7: Vier Einzelimmissionen würden bei alleiniger  
Wirkung jeweils den Wert 0,4 Ex/Ey erreichen,  
bei ihrem Zusammenwirken verringert sich die  
Wirkung der Immissionen um die Hälfte, so daß  
die summierte Immission nur den Wert 0,8 Ex/Ey  
erreicht und beim Ausfall einer einzigen Immis-  
sion die verbleibende summierte Immission auf  
den Wert 0,6 Ex/Ey herabsinkt.

Nimmt man bei diesen Fallgestaltungen an, daß der Grenzwert bei 0,5 Ex/Ey liegt, so sind diese Fallgestaltungen progressiver und degressiver Summierung durch die Besonderheit gekennzeichnet, daß sich die Bedingungs-eigenschaft für die Grenzwertüberschreitung mit Hilfe der Bedingungsformel für keine der beteiligten Einzelimmissionen feststellen läßt, weil auch beim Hinwegdenken einer Einzelimmission der Wert der summierten Immission nicht unter den Grenzwert sinkt.

Obwohl das Problem des Verursachungsnachweises für die Grenzwertüberschreitung bei progressiver und degressiver Summierung in gleicher Weise auftritt wie bei linearer Summierung, sind die Fallgestaltungen der progressiven und degressiven Summierung durch ein zusätzliches Kausalproblem gekennzeichnet:

Während es im Bereich der linearen Summierung möglich ist, mittels der Bedingungsformel festzustellen, wie groß der jeweilige Anteil der Einzelimmission an der Gesamtimmission ist, versagt diese Methode in den Fall-

gestaltungen der degressiven und progressiven Summierung.

Fall 8: Summieren sich z. B. zwei Einzelimmissionen (A und B) bei einem Grenzwert von 0,5 Ex/Ey zu einer Immission mit dem Wert 0,8 Ex/Ey, und sinkt beim Ausfall der Immission A der Immissionswert auf 0,6 Ex/Ey, so ist nach der Bedingungsformel die Immission A für eine Mehrimmission von 0,2 Ex/Ey ursächlich. Denkt man die Immission B hinweg und sinkt hier der Immissionswert, verursacht durch die verbleibende Immission A, auf den Wert 0,7 Ex/Ey, so ist nach der Bedingungsformel die Immission B nur für eine Mehrimmission von 0,1 Ex/Ey kausal (146).

Die mit Hilfe der Bedingungsformel ermittelten Anteile der Einzelimmissionen an der summierten Immission können nicht dem wirklichen Sachverhalt entsprechen, da die Summe der Anteile der Einzelimmissionen 0,3 Ex/Ey ergibt, während die summierte Immission den Wert 0,8 Ex/Ey erreicht.

In diesem Fall der degressiven Summierung scheitert der Nachweis, eine grenzwertüberschreitende Immission verursacht zu haben, schon daran, daß infolge der Degression die mit Hilfe der Bedingungsformel ermittelten Immissionsanteile so gering sind, daß jede Einzelimmission hinweggedacht werden kann, ohne daß der Grenzwert unterschritten wird.

Die Fragwürdigkeit dieses Ergebnisses wird durch folgende Überlegung deutlich. Wird eine summierte Immission mit dem Wert 0,8 Ex/Ey durch die Anteile zweier Einzelimmissionen verursacht, so muß zumindest ein An-

---

146) Vgl. Rummel, S. 43, 43.

teil einer Einzelimmission größer oder gleich der Hälfte der summierten Immission sein, d. h. größer oder gleich  $0,4 \text{ Ex/Ey}$ . Dann jedoch muß zumindest beim Hinwegdenken einer Einzelimmission der Grenzwert unterschritten werden.

Im Falle der progressiven Summierung ist die Summe der mit Hilfe der Bedingungsformel ermittelten Anteile der Einzelimmission an der summierten Immission größer als das Maß der summierten Immission.

Fall 2: Sind an einer summierten Immission mit der Maßzahl  $0,6 \text{ Ex/Ey}$  zwei Immissionen (A und B) beteiligt und sinkt beim Hinwegdenken der Immission A der Wert der summierten Immission auf die Maßzahl  $0,2 \text{ Ex/Ey}$  und beim Hinwegdenken der Immission B auf die Maßzahl  $0,1 \text{ Ex/Ey}$ , so ist nach der Bedingungsformel die Immission A für eine Mehrimmission von  $0,4 \text{ Ex/Ey}$  und die Immission B für eine Mehrimmission von  $0,5 \text{ Ex/Ey}$  ursächlich. Die Summe dieser mit Hilfe der Bedingungsformel ermittelten Immissionsanteile beträgt  $0,9 \text{ Ex/Ey}$ , während die summierte Immission nur den Wert  $0,6 \text{ Ex/Ey}$  erreicht.

Dieses Beispiel zeigt, daß die mit Hilfe der Bedingungsformel ermittelten Anteile der Einzelimmissionen an der summierten Immission nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen können, das heißt, die Aussage der Bedingungsformel muß auch im Falle progressiver Summierung unzutreffend sein. Dennoch entsteht durch das Versagen der Bedingungsformel im Falle progressiver Summierung im Gegensatz zur degressiven Summierung nicht die Schwierigkeit, mit Hilfe der Bedingungsformel den einzelnen Emittenten die Verursachung der Grenzwertüberschreitung möglicherweise nicht zurechnen zu können. Da bei progressiver Summierung die mit Hilfe der Bedingungsformel ermittelten Anteile an der summierten

Immission stets größer, zumindest aber gleich der wirklichen Anteilen sein müssen, wird beim Hinwegdenken des mit Hilfe der Bedingungsformel ermittelten Anteils einer Einzelimmission kein Immissionswert gebildet, der höher liegt als es den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, so daß der Nachweis der Verursachung einer Grenzwertüberschreitung keinesfalls daran scheitern kann, daß sich Einzelimmissionen progressiv summieren.

## (2) Grenzfälle degressiver Summierung

Bei degressiver Summierung können besondere Fallgestaltungen auftreten, in denen die Feststellung der Ursächlichkeit mittels der Bedingungsformel besondere Probleme aufwirft.

Ein Sonderfall degressiver Summierung und zugleich verwaltungsrechtlich relevanter Summierung liegt dann vor, wenn eine summierte Immission den Grenzwert überschreitet und beim Hinwegdenken jeweils einer der beteiligten Einzelimmissionen am Wert der Gesamtimmission keine Änderung eintritt.

Fall 10: Ergibt z.B. die Summierung von zwei Teilimmissionen (A und B) einen Immissionswert von 0,6 Ex/Ey, so kann die Degression bei der Summierung so groß sein, daß die Immission A ausfallen und die Einzelimmission B allein einen Immissionswert mit der Maßzahl 0,6 Ex/Ey hervorruft, andererseits aber auch die Immission A allein die Maßzahl 0,6 Ex/Ey erreichen würde.

Auch in diesem Fall stellt sich das Problem der konkurrierenden Kausalität; denn jede Einzelimmission kann jeweils allein hinweggedacht werden, ohne daß die verbleibende Immission den Grenzwert von 0,5 Ex/Ey unterschreitet. Jedoch weist dieser Sonderfall der degress-

siven Summierung eine Besonderheit in der Problematik der konkurrierenden Kausalität auf.

In den vorhergehenden Fällen trat das Problem der konkurrierenden Kausalität deshalb auf, weil beim Hinwegdenken einer Einzelimmission der Wert der Gesamtimmission nicht unter den Grenzwert sank, so daß die jeweilige Immission keine notwendige Bedingung für die Grenzwertüberschreitung der Gesamtimmission gesetzt hat. Die vorhergehenden Fälle hatten jedoch trotz konkurrierender Kausalität gemeinsam, daß beim Ausfall jeweils einer Immission der konkrete Wert der Gesamtimmission geringer wurde.

In vorliegendem Fall verursacht der Ausfall einer Immission weder eine Grenzwertunterschreitung noch eine Änderung des konkreten Immissionswertes.

Das Problem der konkurrierenden Kausalität tritt hier in zweifacher Weise auf. Einmal in bezug auf die Frage, welche Immission für die Grenzwertüberschreitung kausal ist, und zweitens läßt sich hier zunächst nicht feststellen, welche Immission für die Herbeiführung des konkreten Immissionswertes ursächlich ist.

Der oben geschilderte Sonderfall degressiver Summierung bildet den theoretischen Grenzfall einer proportional anwachsenden degressiven Summierung, d. h., steigt in einer denkbaren Reihe von Fällen beim Hinzutreten einer jeweils gleich großen Einzelimmission zu einer bestimmten bestehenden Immission der Wert der gebildeten Gesamtimmission nur um einen jeweils kleiner werdenden Wert an, so ist schließlich der Grenzfall denkbar, daß trotz des Hinzutretens einer Immission der Wert der Gesamtimmission nicht mehr ansteigt.

Dieser Grenzfall proportional anwachsender degressiver Summierung ist aber auch zugleich der Grenzfall der umgekehrt proportional anwachsenden degressiven Summierung. Eine umgekehrt proportional anwachsende degressive

Summierung liegt dann vor, wenn durch das Hinzutreten einer Einzelimmission zu einer bestehenden Immission der Wert der gebildeten Gesamtimmission verringert wird.

Fall 11: Tritt z.B. zu einer Immission A mit einem Immissionswert von 0,6 Ex/Ey eine Immission B hinzu, die bei alleiniger Wirkung einen Wert von 0,6 Ex/Ey aufweisen würde, und sinkt der Wert der summierten Immission auf die Maßzahl 0,4 Ex/Ey, so liegt eine umgekehrt proportional anwachsende degressive Summierung vor.

Dieser Beispielsfall einer summierten Immission ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil hier erst durch das Ausscheiden einer Immission der Grenzwert überschritten wird.

Man kann in diesem Fall zu der Auffassung gelangen, daß sowohl das Ausscheiden der Immission B als auch das Fortbestehen der Immission A für die Grenzwertüberschreitung kausal ist. Diese Schlußfolgerung ist zwar zutreffend, geht jedoch von einem für das Verwaltungsrecht unbrauchbaren Ansatzpunkt aus.

Für die verwaltungsrechtliche Inanspruchnahme ist allein entscheidend, welche bestehenden Immissionen die Überschreitung des Grenzwertes verursachen. Daß auch andere Erscheinungen und Vorgänge (wie z.B. Wetterlage, Oberflächengestaltung usw.) und auch, wie in diesem Falle, ausscheidende Immissionen Bedingungen für die Grenzwertüberschreitung sind, ist dabei unbedeutend. Etwas anderes würde nur dann gelten, wenn in bestimmten Fällen eine Verpflichtung zur Herbeiführung von Immissionen bestünde.

Die umgekehrt proportional anwachsende degressive Summierung wirft daher keine abweichenden Probleme auf. Auch hier ist, wie in allen anderen Fällen zunächst

festzustellen, ob die summierte Immission den Grenzwert überschreitet, und im Anschluß daran sind die bestehenden Immissionen auf ihre Bedingungs-eigenschaft hin zu überprüfen.

Auch in diesem Fall kann in Anwendung der Bedingungsformel das Problem der konkurrierenden Kausalität auftreten, nämlich dann, wenn die summierte Immission über dem Grenzwert liegt und die an der Immission beteiligten Einzelimmissionen auch noch dann den Grenzwert überschreiten, wenn jeweils eine Immission hinweggedacht wird.

Fall 12: Liegt z.B. der Grenzwert bei 0,5 Ex/Ey und sind an einer summierten Immission mit einem Immissionswert von 0,6 Ex/Ey zwei Einzelimmissionen beteiligt, die bei alleinigem Auftreten jeweils den Wert 0,8 Ex/Ey erreichen würden, so stehen die Einzelimmissionen in bezug auf die Grenzwertüberschreitung zueinander im Verhältnis konkurrierender Kausalität.

### (3) Degressive Summierung als Problem der konkurrierenden Kausalität

In dem oben bezeichneten Grenzfall degressiver Summierung (Fall 10) sind die mit Hilfe der Bedingungsformel ermittelbaren Anteile jeder Einzelimmission an der Gesamtimmission gleich null, da an dem konkreten Immissionswert beim Hinwegdenken einer Einzelimmission keine Änderung eintritt. Die Summe der mit Hilfe der Bedingungsformel ermittelten Anteile der jeweiligen Einzelimmission ( $0 + 0$ ) entspricht nicht dem Wert der summierten Immission. Ist die Verursachungsfrage in dieser Fallgestaltung ein Problem der konkurrierenden Kausalität, so muß auch das Versagen der Bedingungsformel in den anderen Fällen degressiver Summierung ein Problem der konkurrierenden Kausalität sein, mit dem Unter-

schied, daß hier das Problem partiell auftritt.

Besteht in dem Grenzfall degressiver Summierung das Problem der konkurrierenden Kausalität darin, daß die Einzelimmissionen sich in ihrer Möglichkeit den Erfolg zu bewirken gegenseitig vollständig ersetzen, so besteht das Problem der konkurrierenden Kausalität in den anderen Fallgestaltungen der degressiven Summierung darin, daß sich die Einzelimmissionen teilweise gegenseitig ersetzen können.

Die Unmöglichkeit, im Falle degressiver Summierung mit Hilfe der Bedingungsformel die Anteile der Einzelimmissionen an der summierten Immission zu ermitteln, ist daher ebenfalls ein Problem der konkurrierenden Kausalität.

Grundsätzlich muß jedoch beachtet werden, daß das speziell bei degressiver Summierung auftretende Problem der konkurrierenden Kausalität von dem Problem der konkurrierenden Kausalität bei dem Nachweis einer Grenzwertüberschreitung zu unterscheiden ist.

Das Problem der konkurrierenden Kausalität im Falle degressiver Summierung bezieht sich auf die Unmöglichkeit, die Anteile der an einer summierten Immission beteiligten Einzelimmissionen zu ermitteln.

Das Problem der konkurrierenden Kausalität im Fall der Grenzwertüberschreitung entsteht - selbst wenn die Anteile der Einzelimmissionen (z.B. bei linearer Summierung) feststehen - dadurch, daß unberücksichtigt bleibt, in welchem Maße ein bestimmter Grenzwert überschritten wird.

Obwohl diese Probleme konkurrierender Kausalität auf verschiedenen Ursachen beruhen, können sie, wie oben dargelegt, in einer Fallgestaltung gemeinsam auftreten. Das Problem der konkurrierenden Kausalität bei degressiver Summierung ist aber im verwaltungsrechtlichen

Immissionsschutz nur insoweit von Bedeutung, als durch das infolge der Degression bedingte Versagen der Bedingungsformel der Nachweis der Verursachung einer Grenzwertüberschreitung ausgeschlossen wäre.

c) Die Bedeutung des Problems der konkurrierenden Kausalität im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz

Die Untersuchung der möglichen Fallgestaltungen summierter Immissionen haben gezeigt, daß das Problem der konkurrierenden Kausalität und die damit verbundenen Schwierigkeiten den Nachweis der Ursächlichkeit zu führen, sowohl bei linearer als auch bei progressiver und degressiver Summierung auftreten kann. Für die Wirksamkeit des verwaltungsrechtlichen Immissionsschutzes ist es von Bedeutung, ob diese Fallgestaltungen summierter Immissionen in der Verwaltungspraxis nur als Ausnahmefälle anzusehen sind oder ob mit einer Häufung dieser Fälle zugleich die Schutzfunktion des Verwaltungsrechts im Immissionsbereich in Frage gestellt wird (147).

Als Ausnahmefall kann man jene Fallgestaltung summierter Immissionen bezeichnen, bei der bereits jede Einzelimmission bei alleiniger Wirkung den Grenzwert überschreiten würde (Fall 5). Dieser Fall ist nur dann denkbar, wenn auf begrenztem Raum Groß-Emittenten zusammentreffen. In wirtschaftlichen Ballungsräumen ist das Zusammentreffen solcher Immissionen nicht unwahrscheinlich. Wenn dieser Fall auch nicht als Regelfall bezeichnet werden kann, so ist er jedoch, wie Fall 5 zeigt, von besonderer Bedeutung, da hier mit besonders hohen Gefahren für die Umwelt zu rechnen ist.

---

147) Die Problematik nur andeutend: Thoss, in: Umwelt-Report, S. 21 ff.; Seydel, S. 83 ff.; unbeachtet bleibt dieses Problem bei Wrede, vgl. insbes. S. 124; Malkmus, S. 1 ff.; vgl. ferner Simitis, VersR 1972, 1087 ff., 1089.

Als Normalfall verwaltungsrechtlich relevanter Summierung ist dagegen der Fall anzusehen, in dem die Menge der beteiligten Einzelimmissionen so groß und das Maß jeder Einzelimmission so gering ist, daß der Ausfall jeweils einer Immission nicht die Grenzwertunterschreitung der summierten Immission zur Folge hat (Fall 4). Diese Fallgestaltung wird besonders im Bereich der nichtgewerblichen Immissionen von Bedeutung sein, da gerade hier die Schädlichkeit der Immissionen durch das Zusammenwirken einer Vielzahl von Emittenten begründet wird (Autoabgase, Hausbrand) 148). Aber auch im gewerblichen Bereich werden oft erst mehrere Emittenten in ihrem Zusammenwirken die Grenzen des Zulässigen überschreiten, und es wird auch hier eine Vielzahl von Fällen geben, in denen der Grenzwert bereits schon so weit überschritten ist, daß zumindest einige der beteiligten Emittenten jeweils ausfallen könnten, ohne daß die summierte Immission unter den Grenzwert zurückfällt.

Dagegen wird die einzige Fallgestaltung summierter Immissionen, bei der der Nachweis der Verursachung einer schädlichen Einwirkung mit Hilfe der Bedingungsformeln möglich ist (Fall 3), zu den Fällen gehören, die selten oder nur in verhältnismäßig geringer Anzahl auftreten; denn hier muß der Grenzwert gerade in einem so geringen Maße überschritten und die Einzelimmission so große Wirkung haben, daß bei ihrem Nichteintritt die summierte Immission unter den Grenzwert, in den Bereich des Zulässigen fällt.

---

148) Zu den besonderen Problemen der Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen gegenüber Kleinemittenten: Bullinger, VersR 1972, 599 ff., 605 ff.; Rummel, insbes. S. 99; Bydlinski, Probleme, S. 108 ff.; (Das Problem wird im Zivilrecht unter dem Begriff "minimale Kausalität" erörtert).

d) Besonderheiten des Problems der konkurrierenden Kausalität bei der Prüfung der Verursachung einer schädlichen Umwelteinwirkung nach dem BImSchG

Da das BImSchG die Groß-Emittenten als genehmigungsbedürftige Anlagen zusammenfaßt und die Frage einer möglichen Grenzwertüberschreitung schon vor Inbetriebnahme der Anlage prüft, dagegen bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen hoheitliche Maßnahmen nach dem Verursachungsprinzip erst nach einer Grenzwertüberschreitung möglich sind, kann die Bedeutung des Problems der konkurrierenden Kausalität im Bereich des BImSchG davon abhängig sein, ob es sich um eine genehmigungsbedürftige oder um eine nicht genehmigungsbedürftige Anlage handelt.

Der Bereich der nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen ist durch das Vorherrschen von Klein-Emittenten bestimmt, so daß hier die einzelnen Teilimmissionen, z. B. beim Hausbrand, im Verhältnis zur Gesamtimmission so gering sind, daß der Fall der konkurrierenden Kausalität als Regelfall angesehen werden muß. Die konkurrierende Kausalität tritt hier in der Besonderheit des Beispielsfalles 4 auf, nämlich in der Form, daß jede Teilimmission zu jeder beliebigen Teilimmission im Verhältnis der konkurrierenden Kausalität steht. Dabei kann das Verhältnis der konkurrierenden Kausalität je nach Art der Immission durch progressive oder degressive Summierung variiert sein, ohne daß, wie die Beispielsfälle gezeigt haben, am Prinzip des konkurrierenden Kausalverhältnisses eine Änderung eintritt.

Das Problem der konkurrierenden Kausalität wird bei genehmigungsbedürftigen Anlagen durch die Besonderheit bestimmt, daß hier der Grenzwert im Normalfall nicht überschritten wird, der Sinn des Genehmigungsverfahrens vielmehr darin besteht festzustellen, ob durch das Hinzutreten einer zu genehmigenden Anlage

die Gesamtimmission den Grenzwert überschreitet oder nicht 149).

Das Problem der konkurrierenden Kausalität kann bei genehmigungsbedürftigen Anlagen folglich nur dann entstehen, wenn bei früheren Genehmigungsverfahren der Genehmigungsbehörde Fehler unterlaufen sind oder der Grenzwert nachträglich herabgesetzt wird, so daß die bereits genehmigten Anlagen den Grenzwert überschreiten. Ist der Grenzwert bereits überschritten, so kann sich der Antragsteller darauf berufen, daß die Anlage, deren Genehmigung er beantragt, für die Grenzwertüberschreitung nicht kausal sein wird (Fall 3).

Da die Vorschriften über genehmigungsbedürftige Anlagen insbesondere die Groß-Emittenten erfassen sollen, ist hier auch der Fall denkbar, daß bereits eine genehmigte Anlage den Grenzwert überschreitet. Würde eine zweite neu zu genehmigende Anlage den Grenzwert ebenfalls allein schon überschreiten, so läge der Schulfall der konkurrierenden Kausalität vor (Fall 5), da für beide Anlagen der Kausalitätsnachweis mit Hilfe der Bedingungsformel nicht möglich ist. Aber auch wenn die neu zu genehmigende Anlage den Grenzwert allein nicht überschreiten würde, bliebe das Ergebnis gleich. Für die neu zu genehmigende Anlage ist die Kausalitätsfeststellung nicht möglich, für die bereits genehmigte Anlage würde ein solcher Nachweis zwar möglich sein, aber wirksamen Gegenmaßnahmen steht der Bestandschutz genehmigter Anlagen entgegen, so daß immissionsmindernde Maßnahmen nur als nachträgliche Anordnungen 150) möglich sind.

---

149) Siehe hierzu auch: Rehbinder, Politische und rechtliche Probleme des Verursacherprinzips, S. 103.

150) § 17 BImSchG; zum Bestandschutz siehe: Fröhler, GewArch. 1972, 113 ff.

Das Problem der konkurrierenden Kausalität entsteht im Bereich der genehmigungsbedürftigen Anlagen nicht nur bei einer Neugenehmigung, sondern auch bei nachträglichen Anordnungen gemäß § 17 BImSchG. Die hier entstehenden Fallgestaltungen der konkurrierenden Kausalität sind mit denen bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen vergleichbar, da die Möglichkeit zu nachträglichen Anordnungen erst dann gegeben ist, wenn die Gesamtimmission den Grenzwert überschreitet.

Die Bedeutung des Problems der konkurrierenden Kausalität ist damit zwar von der Gestaltung des rechtstechnischen Instrumentariums abhängig, aber zugleich bei Anwendung des Verursachungsprinzips untrennbar mit dem Auftreten summierter Immissionen verbunden. Da das Verwaltungsrecht in den entscheidenden Bereichen den Immissionsschutz auf der Grundlage des Verursachungsprinzips gewährleistet, kann auf eine Klärung der Frage nicht verzichtet werden, ob und gegebenenfalls wie einem Emittenten eine schädliche Umwelteinwirkung zugerechnet werden kann, die er nach den Regeln der Bedingungsformel nicht verursacht hat.

## 2. Erfolgszurechnung im Falle konkurrierender Kausalität als Problem des Ursachenbegriffs der Rechtswissenschaft

### a) Die bisherigen Versuche einer Begründung der Erfolgszurechnung im Falle konkurrierender Kausalität

Die Frage der Erfolgszurechnung im Falle der konkurrierenden Kausalität scheint nach den Stellungnahmen in der juristischen Literatur unproblematisch zu sein. Übereinstimmend wird zwar festgestellt, daß die Bedingungsformel zu einem negativen Ergebnis führt, eine Problemlösung wird jedoch in fast allen Fällen durch die ausschließlich vom Ergebnis bestimmte Feststellung

ersetzt, daß nicht für beide Beteiligte die Ursächlichkeit verneint werden dürfe 151).

Wird im Zivilrecht die Fragwürdigkeit dieser Behauptung noch erkennbar, so wird im Strafrecht das Vorliegen der Kausalität nicht mehr in Zweifel gezogen 152). An die Stelle einer Problemerkörterung ist im Strafrecht die sog. Welzel'sche Formel getreten:

"Von mehreren Bedingungen, die zwar alternativ, nicht aber kumulativ hinweggedacht werden können, ohne daß der Erfolg entfällt, ist jede für den Erfolg ursächlich" 153).

Begründet wird diese Auffassung - wenn überhaupt - damit, daß an der "realen Kausalität", an der Mitwirkung beider am Erfolg nicht zu zweifeln sei 154), daß beide zu diesem Erfolg in ununterscheidbarer Weise zusammengewirkt hätten 155).

Zur Veranschaulichung wird an dieser Stelle meist der Schulfall der konkurrierenden Kausalität angeführt, in dem zwei Personen, A und B, gleichzeitig einem Dritten eine jeweils tödliche Menge Gift geben.

Ohne willkürliche Zusammenstellung des Sachverhalts lassen sich Beispielsfälle aus dem Bereich des Immissionsrechts bilden:

Zwei nahe beieinander liegende Chemiewerke leiten aus Unachtsamkeit giftige Dämpfe ab, die die Flora der um-

---

151) Enneccerus-Lehmann, Schuldrecht, 15. Bearbeitung, § 15 III 6; Blomeyer, Allgemeines Schuldrecht, 4. Aufl., 1969, § 32 II 1b; v. Caemmerer, S. 22; vgl. Seydel, insbes. S. 86, 87.

152) Schönke-Schröder, Strafgesetzbuch, Komm., 16. Aufl., 1972, Vorbem. zum Allgemeinen Teil, Rdn. 64; Baumann, Strafrecht, Allgemeiner Teil, 5. Aufl., 1968, S. 215.

153) Welzel, Das Deutsche Strafrecht, 14. Aufl., 1969, S. 45; in Anwendung auf das Immissionsrecht: Beer, S. 46, 47.

154) v. Caemmerer, S. 22.

155) Larenz, Schuldrecht II, 7. Aufl., 1965, S. 457.

liegenden Gärten vernichten. Die Abgase jedes Werkes hätten schon für sich allein das gleiche Zerstörungswerk getan 156).

Die Behauptung, beide Beteiligte hätten am Erfolg "mitgewirkt" geht von der Überlegung aus, daß sich die von beiden Emittenten ausgehenden Schadstoffe gleichmäßig vermischt haben und in diesem Mischungsverhältnis auf das Objekt eingewirkt haben, so daß sowohl Teile der Immission A als auch Teile der Immission B bei der Herbeiführung des Erfolgs beteiligt waren.

Diese insoweit richtige Überlegung führt in der Literatur zu der Schlußfolgerung, daß in diesem Fall von der Kausalitätsfeststellung nach der Bedingungsformel abgewichen werden muß, wobei die Frage offen bleibt, ob diese Auffassung unter Kausalitätserwägungen oder teleologischen Gesichtspunkten zustande gekommen ist.

Dem gegenüber gelangen mehrere Untersuchungen auf dem Gebiet des zivilrechtlichen Immissionsschutzes zu dem Ergebnis, daß der "reale Wirkungszusammenhang" bei konkurrierender Kausalität die fehlende Schadensverursachung nicht zu ersetzen vermag 157). Obwohl anerkannt wird, daß das Problem der konkurrierenden Kausalität im Zivilrecht dasselbe sei wie im Strafrecht, wird die strafrechtliche Lösung, die Ursächlichkeit beider Täter, für das Zivilrecht als unbrauchbar angesehen, da die Strafbarkeit unter teleologischen Gesichtspunkten bejaht werde, die für das Zivilrecht un-

---

156) Vgl. weitere entsprechende Fälle bei v. Caemmerer S. 21, 22; Blomeyer, a.a.O., S. 167.

157) Rummel, S. 49, 50, 77; Kleindienst, S. 74, 75, der allerdings aus der realen Mitwirkung eine "pro-rata-Haftung" nach § 420 BGB ableitet; Bydlinski, JBl. 1959, 1 ff., (vgl. dazu Rother, NJW 1965, 177 ff., 178), Wegner, ZRP 1973, 34 ff., 35.

brauchbar seien 158). Auf der Grundlage dieser Feststellung gehen die zivilrechtlichen Untersuchungen davon aus, daß das Versagen der Bedingungsformel ein Fehlen des Kausalverhältnisses bedeute, so daß versucht werden müsse, einen anderen Zusammenhang zwischen Schädiger und Schaden herzustellen, der die Haftung rechtfertige 159).

Ehe jedoch auch im Verwaltungsrecht die Frage nach anderen Zurechnungskriterien gestellt werden darf, muß untersucht werden, ob das Versagen der Bedingungsformel beim Kausalitätsnachweis im Falle der konkurrierenden Kausalität die Schlußfolgerung zuläßt, daß kein Kausalverhältnis besteht, oder ob hier nur ein "technisches" Versagen der Bedingungsformel in einem Sonderfall vorliegt, ein Kausalverhältnis aber gleichwohl anzunehmen ist 160).

b) Der Verursachungsbegriff im Recht im Verhältnis zum philosophischen Ursachenbegriff

Die Feststellung der Ursächlichkeit eines Ereignisses für einen bestimmten Erfolg nach der Bedingungsformel ist eine auf das Gebiet der Rechtswissenschaft beschränkte Methode, die Untersuchung eines Kausalzusammenhanges überhaupt, eine Sache der Philosophie 161). Zur Beantwortung der Frage, ob bei einem Versagen der

---

158) Rummel, a.a.O.

159) Rummel, S. 55.

160) Vgl. Bydlinski, JBl. 1959, 1 ff., 2; der bezüglich des Problems der konkurrierenden Kausalität auf die Notwendigkeit einer umfassenden Überprüfung der Kausalitätstheorie hinweist.

161) Siehe: Staudinger, 11. Aufl. 1959, Vorbem. zu § 249, Rdn. 20 ff.

Bedingungsformel gleichwohl ein Kausalzusammenhang anzunehmen ist, muß auf Grundsätze zurückgegriffen werden, die nicht Inhalt der Bedingungsformel sind, d.h., es muß grundsätzlich untersucht werden, in welchen Fällen in der Rechtswissenschaft ein Kausalverhältnis angenommen werden darf. Die Frage des Kausalzusammenhanges in der Rechtswissenschaft nach philosophischen Kausalitätsgrundsätzen zu beantworten ist nur dann zulässig, wenn der Kausalitätsbegriff der Rechtswissenschaft mit dem der Philosophie übereinstimmt. Soweit der Begriff der Kausalität im Recht von dem der Philosophie abweicht, ist diese Abweichung im Falle der Kausalitätsfeststellung bei konkurrierender Kausalität zu berücksichtigen.

Sowohl dem philosophischen als auch dem juristischen Kausalitätsbegriff liegt das Kausalprinzip, das von dem Kausalbegriff streng zu unterscheiden ist 162), zugrunde, nach dem die Existenz jedes wirklichen Dinges und die Wirklichkeit jedes Vorganges eine Ursache haben muß 163), nach dem alles Geschehen notwendig und in gewisser Weise einer gesetzlichen Ordnung unterworfen ist 164). Dem Kausalprinzip liegt damit eine unabdingbare, alle Lebensbereiche erfassende Gesetzmäßigkeit zugrunde, die folglich auch auf alle Geschehnisse gleichermaßen anzuwenden ist. Daraus folgt zugleich, daß man einen Kausalzusammenhang nicht einmal juristisch und das andere Mal philosophisch untersuchen kann 165). Aus diesem Grund ist die Frage, ob ein Erfolg durch eine menschliche Handlung verursacht ist, in der Rechtswissenschaft nicht anders zu beurteilen als bei philosophischer Betrachtung. Folg-

---

162) Engisch, S. 110.

163) Sigward, Logik I, 4. Aufl., 1911, § 32.

164) v. Kries, S. 83 ff., insbes. S. 93, 94.

165) So v. Burie, S. 2.

lich ist es der Rechtswissenschaft unmöglich, eine eigene Kausalitätstheorie aufzustellen 166).

Da jedoch der Kausalzusammenhang in jeder Einzelwissenschaft von unterschiedlicher Bedeutung ist, haben die Einzelwissenschaften unterschiedliche Kausalitätsbegriffe entwickelt 167), die unter Zugrundelegung des Kausalprinzips die fachspezifische Bedeutung 168) des Kausalzusammenhanges beinhalten 169). So ist es Aufgabe der Philosophie, insbesondere der erkenntnistheoretischen Betrachtung, die Ursachen bestimmter Vorgänge zu erklären, während im Bereich der Rechtswissenschaft die Kausalitätstheorie die Aufgabe hat, festzustellen, ob eine bestimmte menschliche Handlung die Ursache eines eingetretenen Ereignisses ist 170). Aus dieser besonderen Aufgabe, die die Kausalitätsbetrachtung in

---

166) So Stöckmann, S. 48 ff., v. Buri, S. 2; Traeger, S. 4 ff.

167) Nach Engisch sind alle Kausalbegriffe der Einzelwissenschaften auf den "natürlichen" Kausalbegriff zurückzuführen, auch der Kausalbegriff der Philosophie (S. 112 ff., insbesondere S. 116). Die Annahme eines natürlichen Kausalbegriffes ist zweifelhaft, da damit "natürlichen Denkfehlern" der Anspruch wissenschaftlicher Ergebnisse zukommen kann. Im übrigen ist die Unterscheidung natürlicher und philosophischer Kausalbegriffe für das vorliegende Problem unbedeutend, zumal die auf Seite 113 gegebene Definition des natürlichen Kausalbegriffs der Definition des philosophischen Kausalbegriffs entspricht.

168) Vereinzelt findet man die Auffassung, daß es unmöglich sei, einen im Gesetz enthaltenen Ausdruck des Verursachens anders auszulegen als es im philosophischen Sinn richtig ist, so daß es nach dieser Auffassung auch keinen vom philosophischen Verursachungsbegriff abweichenden fachspezifischen Ursachenbegriff geben könne, vgl. Tarnowski, S. 70, 71, m. w. N.

169) Eine vergleichende Darstellung des juristischen Ursachenbegriffs mit dem anderer Wissenschaften findet sich bei Engisch, S. 110 ff., s. insbes. S. 116 bis 127.

170) So z.B. Radbruch, S. 50 ff.

der Rechtswissenschaft hat, ergibt sich der Hauptunterschied zwischen dem philosophischen und dem juristischen Kausalitätsbegriff.

Nach dem philosophischen Ursachenbegriff ist Ursache einer jeden Veränderung die Summe der sie bedingenden Umstände 171). Daraus folgt zugleich - zumindest für den philosophischen Ursachenbegriff -, daß nicht jede dieser Bedingungen Ursache des Erfolgs sein kann 172).

Für die Rechtswissenschaft ist jedoch die Ursache im philosophischen Sinn, d. h. die Gesamtheit der Bedingungen, von untergeordneter Bedeutung. Die Frage nach dem Kausalzusammenhang wird in der Rechtswissenschaft nur in bezug auf eine einzige Bedingung relevant 173). Entscheidend für die Kausalitätsfeststellung in der Rechtswissenschaft ist, ob ein bestimmtes, bereits bekanntes Ereignis zur Menge derjenigen Bedingungen gehört, die die Ursache eines bestimmten bekannten Erfolges sind.

Die Besonderheit, daß in der Rechtswissenschaft nur jeweils ein Ereignis auf seine Bedingungs-eigenschaft für einen bestimmten, bekannten Erfolg untersucht wird und dabei die Bedingungs-eigenschaft der übrigen zum Erfolg führenden Ereignisse unbedeutend wird, hat dazu geführt, von der "Ursächlichkeit" der jeweiligen Bedingung zu sprechen.

---

171) Mill, Logik I, Kap. 5, entsprechend die Formulierung in Logik II S. 15, übersetzt von Gomperz: "Das unwandelbare Antecedens nennt man die Ursache, das unwandelbare Consequens die Wirkung". Schlick, S. 347: "Wenn ich sage, daß irgendein bestimmter Vorgang A einem anderen B als Ursache vorausgegangen sein müsse, so setzt dies die Existenz einer Regel voraus, die angibt, welches B denn nun zu einem bestimmten A gehört; gäbe es keine solche Regel, so wäre ja auch das B gar nicht bestimmt."

172) Tarnowski, S. 101, Birkmeyer, GerS. 37, 261.

173) Vgl. Radbruch, S. 3 ff.

Diese rein terminologische Abweichung des juristischen Ursachenbegriffs vom philosophischen Ursachenbegriff darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die Frage nach der Bedingungseigenschaft einer bestimmten Handlung eine Frage des Kausalzusammenhanges im philosophischen Sinn ist; denn die Bedingung ist notwendiger Bestandteil des philosophischen Ursachenbegriffs, so daß bei Verneinung der Bedingungseigenschaft auch der Kausalzusammenhang im philosophischen Sinn verneint werden muß. Umgekehrt ist jede Bedingung des Erfolgs im philosophischen Sinn notwendig eine "Ursache" des Erfolgs im juristischen Sinne. Diesen juristischen Ursachenbegriff definiert die Bedingungstheorie mit folgender Feststellung: Ursache (im juristischen Sinn) ist jede notwendige Bedingung (im philosophischen Sinn) eines bestimmten Erfolges 174).

Das Hinwegdenken eines bestimmten Ereignisses zur Feststellung der Bedingungseigenschaft ist nur eine technische Methode, eine Denkhilfe, die Ursachenqualität und damit den Kausalzusammenhang festzustellen. Auch ohne die Denkhilfe der *conditio-sine-qua-non*-Formel läßt sich der Kausalzusammenhang mit Hilfe bekannter Gesetzmäßigkeiten feststellen 175). Diese Überlegung führte Engisch 176) zu der zutreffenden Schlußfolge-

---

174) Der Unterschied zwischen Ursache und Bedingung wurde in der juristischen Literatur oft verkannt, zum Teil zu dem Zweck, den juristischen und den philosophischen Ursachenbegriff in Übereinstimmung zu bringen (so z.B. v. Buri, S. 1 ff.). Zur Kritik dieser Auffassung vgl. Birkmeyer, GerS. 37, 257 ff.

175) Ist z.B. die tödliche Wirkung eines bestimmten Giftes in bestimmter Menge bekannt und weiß ich, daß eine vorher gesunde Person X nach dem Genuß dieses Giftes in dieser Menge gestorben ist, so braucht man nicht den Genuß des Giftes hinwegzudenken, um zu erkennen, daß der Genuß des Giftes den Tod der Person verursacht hat.

176) S. 130.

rung, daß die Bedingungsformel den Kausalzusammenhang selbst gar nicht erfaßt, ihn vielmehr logisch voraussetzt.

Mit der Methode des Hinwegdenkens wird die Kausalfeststellung gewonnen, indem dem tatsächlichen Kausalverlauf ein hypothetischer Kausalverlauf gegenübergestellt wird und bei dem das in Frage stehende Ereignis als nicht geschehen angesehen wird. Stimmen nun tatsächlicher Erfolg und hypothetischer Erfolg überein, so wird die Bedingungseigenschaft des hinweggedachten Ereignisses verneint, stimmen sie nicht überein, so wird die Bedingungseigenschaft bejaht. Die Methode des Hinwegdenkens 177) setzt damit logisch voraus, daß jede Veränderung des Kausalverlaufs auch zu einer Veränderung des Erfolgs führt.

c) Konkurrierende Kausalität als rechtliches und philosophisches Kausalproblem

Die Fallgestaltung der konkurrierenden Kausalität ist nun gerade dadurch gekennzeichnet, daß aus einem vermeintlichen Kausalverlauf eine bestimmte Bedingung hinweggedacht werden kann, ohne daß sich der Erfolg verändert, weil eine zweite Bedingung mit der gleichen Wirkung denselben Erfolg bewirkt. Die Übereinstimmung von tatsächlichem und hypothetischem Erfolg führt gemäß der Bedingungsformel zu der Schlußfolgerung, daß an dem Kausalverlauf und damit an der Menge der Bedingungen im philosophischen Sinn keine Änderung eingetreten ist, so daß die Bedingungseigenschaft des jeweils hinweggedachten Ereignisses verneint werden muß. Diese Schlußfolgerung und damit die logische Voraussetzung der Bedingungsformel, daß jede Veränderung des Kausalverlaufs

---

177) Zur zentralen Bedeutung dieser Methode in der Rechtswissenschaft und in den Naturwissenschaften vgl. Rother, NJW 1965, 177 ff., 178.

auch zu einer Veränderung des Erfolgs führt, bedarf gerade für den Fall der konkurrierenden Kausalität einer Überprüfung.

Geht man davon aus, daß ein Ereignis X Bedingung für einen Erfolg E ist, und wird bei der Konstruktion des hypothetischen Kausalverlaufs das Ereignis X hinweggedacht und bewirkt der Ausfall der Bedingung X eine Veränderung des Kausalverlaufs in der Art, daß statt der Bedingung X das Ereignis Y hinzutritt und hat das Ereignis Y den gleichen Wirkungsinhalt wie die Bedingung X, so stimmt der hypothetische Erfolg mit dem tatsächlichen Erfolg überein, obwohl sich die Menge der Bedingungen und auch der Kausalverlauf verändert hat. Der tatsächliche Kausalverlauf ist in diesem Fall so gestaltet, daß das Ereignis Y (hypothetische Bedingung) ohne jede Wirkung auf den tatsächlichen Erfolg ist. Der Umstand, daß Y möglicherweise, d.h. wenn X ausfällt, den Erfolg E bewirkt, ist hypothetisch und für die Frage der Ursächlichkeit unerheblich.

Zutreffend geht Engisch 178) bei der Untersuchung der Ursächlichkeit im Falle konkurrierender Kausalität von folgender Überlegung aus:

Die Frage, ob das Verhalten V den konkreten Erfolg E verursacht (bedingt) hat, sei streng zu unterscheiden von der Frage, ob nach Lage der Umstände der konkrete Erfolg E auf demselben Wege auch ohne V eingetreten wäre. Und zwar zeige sich der Unterschied immer dann, wenn zwar V den Erfolg E verursacht (bedingt) habe, aber im Falle man V hinwegdenke, ein in seiner Wirkungsweise genau gleichartiges Verhalten, für das die Wirkungsfaktoren bereits gegeben sind, E in derselben Weise herbeigeführt hätte.

---

178) S. 132.

In ähnlicher Weise hat Spendel nachgewiesen, daß die Bedingungsformel im Falle konkurrierender Kausalität nicht zu einem richtigen Ergebnis führen muß: Spendel unterscheidet die positive und die negative Fassung der Bedingungsformel. Mit Hilfe der positiven Fassung soll die Kausalität einer Handlung festgestellt werden, das heißt, die Handlung gilt als kausal, wenn ohne sie der konkrete Erfolg nicht eingetreten wäre 179). Die für den Fall der konkurrierenden Kausalität relevante negative Fassung ist der Umkehrschluß aus der positiven Fassung. Nach dieser negativen Fassung gilt eine Handlung für einen bestimmten Erfolg als nicht kausal, wenn der konkrete Erfolg beim Hinwegdenken dieser Handlung nicht entfällt. Spendel weist nach 180), daß dieser Umkehrschluß, die Verneinung des Kausalzusammenhangs, logisch nicht zwingend ist, daß die negative Fassung beim Nichtentfallen des Erfolgs nur zu dem Urteil gelangen kann, daß das betreffende Ereignis "möglicherweise" für den eingetretenen Erfolg nicht kausal ist.

Wie Spendel durch seine Beispielsfälle verdeutlicht, verneint die negative Fassung der Bedingungsformel die Kausalität eines Ereignisses entgegen dem wahren Kausalzusammenhang immer dann, wenn beim Nichteintritt dieses Ereignisses eine "Ersatzbedingung" an dessen Stelle tritt und so den gleichen Erfolg herbeiführt.

Diese Aussage deckt sich mit dem Ergebnis, das aus der oben gewählten abstrakten Fallgestaltung gewonnen wurde: Ein Ereignis X steht gemeinsam mit einem Ereignis Y in Bezug zu einem bestimmten Erfolg im Verhältnis konkurrierender Kausalität, da beim Ausfall eines Ereignisses, X oder Y, keine Änderung des Erfolgs eintritt. Da der obige Fall gleichzeitig von der Voraus-

---

179) Spendel, S. 38.

180) Spendel, S. 39 ff.

setzung ausgeht, daß das Ereignis X Bedingung des Erfolgs E ist und daß das Ereignis Y nicht in den Kausalablauf eingreift, ist nachgewiesen, daß zumindest in diesem Fall die Kausalitätsfeststellung mit Hilfe der Bedingungsformel zu einem falschen Ergebnis führt. Trotz Versagen der Bedingungsformel ist das Ereignis X für den Erfolg E kausal 181).

In diesem Fall konkurrierender Kausalität kann daher das Ergebnis, daß nur das Ereignis X Ursache des Erfolgs E ist, weder mit Hilfe der Bedingungsformel noch mit Hilfe anderer "Formeln" gewonnen werden. Die Feststellung der Ursächlichkeit der in Frage stehenden Ereignisse ist allein aufgrund der Kenntnis des tatsächlichen Kausalverlaufs möglich.

Während aus der Untersuchung des obigen Beispielsfalles der konkurrierenden Kausalität zutreffend das Ergebnis gewonnen worden ist, daß weder die Bedingungsformel, noch eine abgeänderte Form der Bedingungsformel dazu geeignet ist, eine in jedem Fall zutreffende Aussage über die Verursachung bei konkurrierender Kausalität zu machen, kann andererseits aus dem Beispielsfall nicht das Ergebnis gewonnen werden, daß im Falle konkurrierender Kausalität von den beiden in Frage stehenden Ereignissen immer nur eines Ursache des Erfolgs ist; denn die obige Fallgestaltung ist nur eine der möglichen Varianten der konkurrierenden Kausalität.

---

181) Auch Engisch nimmt im Falle konkurrierender Kausalität die Ursächlichkeit des tatsächlich wirksam gewordenen Ereignisses an und verneint die Ursächlichkeit des anderen Ereignisses. Engisch stellt aber dieses Ergebnis anschließend wieder in Frage, indem er vermutet, daß in der Bedingungsformel ein spezifisch juristischer Gesichtspunkt verborgen sei, der für die Richtigkeit des mit Hilfe der Bedingungsformel ermittelten Ergebnisses spreche. Auf diese Vermutung geht der Verfasser unten, bei der Behandlung der unechten konkurrierenden Kausalität ein.

Eine weitere Variante konkurrierender Kausalität hat mit der vorhergehenden Fallgestaltung gemeinsam, daß beim Ausfall jeweils eines von zwei bestimmten Ereignissen der Erfolg unverändert bleibt, während beim Fortfall beider Ereignisse auch der Erfolg entfällt. Während der vorhergehende Fall durch die Besonderheit gekennzeichnet ist, daß die "Ersatzursache", das Ereignis Y, erst dann in den zum Erfolg E führenden Kausalverlauf einbezogen wird, wenn das Ereignis X aus dem Kausalverlauf ausscheidet, besteht in Abweichung zu dieser Fallgestaltung in der zweiten Variante konkurrierender Kausalität die Besonderheit, daß jedes der beiden Ereignisse, X und Y, das jeweils andere zu einem Teil von der Wirkung ausschließt und der jeweils ausgeschlossene Teil so groß ist, daß die Summe der verbleibenden Teile in ihrer Wirkung einem vollständigen Ereignis entspricht.

Der Vergleich dieses Falles mit dem vorhergehenden läßt erkennen, daß sich bei konkurrierender Kausalität die Frage der Ursächlichkeit nicht in jedem Fall gleich beantworten läßt, sondern erst nach Erforschung des tatsächlichen Kausalverlaufs eine Aussage über die Verursachung möglich ist. In keinem Falle aber führt die Bedingungsformel zu einem richtigen Ergebnis, da hiernach die Frage der Ursächlichkeit zu einem für beide Bedingungen negativen Ergebnis führt, die obige Untersuchung des möglichen Verlaufs der Kausalkette bei konkurrierender Kausalität jedoch gezeigt hat, daß mindestens eines der in Frage stehenden Ereignisse

für den Erfolg kausal ist 182).

d) Konkurrierende Kausalität im immissionsrechtlichen Bereich als Fallgestaltungen degressiver Summierung

Die vorstehende abstrakte Untersuchung der Fallgestaltungen der konkurrierenden Kausalität hat gezeigt, daß zwei Möglichkeiten des Kausalablaufs bestehen. Von zwei Ereignissen, die in bezug auf einen bestimmten Erfolg zueinander im Verhältnis konkurrierender Kausalität stehen, ist entweder ein Ereignis (Variante A) oder sind beide Ereignisse (Variante B) für den Erfolg ursächlich.

Im Bereich des Immissionsrechts treten beide Varianten als Sonderfälle degressiver Summierung auf. Bei degressiver Summierung ist das Maß der Gesamtimmission geringer als die mathematisch ermittelte Summe der Einzelimmissionen im Falle ihrer Alleinwirkung.

Ein Grenzfall degressiver Summierung liegt dann vor, wenn das Maß der summierten Immission genauso groß ist,

---

182) Wird nach Erforschung des Kausalverlaufs im Falle konkurrierender Kausalität festgestellt, daß nur eines der beiden in Frage stehenden Ereignisse für den Erfolg kausal ist, so liegt zugleich die Fallgestaltung der sog. "überholenden Kausalität" vor. Die mit dem Begriff "überholende Kausalität" bezeichnete Problematik enthält jedoch kein Kausalproblem, sondern ist eine auf das Gebiet des Schadensersatzrechtes beschränkte Frage, mit dem Inhalt, ob ein durch eine Person X verursachter Schaden zu ersetzen ist, wenn der Schaden auch ohne den zum Ersatz verpflichtenden Umstand (durch die "Reserveursache" bewirkt) eingetreten wäre. Siehe hierzu: Zeuner, AcP 157, 441 ff.; v. Caemmerer, S. 1 ff.; Lemhöfer, Die überholende Kausalität und das Gesetz, JuS 1966, 337 ff.; Neumann-Duesberg, Einzelprobleme der überholenden Kausalität, JZ 1955, 263 ff.

wie das Maß jeder an dieser Immission beteiligten Einzelimmissionen bei alleiniger Wirkung (Fall 10). Die Variante A beschreibt einen Sonderfall dieses Grenzfalles degressiver Summierung:

Die Einzelimmissionen X und Y hätten bei jeweils alleiniger Wirkung eine Immission mit der Maßzahl M verursacht, das Maß der summierten Immission beträgt ebenfalls M. Die Besonderheit des Kausalablaufs in der Variante A besteht nun darin, daß die Immission X die Immission Y vollständig neutralisiert ohne selbst an schädlicher Wirkung zu verlieren, so daß aufgrund des wirklichen Kausalablaufs nur die Immission X für den Erfolg E kausal ist.

Die Variante B stellt sich im immissionsrechtlichen Bereich ebenfalls als Sonderfall des Grenzfalles degressiver Summierung dar. Wie im vorhergehenden Fall ist das Maß der summierten Immission gleich dem Maß jeder beteiligten Einzelimmission. Abweichend vom vorhergehenden Fall besteht hier die Besonderheit, daß die an der Immission beteiligten Einzelimmissionen sich gegenseitig und teilweise neutralisieren, so daß von jeder beteiligten Einzelimmission infolge des Zusammenwirkens nur jeweils ein Teil zur Wirkung kommt und die Summe der zur Wirkung kommenden Teile dieser Einzelimmissionen mit der hypothetischen Alleinwirkung jeder Einzelimmission übereinstimmt.

Wie im vorhergehenden Teil führt die Untersuchung der Ursächlichkeit mit Hilfe der Bedingungsformel zu einem für beide Bedingungen negativen Ergebnis. Der Ablauf des tatsächlichen Kausalverlaufs zeigt jedoch, daß der Erfolg in der Variante B durch das Zusammenwirken beider Immissionen, X und Y, bewirkt worden ist. Obwohl der Erfolg beim Ausfall einer Immission, X oder Y, in Art und Umfang bestehen bleibt, sind beide Immissionen am Erfolg beteiligt.

Es muß an dieser Stelle bemerkt werden, daß diese Fallgestaltungen konkurrierender Kausalität, Variante A und B, im Bereich des Immissionsrechts Ausnahmefälle sein werden, da bereits die degressive Summierung von Immissionen eine Ausnahmeerscheinung darstellt. Für die Fallgestaltung der konkurrierenden Kausalität müßte weiterhin die seltene Besonderheit hinzutreten, daß die einseitige bzw. gegenseitige Beeinflussung der Immissionen oder eine Fremdbeeinflussung sich in der Form auswirkt, daß bei einem Ausfall jeweils einer von mindestens zwei Einzelimmissionen das Maß der summierten Immission unverändert bleibt.

Das Problem des Verursachungsnachweises ist daher in den oben beschriebenen Fallgestaltungen der konkurrierenden Kausalität bei der Durchführung des Immissionsschutzes nur in Ausnahmefällen von Bedeutung.

Dieser Grenzfall degressiver Summierung eröffnet aber entscheidende Erkenntnisse über die Bedingungsverhältnisse in den übrigen Fallgestaltungen degressiver Summierung.

Im Fall der umgekehrt proportional anwachsenden degressiven Summierung besteht entsprechend der Variante A die Möglichkeit, daß die hinzutretende Einzelimmission selbst vollständig neutralisiert wird und einen Teil der bereits bestehenden Immission neutralisiert (vgl. oben, Fall 12), so daß auf Grund des tatsächlichen Kausalverlaufs die hinzutretende Immission für den konkreten Erfolg nicht kausal ist.

Wird entsprechend der Variante B die hinzutretende Immission nur teilweise neutralisiert, so ist diese Einzelimmission, obwohl sie eine Herabsetzung des konkreten Immissionswertes verursacht hat, für den Wert der Gesamtimmission ursächlich. Ob die jeweilige Einzelimmission für die Überschreitung des Grenzwertes ursächlich ist, hängt von den jeweiligen Anteilsverhältnissen ab.

Während es in den oben geschilderten Grenzfällen noch um die Frage ging, ob eine oder beide der in Frage stehenden Immissionen für den Erfolg kausal ist, geht es in den übrigen Fällen degressiver Summierung ausschließlich um die Frage, zu welchem Anteil die jeweilige Einzelimmission an der summierten Immission beteiligt ist.

Die Bedingungsformel macht in diesen Fällen degressiver Summierung eine zutreffende Aussage insofern, als sie die Mindestanteile der jeweiligen Einzelimmissionen angibt, d. h., die Erforschung des wirklichen Kausalzusammenhanges kann nie zur Feststellung eines Anteiles führen, der unter demjenigen Anteilsmaß liegt, das mit Hilfe der Bedingungsformel festgestellt wurde.

Läßt sich in dem Grenzfall degressiver Summierung (Variante B) durch eine Erforschung des wirklichen Kausalverlaufs die Bedingungeigenschaft aller in Frage stehenden Ereignisse ermitteln, so kann auch in den anderen Fällen der degressiven Summierung entgegen der Aussage der Bedingungsformel festgestellt werden, in welchen Anteilsverhältnissen die Einzelimmissionen an der degressiv summierten Immission beteiligt sind.

Summieren sich z.B. (s. o. Fall 8) zwei Einzelimmissionen (A und B) bei einem Grenzwert von 0,5 Ex/Ey zu einer Immission mit dem Wert 0,8 Ex/Ey, und ist nach der Bedingungsformel die Immission A für einen Wert von 0,2 Ex/Ey ursächlich, und die Immission B für eine Mehrimmission von 0,1 Ex/Ey, so läßt sich für keine der beteiligten Teilimmissionen die Ursächlichkeit in bezug auf die Grenzwertüberschreitung mit Hilfe der Bedingungsformel feststellen. Ergibt aber die Erforschung des wirklichen Kausalverlaufs, daß beide Teilimmissionen zu 0,4 Ex/Ey an der Gesamtimmission beteiligt sind, so ist festzustellen, daß jede der beteiligten Einzelimmissionen für den Erfolg ursächlich ist.

In entsprechender Weise kann jede Fallgestaltung der degressiven Summierung in die Fallgestaltung einer linearen Summierung von "Immissionsanteilen" transponiert werden.

Obwohl die Bedingungsformel bei progressiver Summierung zu keinen für den Immissionsschutz nachteiligen Ergebnissen führt, können in entsprechender Weise auch bei progressiver Summierung die tatsächlichen Anteilsverhältnisse entgegen der Aussage der Bedingungsformel festgestellt werden.

e) "Unechte" konkurrierende Kausalität als ein auf das Gebiet des Rechts beschränktes Kausalproblem bei der Verwendung abstrakter Erfolgsbegriffe

Die vorstehende Untersuchung hat gezeigt, daß im Falle konkurrierender Kausalität durch Erforschung der wahren Kausalverhältnisse die Bedingungseigenschaft der in Frage stehenden Handlungen feststellbar ist. Mit dieser Methode kann ermittelt werden, ob in dem oben beschriebenen Sonderfall degressiver Summierung, in dem die in Frage stehenden Ereignisse im Verhältnis konkurrierender Kausalität stehen, der konkrete Erfolg durch eine der beiden Bedingungen herbeigeführt wird oder ob der Erfolg durch beide Bedingungen verursacht wird, wobei zusätzlich festzustellen ist, in welchem Verhältnis beide Ereignisse an der summierten Immission beteiligt sind. In entsprechender Weise kann in den übrigen Fällen degressiver und progressiver Summierung durch Erforschung der Abhängigkeitsverhältnisse der Immissionen untereinander festgestellt werden, zu welchem Anteil die einzelne Immission an der degressiv oder progressiv summierten Immission beteiligt ist.

Ungelöst bleibt auf diese Weise das Problem der konkurrierenden Kausalität bei der Überschreitung eines Immissionsgrenzwertes durch mehrere Immissionen. Wie im vorhergehenden Teil der Arbeit dargelegt, ist es in bestimmten Fallgestaltungen unmöglich (Fall 4 und 5), mit Hilfe der Bedingungsformel die Ursächlichkeit der an der summierten Immission beteiligten Einzelimmissionen für den verwaltungsrechtlich relevanten Erfolg, die Grenzwertüberschreitung, festzustellen. In den Fällen 4 und 5 scheiterte die Feststellung der Ursächlichkeit daran, daß beim Ausfall einer Einzelimmission die summierte Immission zwar geringer wurde, aber nicht unter den Grenzwert fiel.

Der juristische Inhalt dieses Grenzwertes besteht darin, daß die Rechtsfolge nicht an das jeweils verschiedene Maß der summierten Immission anknüpft, sondern, daß nur dann ein Emittent mit verwaltungsrechtlichen Sanktionen zu rechnen hat, wenn die Emission dazu führt, daß die jeweilige Immission den Grenzwert überschreitet. Dies wiederum ist, wie bereits dargelegt, darauf zurückzuführen, daß dem gesetzlichen Gefahrenbegriff für jede Immissionsart nur jeweils ein Grenzwert zugeordnet werden kann und dies schließlich deshalb, weil eine an einem bestimmten Immissionsort bereits verursachte schädliche Umwelteinwirkung nicht durch weitere Immissionen noch einmal verursacht werden kann.

Grund für das Versagen der Bedingungsformel ist auch in diesem Fall, daß die in Frage stehenden Ereignisse in bezug auf die Grenzwertüberschreitung zueinander im Verhältnis konkurrierender Kausalität stehen.

Diese unechte konkurrierende Kausalität 183) beruht auf einer bisher noch nicht besprochenen Abweichung des juristischen Kausalbegriffes vom philosophischen Kausalbegriff. Während in der Philosophie der Erfolg in seiner konkreten Gestalt Gegenstand der Kausalitätsbetrachtung ist, tritt im Bereich des Rechts in vielen Fällen an die Stelle des konkreten Erfolgs eine abstrakte Erfolgskategorie. Der Grund dieser Abweichung vom philosophischen Kausalitätsbegriff ist darin zu sehen, daß der Erfolg für den Juristen in seiner vollen konkreten Bestimmtheit bedeutungslos ist 184). Die jeweilige Erfolgskategorie wird durch den gesetzlichen Tatbestand bestimmt.

Soll jemand strafrechtlich oder zivilrechtlich für das Abbrennen eines Hauses als verantwortlicher Verursacher in Anspruch genommen werden, so ist es für die Verursachungsfrage unerheblich, in welchem konkreten Zustand und in welcher Erscheinungsform sich die Hausruine darstellt. Rechtlich bedeutsam ist allein, daß der Erfolg darin besteht, daß das Haus infolge des Brandes unbewohnbar und wertlos geworden ist.

---

183) Da die nachfolgende Fallgestaltung konkurrierender Kausalität von der oben geschilderten Form der konkurrierenden Kausalität prinzipiell verschieden ist, soll für diese Form der konkurrierenden Kausalität eine besondere Bezeichnung eingeführt werden. Aus später erklärlichen Gründen soll diese Form der Kausalität "unechte" konkurrierende Kausalität genannt werden. Um die "unechte" konkurrierende Kausalität von der bisher besprochenen Form der "konkurrierenden Kausalität" zu unterscheiden, soll die Begriffsbezeichnung "konkurrierende Kausalität" im bisher verwandten Sinn durch die Bezeichnung "echte" konkurrierende Kausalität ersetzt werden und die Bezeichnung "konkurrierende Kausalität" soll fernerhin nur der Oberbegriff für "echte" und "unechte" konkurrierende Kausalität sein.

184) So Traeger, S. 41; im Ergebnis auch Radbruch, S. 82.

Wer in ein in Flammen stehendes Gebäude einige Stroh-  
büschel schleudert, setzt damit zwar eine Bedingung  
des Erfolgs in seiner konkreten Bestimmtheit, aber kei-  
neswegs eine Bedingung zu dem juristisch interessie-  
renden Erfolg; anders wenn jemand einen Wagen voll  
Stroh in das brennende Haus wirft und dadurch die Hef-  
tigkeit des Brandes erheblich steigert, so daß es un-  
möglich wird, Teile des Hauses durch Löschen zu ret-  
ten 185).

Ein weiterer Beispielsfall 186) macht den Unterschied  
zwischen philosophischem Erfolg und juristischem Er-  
folg ebenfalls deutlich.

Wer den Inhalt eines Wassertrogs in die aus dem zer-  
störten Damme hervorbrechende Flut auslaufen läßt,  
setzt keine Bedingung für die Überschwemmung, obwohl  
sich die konkrete Wirkung der Überschwemmung durch das  
Auslaufen des Wassertroges unzweifelhaft etwas anders  
gestaltet wie ohne Letzteres.

Da der Erfolg im juristischen Sinn eine bestimmte  
Menge von Erfolgen im philosophischen Sinn umfaßt,  
kann die Fallgestaltung eintreten, daß durch das Zu-  
sammenwirken von zwei Ereignissen, X und Y, ein be-  
stimmter Erfolg in philosophischen Sinne  $E_{phil\ 1}$ , be-  
dingt wird und daß beim Ausfall beider Ereignisse der  
Erfolg  $E_{phil\ 2}$ , bewirkt wird und beim Nichteintritt  
eines der beiden Ereignisse, z. B. nur X, der Erfolg  
 $E_{phil\ y}$  und beim Ausfall des anderen Ereignisses der  
Erfolg  $E_{phil\ x}$  verursacht wird. Gehören die Erfolge  
 $E_{phil\ 1}$ ,  $E_{phil\ x}$  und  $E_{phil\ y}$  zu der Menge der Erfolge  
im philosophischen Sinn, die von der abstrakten Er-  
folgskategorie  $E_{jur}$  umfaßt wird, so entfällt zwar der  
Erfolg im juristischen Sinn dann, wenn beide Ereignis-

---

185) Dieser Fall wurde von Traeger (S. 44, 45) gebildet.

186) ebenfalls bei Traeger entnommen (S. 41)..

nisse gemeinsam ausfallen. Fällt aber wahlweise nur eines der beiden Ereignisse aus, so tritt, da auch der dann eintretende Erfolg der gleichen juristischen Erfolgskategorie unterfällt, am juristischen Erfolg keine Änderung ein. Beide Ereignisse können daher alternativ aber nicht kumulativ hinweggedacht werden, ohne daß der juristisch maßgebliche Erfolg entfällt.

Diese Fallgestaltung soll als unechte konkurrierende Kausalität bezeichnet werden, weil bei der Untersuchung des Kausalablaufs nach philosophischen Kategorien konkurrierende Kausalität zu verneinen ist und konkurrierende Kausalität im Bereich des Rechts nur deshalb auftritt, weil der konkrete Erfolg ignoriert wird und statt dessen ein abstrakt definierter Erfolg als allein relevanter Bezugspunkt festgesetzt wird.

Demgegenüber tritt im Falle der oben dargestellten echten konkurrierenden Kausalität bei einem Ausfall eines der beiden relevanten Ereignisse keine Änderung des Erfolgs im philosophischen Sinne ein. Das Gleichbleiben des Erfolgs ist dabei auf eine besondere Gestaltung des Kausalablaufs zurückzuführen 187). Echte und unechte konkurrierende Kausalität haben gemeinsam, daß die Bedingungsformel für beide in Frage stehenden Ereignisse zu einem negativen Ergebnis führt.

Im Falle der echten konkurrierenden Kausalität wurde die Richtigkeit dieses Ergebnisses durch einen Vergleich mit dem tatsächlichen Kausalablauf ermittelt und weiter festgestellt, daß die Verursachungsfrage nur auf Grund einer Prüfung dieses tatsächlichen Kau-

---

187) In der Literatur wird unter dem Begriff konkurrierende Kausalität oft nur die unechte konkurrierende Kausalität behandelt und die Möglichkeit einer echten konkurrierenden Kausalität verneint (vgl. Tarnowski, S. 112, entsprechend S. 46).

selbsterlaufes entschieden werden kann und die möglichen Ergebnisse dieser Prüfung darin bestehen, daß entweder eines oder beide der in Frage stehenden Ereignisse für den Erfolg kausal sind.

Bei der unechten konkurrierenden Kausalität versagt diese Methode; die Verursachungsfrage kann hier nicht auf Grund des tatsächlichen Kausalverlaufs entschieden werden, da bei Zugrundelegung philosophischer Kausal-kategorien konkurrierende Kausalität nicht vorliegt.

Es ist daher folgerichtig, daß - wie bereits Tarnowski zu Recht festgestellt hat (188) - eine einwandfreie Erklärung für den Bedingungscharakter beider Handlungen bisher nicht gegeben werden konnte (189). Aber auch Tarnowski erkennt nicht die Unmöglichkeit, die Ursächlichkeit beider Handlungen zu begründen. Soweit die juristische Literatur das Problem der unechten konkurrierenden Kausalität behandelt, herrscht die wohl gefühlsmäßig bedingte Auffassung, beide Ereignisse seien Ursache des Erfolges. Begründet wird diese Auffassung meist mit der Forderung, der Erfolg dürfe nicht verallgemeinert, sondern stets nur in seiner ganz konkreten Gestalt gesehen werden (190).

Gegenstand solcher Erörterungen ist in fast allen Fällen der sog. "Giftfall":

A und B geben unabhängig voneinander dem C eine tödliche Dosis Gift, wobei jede Giftmenge allein ausgereicht hätte, den C im gleichen Zeitpunkt zu töten.

In diesem Fall muß davon ausgegangen werden, daß bei doppelter Gifteinwirkung der Tod zum gleichen Zeitpunkt eingetreten ist. Dennoch ist die Art des Todes

---

188) S. 108 (42).

189) Ebenso Bydliński, JBl. 1959, 1 ff., 1: Das Problem sei theoretisch ungelöst.

190) Vgl. Engisch, S. 131, 132, Fußnote 189.

bei doppelter Gifteinwirkung eine andere, selbst wenn diese in unerkennbaren Feinheiten liegt. Nur der Jurist ist bestrebt, den Tod auf einen festen Zeitpunkt zu fixieren und die Art des Todes außer Betracht zu lassen, während in Wirklichkeit der Tod als ein Vorgang angesehen werden muß, der durch die Einwirkung einer verdoppelten Giftmenge einen veränderten Ablauf der Körperfunktionen erfährt. Aus diesem durch viele Kausalvorgänge bedingten Todesvorgang greift der Jurist ein Kriterium heraus, um an dessen Erfüllung die Feststellung des Todes zu knüpfen. In dieser Beschränkung auf eines oder mehrere Kriterien des Todesvorganges liegt zugleich eine abstrakte juristische Erfolgskategorie, so daß in dem Giftfall der Ausfall einer Giftdosis keine Änderung des juristisch-relevanten Erfolgs bewirkt.

Die Forderung, den Erfolg konkret zu fassen, um so das Kausalproblem der unechten konkurrierenden Kausalität zu lösen, verkennt, daß es gerade die Besonderheit der unechten konkurrierenden Kausalität ist, als Erfolg eine abstrakte Kausalkategorie zu beinhalten. Wird der abstrakte Erfolg durch einen konkreten ersetzt, so läßt sich zwar das Kausalproblem auf die angegebene Weise lösen, es liegt dann jedoch keine unechte konkurrierende Kausalität mehr vor, sondern allenfalls eine echte konkurrierende Kausalität.

Der wohl einzige ernst zu nehmende Versuch, die Bedingungsseigenschaften beider Handlungen zu begründen, wurde von Tarnowski gemacht (191):

Im Gegensatz zu dem zuvor geschilderten Versuch einer Begründung geht Tarnowski zutreffend davon aus, daß das eigentliche Kausalproblem gerade dadurch entsteht, daß im Bereich des Rechts ein abstrakter Erfolgsbe-

---

191) S. 112 ff. (46 ff.).

griff zur Anwendung kommt.

Da beim abstrakten Erfolg wesentliche Bestandteile generalisiert seien, könne er durch eine unendliche Mannigfaltigkeit von Bedingungskombinationen herbeigeführt werden. Infolge der abstrakten Natur der Erfolgskategorie könne die Bedingung a, die zusammen mit den Bedingungen b, c, d ... die Kausalkette bilde, die den abstrakten Erfolg W herbeiführe, durch eine Reihe anderer Umstände a', a'' ... ersetzt werden, ohne daß der Erfolg dadurch ein anderer werde. Die sämtlich sich gegenseitig vertretenden Umstände a, a', a'' ... bildeten zusammen eine abstrakte Bedingungskategorie (A). Es sei jeweils nur der Hinzutritt eines der zur Kategorie (A) gehörenden Umstände zu dem übrigen Bedingungskomplex (b, c, d ...) erforderlich, damit die Kausalkette K sich schließe und der Erfolg W eintrete. Sind zugleich zwei oder mehrere Umstände derselben Bedingungskategorie nebeneinander verwirklicht (z. B. a und a'), so folgert Tarnowski die Bedingungseigenschaft beider Umstände aus der Zugehörigkeit zu der abstrakten Bedingungskategorie A.

Der Fehler in dieser Argumentation läßt sich leicht aufdecken, wenn man überlegt, was unter einer "abstrakten Bedingungskategorie" zu verstehen ist. Die abstrakte Bedingungskategorie ist eine Summe von Umständen, die die Eigenschaft besitzen, den abstrakten Erfolg herbeiführen zu können. Ob der jeweilige Umstand für den Erfolg wirklich kausal ist, soll erst bewiesen werden. Tarnowski folgert aber bereits aus der Zugehörigkeit eines Umstandes zu einer abstrakten Bedingungskategorie die Ursächlichkeit des Umstandes. Zutreffend kann aber aus der Zugehörigkeit eines Umstandes zu einer abstrakten Bedingungskategorie nur hergeleitet werden, daß der betreffende Umstand für den abstrakten Erfolg möglicherweise kausal ist.

Spendel, dem eine so hervorragende Untersuchung über die Aussage der Bedingungsformel gelungen ist, schildert zwar die von Tarnowski zur Begründung der Ursächlichkeit beider Handlungen gegebene Begründung ausführlich, setzt sich mit dieser Argumentation jedoch nur insofern auseinander, als er das Ergebnis anhand einiger Fälle in Frage stellt.

So gelangt Spendel bei dem bereits oben zitierten Giftfall, in dem zwei Täter jeweils ausreichende Bedingungen für den Erfolg setzen, zu der Überlegung (192), daß der zweithandelnde Täter nichts mehr an der von dem ersten Täter geschaffenen Situation ändern könne und daher seine Handlungsweise für den juristischen (abstrakten) Erfolg keine notwendige (entscheidende) Bedingung setze. Eine solche Überlegung scheine vor allem deswegen berechtigt zu sein, weil objektiv die zwei, zunächst unabhängig voneinander gesetzten Bedingungsreihen sich zu einer einheitlichen vereinigten und so zu einer übermächtigen würden. Die zeitlich später gesetzte Bedingungsreihe "ginge" in der bereits in Lauf gebrachten ersten Kausalkette "auf".

Spendel kommt so zu dem Ergebnis, daß im Falle unechter konkurrierender Kausalität nur die jeweils zeitlich vorhergehende Handlung die "entscheidende" und damit für den Erfolg ursächliche Handlung sei und die zeitlich spätere Handlung zwar von "förderndem Einfluß", aber für den Erfolg nicht notwendig und damit nicht kausal sei. Sind jedoch die beiden in Frage stehenden Handlungen bis zu ihrer Wirkung unabhängig voneinander - zwei Täter geben auf ein Opfer gleichzeitig einen jeweils tödlichen Schuß ab - so sei "die entscheidende Situation nebeneinander und selbständig von beiden Bedingungsreihen begründet", so daß in einer solchen Fallgestaltung Tarnowski zu folgen sei und damit die Ursächlichkeit beider Handlungen bejaht

werden dürfe 193).

Die Lösung des Kausalproblems durch Spendel enthält bereits im Ansatz den entscheidenden Fehler. Indem Spendel zwischen entscheidender und nur fördernder Bedingung unterscheidet, trifft er eine Wertung der möglichen Bedingungen nach ihrer zeitlichen Reihenfolge. Eine solche Unterscheidung ist aber für den Kausalablauf unerheblich. Mit dem Eintritt der zeitlich vorhergehenden Handlung ist zwar schon alles Notwendige getan worden, um den juristischen Erfolg herbeizuführen. Die später hinzutretende zweite, zum gleichen Erfolg führende Handlung ist aber durch die zeitlich vorhergehende Handlung nicht in ihrer Möglichkeit den Erfolg zu bewirken ausgeschlossen. Vielmehr stehen von dem Zeitpunkt des Hinzutretens der zweiten Handlung an beide Handlungen in ihrer Möglichkeit den Erfolg zu bewirken gleichwertig gegenüber. Von diesem Zeitpunkt an läßt sich - um mit Spendel's Worten zu sprechen - nicht mehr feststellen, ob die zeitlich später gesetzte Bedingungsreihe in der bereits in Lauf gebrachten ersten Kausalkette aufgeht, oder ob die zeitlich frühere Kausalkette in der zeitlich späteren aufgeht.

In ähnlicher Weise versucht Rödiger 194) die Ursächlichkeit beider Ereignisse zu begründen. Rödiger faßt beide Ereignisse in einen "Gesamt-Verhaltensspielraum" zusammen, wobei das Gesamtverhalten für den eingetretenen Erfolg ursächlich ist.

Auch diese Begründung enthält kein kausalspezifisches Kriterium, sondern läßt sich allenfalls als Gesamthaltung aus teleologischen Erwägungen rechtfertigen.

Die Lösung des Kausalproblems in der Fallgestaltung der unechten konkurrierenden Kausalität muß davon aus-

---

193) S. 84.

194) S. 136 ff.

gehen, daß das Problem erst durch die Verwendung einer abstrakten juristischen Erfolgskategorie entstanden ist.

Die juristische Erfolgskategorie ist eine Fiktion, eine Menge von Erfolgen (im philosophischen Sinn) wird im Bereich des Rechts so angesehen, als sei sie nur ein Erfolg. Diese Fiktion führt bei der Untersuchung des Kausalverlaufs dann nicht zu Schwierigkeiten bei der Feststellung der Bedingungseigenschaft eines Ereignisses, wenn mit dem Nichteintritt des Ereignisses, d. h. mit dem Nichteintritt des konkreten Erfolges, zugleich die gesamte juristische Erfolgskategorie entfällt. In diesem Fall - und das ist der Regelfall - werden die Abweichungen des juristischen Erfolgsbegriffes bei der Feststellung des Kausalverlaufs nicht relevant. Werden aber durch zwei verschiedene Ereignisse zwei verschiedene Erfolge im philosophischen Sinn verursacht, die derselben juristischen Erfolgskategorie unterfallen, so entsteht die Frage, ob beide Ereignisse den Erfolg im Sinne der juristischen Erfolgskategorie verursacht haben. Die Bedingungsformel führt in diesem Fall zu einem negativen Ergebnis, aber auch die Feststellung des wahren Kausalzusammenhanges würde - selbst wenn dieser erkennbar wäre - nicht herangezogen werden können, weil dieser nur die Ursächlichkeit beider Ereignisse für zwei verschiedene Erfolge (im philosophischen Sinn) beweisen könnte.

Soll dennoch mit der Fiktion der juristischen Erfolgskategorie sinnvoll gearbeitet werden, so müssen auch alle Konsequenzen dieser Fiktion in Kauf genommen werden. Durch die abstrakte Erfolgskategorie wird eine Menge von konkreten Erfolgen zu einer undifferenzierbaren Einheit zusammengeschlossen. Folgt auf den juristischen Erfolgsbegriff, daß die in diesem Gesamterfolg enthaltenen Einzelerfolge nicht mehr unterschieden werden dürfen, so können auch die zu den konkreten Einzelerfolgen führenden Kausalverläufe nicht mehr

voneinander unterschieden werden. An die Stelle der Einzelerfolge ist die abstrakte Erfolgskategorie getreten, an die Stelle der einzelnen Kausalverläufe kann aber nicht ein abstrakter Kausalverlauf treten, da dieser nicht denkbar ist. Ein Kausalverlauf ist ein Bedingungszusammenhang, der konkret besteht oder nicht besteht. Um dennoch die Fiktion der abstrakten Erfolgskategorie als juristisches Denkinstrument zu erhalten, muß als Fiktion auch die Unkenntnis des genauen Kausalverlaufs angenommen werden, das heißt, soweit sich die Frage des Bedingungszusammenhanges auf eine abstrakte Erfolgskategorie bezieht, muß die Unkenntnis über die wahren, konkreten Bedingungsbeziehungen zur Grundlage der Kausalitätsfeststellung gemacht werden.

Im Fall unechter konkurrierender Kausalität folgt daher aus der Fiktion der juristischen Erfolgskategorie die Unmöglichkeit, die Bedingungeigenschaft der in Frage stehenden Ereignisse positiv oder negativ festzustellen.

f) Immissionsgrenzwert als abstrakter Erfolgsbegriff

Im Bereich des verwaltungsrechtlichen Immissionsschutzes ist in Anwendung des Verursachungsprinzips der für die verwaltungsrechtliche Inanspruchnahme relevante Erfolg der Umweltschädigung als abstrakte Erfolgskategorie ausgebildet.

Die von der abstrakten Erfolgskategorie erfaßten konkreten Erfolge sind die Menge der den Immissionsgrenzwert überschreitenden Immissionswerte. Wenn bei einem Grenzwert von 0,5 Ex/Ey eine Immission A einen grenzwertüberschreitenden Immissionswert von 0,6 Ex/Ey hervorruft und in einem anderen Fall eine Immission B den ebenfalls grenzwertüberschreitenden Immissionswert von 0,7 Ex/Ey hervorruft, so rufen beide Immissionen verschiedene konkrete Erfolge hervor. Für den Bereich

des verwaltungsrechtlichen Immissionsschutzes ist es aber unbedeutend, ob bei einem Grenzwert von 0,5 Ex/Ey eine Immission den konkreten Wert 0,6 Ex/Ey oder 0,7 Ex/Ey erreicht. Allein bedeutsam ist, daß das Maß der Immission den Grenzwert überschreitet. Aus der durch den Grenzwert gebildeten abstrakten Erfolgskategorie folgt daher, daß es unmöglich ist, die Ursächlichkeit zweier im Verhältnis unechter konkurrierender Kausalität stehenden Immissionen in bezug auf die Grenzwertüberschreitung zu begründen.

Das Nichterkennen des Grenzwertes als abstrakte Kausalkategorie muß wie auch in anderen Rechtsbereichen 195) im Immissionsrecht zu dem Einwand führen, daß die Ursächlichkeit beider Einzelimmissionen deshalb nicht verneint werden dürfe, weil durch die jeweils hinzutretenden - für die Grenzwertüberschreitung nicht ursächlichen - Einzelimmissionen der Wert der summierten Immission erhöht und so die Schädlichkeit der Immission verstärkt wird.

Die Erhöhung der Schädlichkeit der summierten Immission durch das Hinzutreten einer im Verhältnis unechter konkurrierender Kausalität stehenden Einzelimmission erschwert in der Tat das Verständnis des Immissionsgrenzwertes als abstrakte Kausalkategorie. Daß im Strafrecht der Tod eines Menschen als abstrakte Kausalkategorie ausgebildet ist und infolge dessen der konkrete Todesablauf unbedeutend wird, erscheint verständlich, da für die Strafrechtsordnung Einzelheiten des Todesvorganges nichts an dem Umstand, daß der Tod zum Zeitpunkt X eingetreten ist, geändert haben. Soll dagegen ein Immissionsgrenzwert als abstrakte Kausalkategorie angesehen werden, so scheint zunächst unverständlich, daß die Erhöhung der Schädlichkeit durch das Hinzutreten einer Immission zu einer anderen Immission, die

---

195) S. o., Fußnote 151

bereits den Grenzwert überschritten hat, unberücksichtigt bleiben soll.

Diesem Einwand ist zunächst von rechtstheoretischer Seite entgegenzuhalten, daß eine bestehende abstrakte Erfolgskategorie nicht wegen ihrer Unzweckmäßigkeit verneint werden kann; eine abstrakte juristische Erfolgskategorie vielmehr durch die Rechtsystematik bestimmt ist. Darüber hinaus ist die Bildung eines Immissionsgrenzwertes als juristische Erfolgskategorie zur Wahrnehmung der verwaltungsrechtlichen Aufgaben im Immissionsschutz nicht unzweckmäßig. Der Einwand, die Grenzwertüberschreitung lasse als abstrakter Erfolg die Erhöhung der Schädlichkeit durch das Hinzutreten von Einzelimmissionen immer dann unberücksichtigt, wenn der Grenzwert bereits überschritten ist, mag für das Strafrecht und insbesondere für das Zivilrecht begründet sein, da z. B. im Schadensersatzrecht gerade die Höhe des eingetretenen Schadens von Bedeutung ist. Der verwaltungsrechtliche Immissionsschutz hat zur Aufgabe, schädigende oder gefährdende Immissionen zu verhindern oder zu beseitigen. Die Festlegung von Grenzwerten dient dabei dem Zweck, die Grenze festzulegen, bei deren Überschreitung ein behördliches Vorgehen gegen die Verursacher möglich ist. Da das Verwaltungsrecht alle Emittenten erfaßt, die die Grenzwertüberschreitung verursacht haben und dabei das Ziel verfolgt, gegen die Emittenten so vorzugehen, daß der Wert der summierten Immission wieder unter den Grenzwert fällt, ist es unerheblich, in welchem Maß die summierte Immission den Grenzwert überschreitet.

Die Bildung eines Immissionsgrenzwertes als abstrakte Kausalkategorie folgt aus dem System des verwaltungsrechtlichen Immissionsschutzes und ist grundsätzlich geeignet diese Schutzaufgabe zu erfüllen. Es ist jedoch zugleich notwendige Konsequenz dieser abstrakten Kausalkategorie, daß Teilimmissionen einer summierten

grenzwertüberschreitenden Immission, die zu einander im Verhältnis unechter konkurrierender Kausalität stehen, für die Grenzwertüberschreitung nicht ursächlich sind.

3. Zurechnung einer grenzwertüberschreitenden Immission nach nichtkausalen Kriterien

a) Möglichkeiten und Grenzen einer Haftung auf der Grundlage des Verursachungsprinzips nach nichtkausalen Kriterien

Da der Nachweis der Verursachung der Grenzwertüberschreitung gegenüber Emittenten nicht möglich ist, deren Immissionen im Verhältnis unechter konkurrierender Kausalität stehen, muß ein hoheitliches Vorgehen gegen diese Emittenten zum Zwecke der Immissionsminderung unterbleiben, wenn die Verursachung der Grenzwertüberschreitung notwendige Voraussetzung für die hoheitliche Inanspruchnahme ist.

Die Untersuchung im ersten Abschnitt hat gezeigt, daß das Verwaltungsrecht, soweit das Verursachungsprinzip Anwendung findet, davon ausgeht, daß als Mindestinhalt der Erfolgszurechnung eine Verursachung im Sinne der Äquivalenztheorie vorliegen muß. Stehen zwei Immissionen in bezug auf einen Erfolg im Verhältnis unechter konkurrierender Kausalität, so ist diese Mindestvoraussetzung nicht gegeben.

Notwendige Folge dieser Überlegung wäre, daß das Verursachungsprinzip bei der Bekämpfung summierter Immissionen zu einem untauglichen Instrumentarium wird, da immer dann hoheitliche Maßnahmen gegen den Emittenten unterbleiben müssen, wenn die jeweilige Immission zu einer anderen Immission im Verhältnis unechter konkurrierender Kausalität steht. Da andererseits aber gerade das Verursachungsprinzip in vorzüglicher Weise

geeignet ist, Umweltlasten gerecht zu verteilen, ist die Frage berechtigt, ob nicht unter Beibehaltung des Verursachungsprinzips im Falle unechter konkurrierender Kausalität eine Zurechnung der Grenzwertüberschreitung nach nicht kausalen Kriterien möglich ist (196).

Auch im Falle der echten konkurrierenden Kausalität, die in der Fallgestaltung der degressiven Summierung auftritt, wird es sich als notwendig erweisen, das Verursachungsprinzip durch ein anderes Haftungsprinzip zu ersetzen. Zwar ist es im Falle echter konkurrierender Kausalität möglich, trotz Versagens der Bedingungsformel durch Erforschung der wirklichen Kausalverhältnisse die Bedingungeigenschaft für den jeweiligen Erfolg zu ermitteln, jedoch wird diese Feststellung aus rein tatsächlichen Gründen auf Beweissschwierigkeiten stoßen, da eine genaue Klärung der Bedingungsbeziehungen im Falle degressiver Summierung in den meisten Fällen unmöglich sein wird, so daß auch hier eine Haftung nach nicht kausalen Kriterien den Immissionsschutz erleichtern würde.

Unter dem "Verursachungsprinzip" im Sinne des verwaltungsrechtlichen Immissionsschutzes wäre dann ein Prinzip zu verstehen, nach dem grundsätzlich nur der Verursacher einer Umweltbelastung verwaltungsrechtlich in Anspruch genommen werden kann, im Falle konkurrierender Kausalität jedoch ausnahmsweise auch der durch besondere, noch zu erörternde Eigenschaften qualifizierte Nicht-Verursacher haftet.

Grundsätzlich muß jede Ausweitung des Verursachungsprinzips in den Bereich eines auf nicht kausalen Kategorien beruhenden Haftungsprinzips als unzulässig angesehen werden, da das Verursachungsprinzip über den Verursachungsbegriff in der jeweiligen Ermächtigungs-

---

196) Vgl. Bydlinski, JBl. 1959, 1 ff.

norm die Grenzen der hoheitlichen Machtbefugnisse festlegt. Kann nach dem Wortlaut der Ermächtigungsnorm nur der Verursacher eines bestimmten Erfolgs für diesen Erfolg haftbar gemacht werden, so würde das Gebot der Rechtsstaatlichkeit durchbrochen, wenn über eine Ausweitung des Verursachungsbegriffs auch die Inanspruchnahme eines Nicht-Verursachers möglich wäre. Eine andere Beurteilung könnte jedoch dann gerechtfertigt sein, wenn die Haftung des Nicht-Verursachers im Falle konkurrierender Kausalität den besonderen Zwecken des Verursachungsprinzips als verwaltungsrechtliches Haftungsprinzip entspricht.

b) Die Notwendigkeit der Verwendung eines nicht-kausalen Haftungskriteriums in den Fallgestaltungen der konkurrierenden Kausalität

Ehe die Frage nach möglichen Zurechnungskriterien für die Haftung des Nicht-Verursachers gestellt werden darf, muß ein rechtliches Bedürfnis für eine solche Regelung festgestellt sein.

Soweit im Bereich des zivilrechtlichen Immissions-schutzes ein durch eine summierte Immission entstandener rechtswidriger Schaden nicht auf die Emittenten überwältigt werden kann, wird die Notwendigkeit, auf andere Zurechnungskriterien zurückzugreifen, mit der durch die Rechtsordnung beabsichtigten Risikoverteilung begründet (197). Sowohl bei der deliktischen Haftung als auch bei der Haftung nach § 906 BGB sollte der Geschädigte jedenfalls dann Ersatz bekommen, wenn die ersatzlose Hinnahme der Beeinträchtigung unzumutbar sei (198).

---

197) Rummel, S. 44 ff., insbes. S. 56, 57.

198) Rummel, S. 57.

Soweit die Bedingungsformel im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz versagt, stellt sich die Frage nach der Risikoverteilung grundsätzlich anders. Während im Zivilrecht ein angemessener Ausgleich zwischen den Interessen des Schädigers, des Emittenten, und den Interessen des Geschädigten gefunden werden muß, gilt es im Bereich des Verwaltungsrechts die Eingriffsbefugnisse des Staates gegenüber dem einzelnen klar abzugrenzen und den Bürger vor ungerechtfertigten Maßnahmen zu schützen. Aus diesem Grundsatz könnte die Schlußfolgerung gezogen werden, daß der Staat grundsätzlich das Risiko zu tragen habe, daß bei einem Versagen des Kausalnachweises eine umweltgefährdende Immission ohne Abwehrmöglichkeit hinzunehmen sei.

Dieser Auffassung kann jedoch für den Bereich des verwaltungsrechtlichen Immissionsschutzes nicht gefolgt werden, da bei einer solchen Risikoverteilung die durch die umweltgefährdenden Immissionen hervorgerufenen Nachteile nicht von dem Staat selbst, sondern von den betroffenen Bürgern unmittelbar zu tragen sind, so daß die Risikoverteilung im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz den Erfordernissen der privatrechtlichen Risikoverteilung entspricht.

Folglich ist es Aufgabe des Verwaltungsrechts, dafür Sorge zu tragen, daß jede umweltgefährdende Immission durch hoheitliche Maßnahmen gegen den Emittenten beseitigt werden kann (199).

c) Haftung des Nichtverursachers im Falle konkurrierender Kausalität als Haftung wegen möglicher Verursachung

Die Erörterung der Frage, ob dem Nicht-Verursacher im Falle konkurrierender Kausalität der jeweilige Erfolg zugerechnet werden darf, muß von der besonderen Bezie-

---

199) Vgl. Hartkopf, Der Landkreis 1972, 256 ff.

hung ausgehen, die der Nicht-Verursacher zum Erfolg hat. Zwei Ereignisse, die in bezug auf einen bestimmten Erfolg zueinander im Verhältnis konkurrierender Kausalität stehen, weisen die Besonderheit auf, daß beim Ausfall jeweils eines Ereignisses das andere den Erfolg allein herbeiführen würde, das heißt, beide Ereignisse bzw. Handlungen sind potentiell dazu geeignet, den Erfolg herbeizuführen. Das gilt sowohl für echte als auch für unechte konkurrierende Kausalität. Die Geeignetheit eines Ereignisses bzw. einer Handlung, einen bestimmten Erfolg herbeizuführen begründet zugleich eine rechtlich bedeutsame Beziehung zwischen dieser Handlung und dem Erfolg. Folglich kann im Falle konkurrierender Kausalität auch dem Nicht-Verursacher der Erfolg zugerechnet werden, wenn die Verursachungshaftung in diesem Ausnahmefall durch eine Haftung wegen möglicher Verursachung ersetzt werden kann.

d) Begründung einer Haftung wegen möglicher Verursachung im Falle konkurrierender Kausalität durch entsprechende Anwendung des § 830 Abs. 1 BGB

aa) Das Haftungsprinzip im § 830 Abs. 1 S. 1 BGB

Eine gesetzliche Verankerung des Prinzips einer Haftung wegen möglicher Verursachung findet sich in § 830 BGB. Nach § 830 Abs. 1 Satz 1 BGB haftet eine an einer "gemeinschaftlich" begangenen unerlaubten Handlung beteiligte Person, wenn durch die gemeinschaftliche Handlung ein Schaden entstanden ist. Die herrschende Lehre und Rechtsprechung sieht allerdings in der Haftung des Mittäters für den gesamten Schaden bei einer gemeinschaftlichen Handlung keine Ausnahme vom Prinzip der Verursachung, da sie die Ursächlichkeit jedes Beteiligten aus dem bewußten und gewollten Zusammenwirken ableitet.

Wie jedoch Bydlinski 200) zutreffend gezeigt hat, ist die Mittäterschaft, im weiteren Sinn, d.h., welche auch Anstiftung und Beihilfe umfaßt, nicht notwendig mit der Kausalität jeder Mittäterhandlung für den Erfolg verbunden 201). Auch die vielfach angenommene "Gesamtkausalität" vermag die nicht bestehende Kausalbeziehung zwischen dem Einzeltäter und dem Erfolg nicht zu ersetzen 202). Soweit daher ein Mittäter nach § 830 Abs. 1 Satz 1 BGB (in Verbindung mit Abs. 2) für einen Schaden auch dann haftet, wenn der Erfolg auch ohne seinen Tatbeitrag eingetreten wäre 203), kann die Mittäterhaftung nach § 830 Abs. 1 BGB nur als Haftung für mögliche Kausalität verstanden werden.

Die Haftung nach § 830 Abs. 1 Satz 1 BGB ist aber an die weitere Voraussetzung der "gemeinschaftlichen" Begehung der Handlung gebunden, das heißt, die mögliche Verursachung eines Erfolgs reicht nur dann als Haftungsgrundlage aus, wenn der potentielle Verursacher seine Handlung in dem Bewußtsein und in dem Willen begangen hat, den eingetretenen Erfolg gemeinsam mit den übrigen Beteiligten herbeizuführen. Da es im Bereich des Immissionsrechtes regelmäßig an einem solchen gemeinschaftlichen Willen den Erfolg herbeizuführen fehlt, läßt sich aus dem Rechtsgedanken des § 830 Abs. 1 Satz 1 BGB keine Begründung für eine Haftung

---

200) AcP 158, 410 ff.

201) Siehe auch Larenz, Lehrbuch, Schuldrecht II, § 68, S. 456, 457: Mittäter sei auch der, der durch gemeinsame Planung den Entschluß des Ausführenden "bestärke". - Aus dieser Formulierung folgt, daß der Ausführende den gleichen Entschluß auch ohne die "Bestärkung" gefaßt hätte.

202) Vgl. Planck, BGB, Komm. II 2, 4. Aufl., 1928, S. 1775, der die Gesamthaftung der Mittäter weder aus der Gesamt-Kausalität noch aus der Einzelkausalität herleitet, sondern allein auf das bewußte Zusammenwirken stützt.

203) Vgl. hierzu die Beispiele bei Bydlinski, AcP 158; 410 ff., 413, 414.

wegen möglicher Verursachung im Falle konkurrierender Kausalität herleiten 204). Auf die Voraussetzung des gemeinschaftlichen Zusammenwirkens wird bei jener Fallgestaltung verzichtet, auf die die Vorschrift des § 830 Abs. 1 Satz 1 BGB analog angewandt wird 205):

Mehrere Personen verursachen unabhängig voneinander, das heißt, ohne voneinander zu wissen, gemeinsam einen Schaden.

Diese Fallgestaltung wird als Nebentäterschaft bezeichnet. Wird jedoch bei der analogen Anwendung des § 830 Abs. 1 Satz 1 BGB auf die Fallgestaltung der Nebentäterschaft auf das Erfordernis des bewußten gemeinschaftlichen Zusammenwirkens verzichtet, so bleibt als die die Nebentäter verbindende gemeinsame Haftungsgrundlage nur die Bedingungseigenschaft der Handlung jedes Nebentäters für den gemeinsam verursachten Schaden 206). Nebentäterschaft setzt daher voraus, daß das Verhalten jedes Nebentäters eine Bedingung für den eingetretenen Schaden ist 207), so daß aus der analogen Anwendung

---

204) So auch Kleindienst, S. 63, für den Bereich des zivilrechtlichen Immissionsschutzes. A.A.: Zeuner, AcP 147, 441 ff., 453, 454; Zeuner leitet aus § 830 Abs. 1 Satz 1 BGB eine Haftung des Nicht-Verursachers im Falle konkurrierender Kausalität mit folgender Begründung ab: Hat nach dem erklärten Willen des Gesetzes schon derjenige Beteiligte für die gesamten Folgen einer gemeinsamen Tat einzustehen, dessen Beitrag allein - ohne die Mitwirkung der anderen - den Schaden nicht herbeigeführt hätte, so muß Entsprechendes umso mehr für den gelten, dessen Handeln schon für sich genommen als Ursache für den Eintritt des Schadens erscheint. (Dazu Kleindienst, S. 73).

205) Siehe z.B.: Larenz, Lehrbuch Schuldrecht · II, 7. Aufl., 1965, § 68 I a), S. 457.

206) So auch Rummel, S. 40; A.A. ältere Literatur, zit. bei Rummel, S. 36 ff.

207) Die mit der Fallgestaltung der Nebentäterschaft zusammenhängende zivilrechtliche Problematik der Schadensaufteilung unter den Nebentätern ist kein Problem der Ursächlichkeit und kann folglich nicht nach Kausal-Kategorien entschieden werden.

des § 830 Abs. 1 BGB auf die Fallgestaltung der Nebentäterschaft keine Rückschlüsse für eine Anwendung auf die Fallgestaltung der konkurrierenden Kausalität gezogen werden können 208).

bb) Das Haftungsprinzip in § 830 Abs. 1 S. 2 BGB

Im Gegensatz zu dem Erfordernis des gemeinschaftlichen Zusammenwirkens in § 830 Abs. 1 Satz 1 BGB läßt § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB die Beteiligung an einer unerlaubten Handlung genügen, um die Verantwortlichkeit jedes Teilnehmers für den Schaden zu begründen. Eine "Beteiligung" im Sinne des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB ist an eine subjektive Voraussetzung eines gemeinsamen Zusammenwirkens nicht gebunden, es genügt "ein tatsächlich einheitlicher, örtlich und zeitlich zusammenhängender Vorgang, der sich aus mehreren unerlaubten Handlungen zusammensetzt" 209). Da ein solches Beteiligungsverhältnis allein nach objektiven Kriterien zu bestimmen ist, kann der einzelne auch bereits dann als Beteiligter in Anspruch genommen werden, wenn er die Möglichkeit des Zusammenwirkens mit anderen nicht erkannte und auch dann, wenn ihm die anderen Beteiligten unbekannt sind.

---

208) Auch die Vorschrift des § 149 AGB erfaßt nur den Fall der Nebentäterschaft, da die Ursächlichkeit jedes Bergwerkes für den eingetretenen Schaden Voraussetzung der gesamtschuldnerischen Haftung ist (hierzu Rummel, S. 101 ff.), so daß eine analoge Anwendung dieser Vorschrift auf die Fallgestaltung der konkurrierenden Kausalität ausscheidet.

209) BGHZ 25, 274; noch weitergehend BGHZ 33, 286, wonach auf den zeitlichen Zusammenhang verzichtet werden kann und als entscheidendes Kriterium auf die Gleichartigkeit der gefährdenden Handlungen abzustellen ist; dazu Deubner, Jus 1962, 383 ff.; vgl. Esser, a.a.O., § 207, 4 Buchstabe c.; Bauer, JZ 1971, 4 ff.  
Zur Anwendung dieser Vorschrift im Immissionsrecht vgl.: Küppers, 163 ff., 172 ff.

Da dem Kriterium des zeitlich und örtlich zusammenhängenden Vorganges nur die Vermutung für kausales Verhalten zugrunde liegt, ist nach § 230 Abs. 1 Satz 2 BGB auch derjenige möglicherweise für den vollen Schaden verantwortlich, dessen Handlung zu dem eingetretenen Schaden keinerlei Kausalbeziehung aufweist. Voraussetzung für die Haftung nach Satz 2 ist die objektive Geeignetheit, den eingetretenen Schaden herbeizuführen. Auch im Falle konkurrierender Kausalität ist die Beziehung der Beteiligten zum Erfolg durch die objektive Geeignetheit, den Erfolg herbeizuführen, gekennzeichnet. Dennoch besteht zwischen der objektiven Geeignetheit nach § 230 Abs. 1 Satz 2 BGB und der objektiven Geeignetheit im Falle konkurrierender Kausalität ein prinzipieller Unterschied:

Während von den Beteiligten nach § 230 Abs. 1 Satz 2 BGB feststeht, daß zumindest einer der Beteiligten den Erfolg verursacht hat, nur ungewiß welcher, so daß es sich hier um das Beteiligungsverhältnis der alternativen Kausalität handelt, kann im Falle konkurrierender Kausalität diese Feststellung nicht getroffen werden, vielmehr muß bei konkurrierender Kausalität auch die Möglichkeit einbezogen werden, daß keiner der "Beteiligten" für den Erfolg kausal ist (210).

Da bei der Haftung nach § 230 Abs. 1 Satz 2 BGB zumindest einer der Beteiligten für den Erfolg ursächlich ist, wird von Kleindienst behauptet (211), es handele sich bei der Haftung nach § 230 Abs. 1 Satz 2 BGB nicht um eine kontradiktorische Ausnahme vom Prinzip der *conditio sine qua non*, sondern vielmehr um eine Beweislastregel, so daß bei einem Versagen der Be-

---

210) So auch Rummel, S. 78, der allerdings aus dem Versagen der Bedingungsformel im Falle konkurrierender Kausalität herleitet, daß hier die Beteiligten in jedem Fall für den Erfolg nicht ursächlich sind.

211) S. 64.

dingungsformel aus § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB keine Haftungsgrundsätze für eine Haftung wegen möglicher Verursachung hergeleitet werden könnte.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung kommt nach Rummel 212) dem Umstand, daß sowohl bei alternativer Konkurrenz als auch bei konkurrierender Kausalität die Handlungen objektiv geeignet sind, den Erfolg herbeizuführen, die entscheidende Bedeutung zu.

Die in beiden Fällen vorliegende "potentielle" Kausalität sei der von Kleindienst zu Unrecht gelegnete gemeinsame Faktor beider Haftungen 213). Diese Überlegung führe notwendig zu der Schlußfolgerung, den an einem konkurrierenden Kausalitätsverhältnis Beteiligten in gleicher Weise für den Erfolg verantwortlich zu machen wie den Beteiligten im Sinne des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB.

Die Frage, ob die Haftungsgrundsätze des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB auf die Fälle der konkurrierenden Kausalität angewandt werden können, muß für echte und unechte konkurrierende Kausalität getrennt untersucht werden.

Bei echter konkurrierender Kausalität schließen sich zwei Handlungen bzw. Ereignisse in ihrer Möglichkeit den Erfolg zu bewirken vollständig oder teilweise gegenseitig aus, so daß der jeweilige Erfolg entweder nur von einem der Beteiligten oder von beiden verursacht wird. Bei echter konkurrierender Kausalität steht also in gleicher Weise wie bei alternativer Kausalität fest, daß zumindest einer der Beteiligten für den Erfolg ursächlich ist. Beide Fälle stimmen auch darin überein, daß die Handlungen der Beteiligten zumindest objektiv geeignet sind, den Erfolg herbeizuführen.

---

212) S. 78.

213) Diese Erkenntnis geht auf Bydliński zurück, Probleme, S. 70 ff.

Soweit sich bei echter konkurrierender Kausalität die Handlungen der Beteiligten gegenseitig vollständig ausschließen, so daß nur eine Handlung den Erfolg bewirkt, liegt zugleich ein Fall alternativer Kausalität vor, das heißt, dieser Sonderfall echter konkurrierender Kausalität kann als Unterfall der alternativen Kausalität angesehen werden, mit der Besonderheit, daß bei einem Ausfall der ursächlichen Handlung die andere "beteiligte" Handlung den Erfolg verursacht.

In der Regel wird jedoch bei echter konkurrierender Kausalität nicht feststellbar sein, daß tatsächlich nur eine der in Betracht kommenden Handlungen den Erfolg verursacht hat, vielmehr wird man sich mit der Feststellung begnügen müssen, daß ein Fall der echten konkurrierenden Kausalität vorliegt; mit Sicherheit kann dann nur festgestellt werden, daß eine oder beide Handlungen den Erfolg verursacht haben.

Haben beide Handlungen den Erfolg verursacht, so liegt mangels eines Alternativ-Verhältnisses keine alternative Kausalität vor. Jedoch spricht diese Feststellung nicht gegen die Anwendbarkeit der Haftungsgrundsätze der alternativen Kausalität, da Ursächlichkeit jedes Beteiligten "mehr" ist, als mögliche Ursächlichkeit, so daß in diesem Falle alle Beteiligten schon nach Verursachungsgrundsätzen haften würden. Soweit die Haftungsgrundsätze des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz anwendbar sind, kann im Falle echter konkurrierender Kausalität bezüglich der Haftungsfrage dahingestellt bleiben, ob beide Handlungen oder Ereignisse den Erfolg verursacht haben, oder ob nur eine Handlung bzw. ein Ereignis für den Erfolg kausal ist. Im ersten Fall ergibt sich eine Haftung aus Verursachungsgrundsätzen, im zweiten Fall sind als Unterfall der alternativen Kausalität die Haftungsgrundsätze des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB anwendbar, mit der Folge, daß auch hier alle Beteiligten für den eingetretenen Erfolg verantwortlich sind.

Da die echte konkurrierende Kausalität eine im Bereich des verwaltungsrechtlichen Immissionsschutzes seltene Fallgestaltung ist, die unechte konkurrierende Kausalität jedoch, wie oben gezeigt, als Regelfall angesehen werden kann, ist die Frage, ob auch bei unechter konkurrierender Kausalität den Beteiligten der Erfolg zugerechnet werden kann, von wesentlich höherer Bedeutung.

Bei unechter konkurrierender Kausalität ist in jedem denkbaren Fall davon auszugehen, daß für keinen der Beteiligten die Ursächlichkeit für den jeweiligen Erfolg positiv festgestellt werden kann. Die Unmöglichkeit, die Ursächlichkeit eines Beteiligten festzustellen, ist aber anders als im Falle des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB nicht auf die mangelnde Aufklärung des Sachverhalts zurückzuführen, vielmehr kann wegen der Anwendung einer abstrakten juristischen Erfolgskategorie auch bei vollständiger Aufklärung des Sachverhalts für keinen der Beteiligten die Ursächlichkeit für den eingetretenen Erfolg festgestellt werden, so daß das Merkmal alternativer Kausalität, die Ursächlichkeit zumindest eines Beteiligten, bei unechter konkurrierender Kausalität grundsätzlich nicht vorliegt.

Aus dem Merkmal alternativer Kausalität, aus der Ursächlichkeit eines Beteiligten, folgert Kleindienst 214),

214) Die zivilrechtlichen Untersuchungen von Kleindienst und Rummel über eine entsprechende Anwendung des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB auf die Fallgestaltungen der konkurrierenden Kausalität können nur in bezug auf unechte konkurrierende Kausalität herangezogen werden, da sowohl Kleindienst als auch Rummel aus dem Versagen der Bedingungsformel im Fall konkurrierender Kausalität die Nicht-Ursächlichkeit der Beteiligten herleiten. Wie jedoch oben nachgewiesen, kann nur im Falle unechter konkurrierender Kausalität von der Nicht-Ursächlichkeit jedes Beteiligten ausgegangen werden, so daß nur für diesen Unterfall der konkurrierenden Kausalität die zivilrechtlichen Erörterungen von Kleindienst und Rummel von vergleichbaren Voraussetzungen ausgehen.

daß § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB keine Ausnahmeregelung vom Prinzip der *conditio sine qua non*, sondern nur eine Regelung der Beweislast sei, so daß die Rechtsgrundsätze des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB bei einem Beteiligungsverhältnis, bei dem keiner der Beteiligten für den Erfolg kausal ist, nicht anwendbar seien 215).

Rummel 216) bestreitet ebenfalls eine direkte und auch eine analoge Anwendung des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB auf den Fall der konkurrierenden Kausalität, läßt aber die mögliche Ursächlichkeit im Falle konkurrierender Kausalität als hinreichendes Haftungskriterium gelten, unter dem Hinweis, daß die Haftung nach § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB ebenfalls eine Haftung für mögliche Ursächlichkeit sei.

Beide Auffassungen stimmen darin überein, eine direkte 217) und auch eine analoge Anwendung des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB abzulehnen. Grund für die Verneinung einer analogen Anwendung ist die bei alternativer Kausalität im Gegensatz zu unechter konkurrierender Kausalität bestehende Ursächlichkeit eines Beteiligten, die zu der Schlußfolgerung Anlaß gibt, bei der Haftung nach § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB handele es sich um eine Verursachungshaftung, während bei einer Haftung wegen unechter konkurrierender Kausalität diese gerade fehle.

Richtig ist, daß die im Falle alternativer Kausalität bestehende Ursächlichkeit durch die Regelung des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB für unbedeutend erklärt wird, da nach § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB auch der Nicht-Verursacher in

---

215) Kleindienst, S. 64; vgl. zu dieser Frage ferner Gernhuber, JZ 1961, S. 148 ff., Deubner, JuS 1962, 383; Bydlinski, AcP 158, 421.

216) A. a. O., S. 77.

217) Dagegen gelangt Bauer (JZ 1971, 4 ff., 7) zu dem Ergebnis, daß § 830 Abs. 1 S. 2 BGB auf die Fallgestaltung der konkurrierenden Kausalität unmittelbar anwendbar sei.

Anspruch genommen werden kann. Der Einwand Kleindienst's, es handele sich insofern nur um eine Beweislastregelung und nicht um eine Ausnahme vom Verursachungsprinzip, läßt unberücksichtigt, daß § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB in der Regel bei einem Sachverhalt Anwendung findet, der es dem beteiligten Nicht-Verursacher unmöglich macht, seine Nicht-Ursächlichkeit zu beweisen.

Eine gesetzliche Regelung, die dem Nicht-Verursacher die Erfolgshaftung auferlegt, mit der Möglichkeit der Haftung durch den Beweis seiner Nicht-Ursächlichkeit zu entgehen, ist nur dann als Verursachungshaftung anzusehen, wenn gerade der Verpflichtete die Möglichkeit hat, seine Nicht-Ursächlichkeit zu beweisen. Hat aber weder der Geschädigte die Möglichkeit, die Ursächlichkeit eines vermeintlichen Schädigers zu beweisen, noch der vermeintliche Schädiger die Möglichkeit, den Nachweis seiner Nicht-Ursächlichkeit zu erbringen, so kann dem Verursachungsprinzip nur dadurch Genüge getan werden, daß der Geschädigte den Schaden selbst tragen muß.

Wird wie im Falle des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB auch der Nicht-Verursacher einer Haftung unterworfen, mit der Möglichkeit sich der Haftung durch den Beweis der Nicht-Ursächlichkeit zu entziehen, und ist diese Regelung nicht dadurch gerechtfertigt, daß nur oder allein der Haftende in der Lage ist, Ursächlichkeit oder Nicht-Ursächlichkeit zu beweisen, dann liegt in dieser Beweislastregelung zugleich die materiell-rechtliche Regelung, daß grundsätzlich, d.h., mit der Ausnahme des Gegenbeweises, auch ein Nicht-Verursacher für einen Schaden verantwortlich ist (218). Diese Regelung ist entgegen der Auffassung Kleindienst's eine Durchbrechung des Verursachungsprinzips (219),

---

218) Den materiellen Gehalt der Beweislastregelung betont insbesondere Gernhuber, JZ 1961, 148 ff., 150.

219) Bydlinski, AcP 158, 410 ff.; Bauer, JZ 1971, 4 ff.

mit dem Inhalt, daß auch der Nicht-Verursacher für einen Schaden verantwortlich ist, und insofern ist die Haftung nach § 830 Abs. 1 BGB mit einer Haftung im Falle unechter konkurrierender Kausalität vergleichbar.

Die weitere Übereinstimmung beider Haftungen liegt, wie Rummel dargelegt hat, in der Haftung für mögliche Ursächlichkeit.

Sowohl die Handlung des Nichtverursachers im Sinne des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB als auch die des Nichtverursachers im Falle konkurrierender Kausalität seien potentiell geeignet, den eingetretenen Erfolg herbeizuführen. In der Möglichkeit, den Erfolg zu bewirken, soll jedoch nach Rummel folgender Unterschied bestehen (220): Im Falle konkurrierender Kausalität stehe fest, daß eine Handlung einen bestimmten Schaden (mit Sicherheit) ausgelöst hätte (was logisch das Urteil über deren Eignung, Gefährlichkeit in dieser Richtung einschließe); im Falle alternativer Kausalität stehe vom einzelnen gerade nicht fest, daß er den Schaden mit Sicherheit herbeigeführt hätte, vielmehr statt dessen, daß er ihn möglicherweise herbeigeführt hat (was ebenfalls voraussetze, daß seine Handlung dazu geeignet - konkret gefährlich m.a.W. - gewesen sei.)

Bei einem Vergleich zwischen der Haftung des Nichtverursachers im Falle alternativer Kausalität nach § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB und der Haftung des Nichtverursachers im Falle konkurrierender Kausalität muß davon ausgegangen werden, daß bei alternativer Kausalität gerade der Nichtverursacher für den Schaden in Anspruch genommen wird; denn nur für den Fall, daß es sich tatsächlich um den Nichtverursacher handelt, ist eine besondere Rechtfertigung der Verantwortlichkeit erforderlich. Handelt es sich um den Verursacher, so ergibt sich die Haftung aus dem Grundsatz der Verur-

sachung. Da bei alternativer Kausalität die Besonderheit besteht, daß nicht zu ermitteln ist, ob im konkreten Fall der eine oder der andere der Verursacher bzw. der Nichtverursacher ist, muß eine Rechtfertigung der Haftung im Falle alternativer Kausalität davon ausgehen, daß es sich bei dem jeweils Haftenden um den Nichtverursacher handelt 221).

Geht man jedoch im Falle alternativer Kausalität vom Nichtverursacher aus, so kann man nicht, wie Rummel, die potentielle Kausalität damit begründen, daß die Handlung den Erfolg möglicherweise herbeigeführt hat, denn vom Nichtverursacher steht fest, daß seine Handlung den Erfolg nicht verursacht hat. Die potentielle Kausalität des Nichtverursachers kann bei alternativer Kausalität nur darin gesehen werden, daß die Handlung des Nichtverursachers den Erfolg unter anderen Umständen herbeigeführt hätte. Diese Feststellung schließt zugleich das Urteil über die Gefährlichkeit und Eignung der Erfolgsbewirkung der jeweiligen Handlung ein. Die gleiche Sachlage ist auch im Falle unechter konkurrierender Kausalität gegeben, auch hier hätte der Nichtverursacher den Erfolg unter anderen Umständen herbeigeführt, d.h., bei einem Ausfall der jeweils anderen im Verhältnis unechter konkurrierender Kausalität stehenden Handlung ließe sich die Kausalität der Handlung für den abstrakten Erfolg feststellen, da dann zugleich mit dem Entfallen des konkreten Erfolges auch die abstrakte Erfolgskategorie entfällt. Daher kann auch im Falle unechter konkurrierender Kausalität eine Haftung nur mit der Gefährlichkeit der Handlung des Nichtverursachers begründet werden.

---

221) So auch Larenz, Lehrbuch, Schuldrecht II, 7. Aufl., 1965, § 68, I, S. 458: Haftung für einen Erfolg, den der Haftende nur möglicherweise verursacht hat, sei ebenso Haftung für einen Erfolg, den er möglicherweise nicht verursacht hat.

Die Haftung im Falle alternativer Kausalität und die im Falle unechter konkurrierender Kausalität stimmen darin überein, daß die in der Möglichkeit der Erfolgsbewirkung liegende Gefährlichkeit der jeweiligen Handlung als Haftungskriterium herangezogen werden kann.

cc) Anwendung des in § 830 Abs. 1 S. 2 BGB enthaltenen Haftungsprinzips im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz

Die Untersuchung im vorstehenden Abschnitt hat gezeigt, daß im Recht der unerlaubten Handlungen der Nichtverursacher wegen möglicher Ursächlichkeit für einen Schaden verantwortlich gemacht werden kann und daß dieser Rechtsgrundsatz als Ausnahme vom Verursachungsprinzip auf die Haftung des Nichtverursachers im Falle echter und unechter konkurrierender Kausalität grundsätzlich zutrifft.

Diese Ausnahmeregelung vom Verursachungsprinzip ist bisher jedoch nur als Schadensersatzanspruch im Bereich des Zivilrechts verwirklicht. Die zivilrechtliche Haftung für mögliche Verursachung beschränkt sich daher auf den Ersatz eines Schadens und setzt Rechtswidrigkeit und Verschulden voraus (222).

Eine Haftung wegen möglicher Ursächlichkeit im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz kann daher nur dann mit einer entsprechenden Anwendung der zivilrechtlichen Regelung begründet werden, wenn eine Haftung wegen möglicher Verursachung nicht ausschließlich an die dem Schadensersatzrecht zugrunde liegende Interessenlage gebunden ist, sondern auch bei dem das Verwaltungsrecht beherrschenden Rechtsverhältnis Anwendung finden kann.

---

222) Zur Bedeutung von Rechtswidrigkeit und Verschulden für die zivilrechtliche Haftung vgl. Deubner, JuS 1962, 383 ff.; Bauer, JZ 1971, 4 ff.

Die zivilrechtliche Haftung wegen möglicher Verursachung ist dazu bestimmt, zwischen zwei Privatrechtssubjekten einen gerechten Interessenausgleich für den Fall herbeizuführen, daß einem Privatrechtssubjekt ein Vermögensschaden entstanden ist. Die Haftung wegen möglicher Verursachung folgt in diesem Fall aus dem Umstand, daß der eingetretene Schaden eher in den Risikobereich des Unerlaubt-Handelnden fällt, als in das Risiko des Geschädigten 223).

Diese Risikoverteilung begründet Bydlinski 224) mit der Gewinnabwehrfunktion des Schadensersatzrechts: Da der Geschädigte aus der gesetzlichen Regelung der Haftung für unerlaubte Handlungen grundsätzlich keinen Vorteil ziehen dürfe, müsse der Beschädigte das Risiko zufälliger Schäden selbst tragen. Ist dagegen der Schaden durch ein haftbarmachendes Verhalten herbeigeführt, so stehe fest, daß die Rechtsordnung einen Ausgleich dieses Schadens wünsche, auch wenn der Kausalablauf im einzelnen nicht zu klären sei. In diesem Fall, wenn also durch die Abwälzung des Schadens die Erzielung eines ungerechtfertigten Gewinns durch die Beschädigten keinesfalls zu befürchten ist, belaste die Rechtsordnung auch den bloß möglicherweise kausalen Täter mit der Verantwortung für den Schaden 225).

---

223) Insofern ist die zivilrechtliche Haftung eine Risikohaftung, vgl. Larenz, JuS 1965, 373 ff., 374 ff.; der jedoch diese Ausgestaltung einer Risikohaftung nicht erwähnt.

224) AcP 158, 410 ff., 426, 427.

225) Ähnlich Bauer, JZ 1971, 4 ff., 6, 7; S. 7: Die nur mögliche Ungerechtigkeit gegenüber einem als Verletzer in Frage kommenden Rechtsbrecher müsse in Kauf genommen werden, um eine sichere Ungerechtigkeit gegenüber dem Verletzten zu verhüten. In diesem Interessenkonflikt sei das Interesse des Geschädigten schutzwürdiger.

Erweist sich die Haftung wegen möglicher Verursachung im Zivilrecht überhaupt nur wegen des beim Beschädigten eingetretenen Schadens als erforderlich, so fehlt für eine Haftung wegen möglicher Verursachung im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz ein solcher Schaden regelmäßig. Die im Recht der unerlaubten Handlungen erforderliche Feststellung eines Schadens wird im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz durch die Feststellung der "Schädlichkeit" der Immissionen ersetzt. Im Gegensatz zur Schadensüberwälzung des Zivilrechts hat das Verwaltungsrecht die Aufgabe, die durch die Grenzwertüberschreitung angezeigte Schädlichkeitswirkung zu beseitigen, so daß das Verwaltungsrecht letztlich nur die Aufgaben wahrnimmt, die bei ihrer Nichterfüllung durch das Schadensersatzrecht des Zivilrechts wahrgenommen werden müßten 226), folglich die Haftung wegen möglicher Verursachung im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz nicht durch das fehlende Erfordernis eines Schadenseintritts gehindert ist.

Im Gegensatz zur zivilrechtlichen Haftung für unerlaubte Handlungen ist die verwaltungsrechtliche Inanspruchnahme eines Emittenten nicht an die Rechtswidrigkeit der Emission und nicht an ein Verschulden des Anlagebetreibers gebunden.

Zwar könnte man einwenden, daß eine Emission dann rechtswidrig sei, wenn ihre Immission eine Grenzwertüberschreitung verursache. Dieser Einwand könnte Geltung haben für Immissionen, die schon allein, ohne mit anderen Immissionen zusammenzuwirken, eine Grenzwertüberschreitung verursachen. Überschreitet aber erst die summierte Immission den Grenzwert, so kann von der bei Alleinwirkung unschädlichen Einzelimmission Rechtswidrigkeit nicht behauptet werden. Nur dann, wenn eine Handlung unmittelbar ein bestimmtes Recht oder ein Rechtsgut verletzt, kann aus der Verursachung des Er-

---

226) Siehe hierzu: Fürst, Klein, Der Städtetag 1972, 64 ff.

folgs auf die Rechtswidrigkeit geschlossen werden 227).

Wird aber erst durch die Summierung von Immissionen der Grenzwert überschritten, so wird die Verursachung des Erfolgs, die Grenzwertüberschreitung, durch die Einzelimmission erst nach dem Hinzutreten weiterer Immissionen erreicht, so daß von einer Rechtswidrigkeit der Einzelimmission nur dann ausgegangen werden kann, wenn der Emittent bestimmte Sorgfaltspflichten verletzt hat 228). Soweit der Emittent annehmen kann, daß seine Emission allein den Grenzwert nicht überschreitet und keine gesetzlichen Vorschriften entgegenstehen, werden durch das Betreiben einer emittierenden Anlage keine Sorgfaltspflichten verletzt; die Emission ist normgemäß und daher rechtmäßig, auch wenn durch späteres Zusammentreffen mit anderen Emissionen eine rechtswidrige Immission verursacht wird 229).

Der verwaltungsrechtliche Immissionsschutz kann im Vergleich mit zivilrechtlichen Rechtsinstituten als Ge-

---

227) Rechtsgutbezogene Rechtswidrigkeit

228) Diese Überlegung entspricht zivilrechtlichen Grundsätzen; vgl. Larenz, Schuldrecht I, 7. Aufl., 1964, § 19 IV, Ziff. 3, S. 227 ff.

229) Vgl. hierzu: Larenz, VersR 1963, 593 ff., insbes. § 595 ff., der dort zu der Frage Stellung nimmt, ob eine Haftung nach § 22 WHG Rechtswidrigkeit voraussetzt.

fährdungshaftung angesehen werden 230). Auch im Bereich des Zivilrechts werden bestimmte generell gefährliche Handlungsweisen gestattet und damit für rechtmäßig erklärt, schädigende Folgen solcher Handlungen muß aber der Handelnde auch dann tragen, wenn die gefährliche Handlung nicht rechtswidrig und auch bei Anwendung höchster Sorgfalt nicht zu vermeiden war 231). Ist aber die Zurechnung des Erfolgs neben der Verursachung nur von der Gefährlichkeit der Handlung getragen, so fragt es sich, ob bei fehlender Ursächlichkeit die Gefährlichkeit der Handlung als Zurechnungskriterium ausreichend ist, die Haftung wegen möglicher Verursachung zu tragen.

Auf dem Gebiet des Zivilrechts wird eine Ausdehnung des in § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB enthaltenen Grundsatzes einer Haftung wegen möglicher Verursachung über das Recht der unerlaubten Handlungen hinaus von der herrschenden Lehre und Rechtsprechung abgelehnt 232).

---

230) Vgl. hierzu Rummel, S. 101 bis 157, der ausführlich untersucht, ob die zivilrechtliche Haftung für Immissionen nach § 906 BGB und § 26 GewO der Eingriffshaftung oder Gefährdungshaftung zuzurechnen ist. Rummel entscheidet sich für die Eingriffshaftung, da § 906 BGB und § 26 GewO bei der Duldungspflicht von Immissionen die bewußte Inanspruchnahme fremden Rechtsguts für zulässig erklären.

Im Gegensatz dazu ist bei der verwaltungsrechtlichen Haftung für Immissionen davon auszugehen, daß ein Eingriff in fremde Rechtsgüter erst mit dem Überschreiten eines Immissionsgrenzwertes vorliegt. Da Grenzwertüberschreitungen aber durch das Verwaltungsrecht gerade nicht geduldet werden, vielmehr das Verwaltungsrecht dazu dient, Rechtsgutverletzungen durch Immissionen zu verhindern, ist die verwaltungsrechtliche Verantwortlichkeit des Emittenten nur mit der Gefährdungshaftung vergleichbar.

231) § 833 BGB, §§ 1, 1a HaftpflG, 7 StVG, § 33 LuftVG, §§ 25, 7, 26 AtomG, § 22 WHG.

232) LG Hamburg MDR 1965, 45 ff.; vgl. Gernhuber, JZ 1961, 148 ff., 150; a.A.: Bauer, JZ 1971, 4 ff., insbes. 9 ff.

Dagegen kommt Rummel 233) zu dem Ergebnis, daß das Element der Gefährlichkeit allein ausreichend sei, den nur möglicherweise verursachten Erfolg dem potentiellen Verursacher zuzurechnen.

Im Recht der unerlaubten Handlungen sind zwar Rechtswidrigkeit und Schuld neben dem Kriterium der Verursachung bzw. möglichen Verursachung die entscheidenden Kriterien der Schadenszurechnung. Die Auffassung, nach der eine Ausdehnung der Haftung wegen möglicher Verursachung über das Deliktsrecht hinaus abzulehnen sei, geht davon aus, daß nur Rechtswidrigkeit und Schuld die Handlung des potentiellen Verursachers mit einem so hohen Unwertgehalt belasten können, daß die Zurechnung eines nur möglicherweise verursachten Erfolges gerechtfertigt ist.

Eine solche Überlegung geht jedoch nicht von der zivilrechtlichen Interessenlage aus, sondern stellt die in den Kriterien Rechtswidrigkeit und Schuld enthaltenen poenalisierenden Momente in den Vordergrund. Weil dem Handelnden das Verhalten aufgrund subjektiver Kriterien vorwerfbar ist, scheint die Verantwortlichkeit für einen nur möglicherweise verursachten Schaden als Vergeltung für das vorwerfbare Verhalten gerechtfertigt 234), mit anderen Worten, die Haftung für den (möglicherweise) nicht verursachten Erfolg wird nicht als Unrecht empfunden.

Da aber poenale Kriterien bei der Schadenszurechnung ausscheiden, kann dem potentiellen Verursacher der eingetretene Schaden nur auf Grund der in der möglichen

---

233) S. 107, 150, 151.

234) Vgl. Larenz, Schuldrecht II, 7. Aufl., 1965, § 68 I b, S. 457, 458: Die Gleichheit des Verschuldens rechtfertigt die solidarische Verantwortung aller Beteiligten.

Rechtsgutverletzung liegenden Gefährlichkeit zuge-rechnet werden. Die soziale Verurteilung des Verhal-tens, das (ex ante gesehen) die konkrete Gefahr einer rechtswidrigen Rechtsgutverletzung in sich birgt, rechtfertigt die Verantwortlichkeit für den (möglich-weise - oder im Falle unechter konkurrierender Kausa-lität - sicher) nicht verursachten Schaden.

Sind zwar Rechtswidrigkeit und Schuld Grundvorausset-zung der Haftung im Deliktsrecht, wird aber die von der Verursachungshaftung abweichende Haftung wegen mögli-cher Verursachung nur durch das hinzutretende Merkmal der Gefahr einer Rechtsgutverletzung begründet, so wird deutlich, daß eine Haftung wegen möglicher Ver-ursachung auch innerhalb der Gefährdungshaftung Anwen-dung finden kann 235). Zwar wird die Haftung wegen mög-licher Verursachung hier nicht schon durch das der Gefährdungshaftung immanente Kriterium der abstrakten Gefährlichkeit begründet, sondern auch bei der Gefähr-dungshaftung kann der potentielle Verursacher nur dann für eine bestimmte Rechtsgutverletzung verantwortlich gemacht werden, wenn die mögliche Ursächlichkeit als konkrete Gefährdung angesehen werden kann. Da in der Fallgestaltung der konkurrierenden Kausalität nur je-weils eine der beiden Handlungen auszufallen braucht, um die Ursächlichkeit der anderen Handlung positiv feststellen zu können, kann eine konkrete Gefährdung durch Handlungen, die zueinander im Verhältnis konkur-rierender Kausalität stehen, grundsätzlich angenommen werden.

Der Umstand, daß im Deliktsrecht allein die Gefährlich-keit der möglicherweise ursächlichen Handlung die Haf-tung des potentiellen Verursachers begründet, rechtfertigt es, das im Recht der unerlaubten Handlungen angewandte Prinzip einer Haftung wegen möglicher Ur-

---

235) Bauer, JZ 1971, 4 ff., 9, 10.

sächlichkeit auf den Bereich der verwaltungsrechtlichen Verursachungsverantwortlichkeit zu übertragen. Inso- weit liegt dem Deliktsrecht und dem verwaltungsrecht- lichen Immissionsschutz eine gemeinsame Interessenlage zugrunde. Diese Interessenlage ist im wesentlichen da- durch gekennzeichnet, daß der Unwertgehalt der in der möglichen Verursachung liegenden Gefährdung den poten- tiellen Verursacher mit der sozialen Verantwortung für eine Rechtsgutverletzung dann belastet, wenn die Fol- gen der Rechtsgutverletzung sonst ein unbeteiligter Dritter tragen müßte.

Soll durch die Haftung wegen möglicher Verursachung im Deliktsrecht der unbeteiligte Dritte vor Schäden ge- schützt werden, so ist im verwaltungsrechtlichen Immis- sionsschutz die Durchbrechung des Verursachungsprinzips im Falle konkurrierender Kausalität dadurch gerecht- fertigt, daß bei einer grenzwertüberschreitenden Immis- sion dem möglichen Verursacher eher das Risiko einer Erfolgshaftung zugemutet werden kann, als daß die von der Immission Betroffenen die schädlichen Umweltein- wirkungen zu tragen haben.

e) Begründung einer Haftung wegen möglicher Verursa-  
chung im Falle konkurrierender Kausalität durch  
entsprechende Anwendung des § 22 WHG

aa) Das Haftungsprinzip in § 22 WHG

§ 22 WHG regelt die zivilrechtliche Haftung für Schä- den, welche infolge von Immissionen entstanden sind, die auf ein Gewässer eingewirkt haben. § 22 Abs. 1 WHG regelt die Handlungshaftung. Der Kreis derjenigen Handlungen, die wassergefährdende Immissionen verursa- chen können, wird durch die Begriffe "Einbringen",

"Einleiten" und "Einwirken" 236) umschrieben.

§ 22 Abs. 2 WHG regelt die sog. Anlagenhaftung, die nach öffentlich-rechtlicher Terminologie auch als Zustandshaftung bezeichnet werden könnte.

Danach ist der Inhaber einer Anlage für wassergefährdende Immissionen dieser Anlage verantwortlich. Diese Haftung findet ihre Rechtfertigung allein darin, daß der Anlagen-Inhaber die Herrschaftsgewalt über die Anlage ausübt, so daß es in bezug auf die Haftung für Immissionen dieser Anlage grundsätzlich unerheblich ist, worauf die Immission im einzelnen zurückzuführen ist. Im Gegensatz zur polizeirechtlichen Zustandshaftung ist aber nach dem Wortlaut des § 22 WHG die Anlagenhaftung dann ausgeschlossen, wenn die Voraussetzungen der Handlungshaftung vorliegen 237) und wenn die Immission durch höhere Gewalt verursacht worden ist 238).

Sowohl die Handlungshaftung nach § 22 Abs. 1 WHG als auch die Anlagenhaftung nach § 22 Abs. 2 WHG sind als Tatbestände der Gefährdungshaftung ausgebildet, so daß die Haftung nach § 22 WHG kein Verschulden des Verantwortlichen voraussetzt 239). Ist jedoch eine wassergefährdende Immission durch "Einbringen" oder "Einleiten" verursacht worden, so folgt aus dem Inhalt dieser Begriffe, daß eine Handlung, in deren Folge die schädlichen Stoffe nur zufällig in das Wasser gelangen, zur Tatbestandsverwirklichung nicht ausreicht, sondern nur solche Handlungen tatbestandsmäßig sind,

---

236) Zur Bedeutung der Einzelbegriffe vgl. Gieseke-Wiedemann, § 22 Rdn. 3 ff.

237) Vgl. Abs. 2, Satz 1; Gieseke-Wiedemann, § 22, Rdn. 11, m. w. N.

238) Abs. 2 Satz 2.

239) Gieseke-Wiedemann, § 22, Rdn. 2b; Larenz, VersR 1963, 593 ff., 602.

die schon äußerlich, nach ihrer objektiven Eignung auf das Hineingelangen gerichtet sind 240).

Da nach § 22 WHG als Tatbestand der Gefährdungshaftung nur in den Fällen eine Haftung ohne Verschulden gerechtfertigt ist, in denen die jeweilige Handlung oder die jeweilige Anlage mit typischen Gefahren für die Wasserbeschaffenheit verbunden ist, fallen Immissionen, die nicht auf solchen typischen Gefahren beruhen, nicht unter die Haftung des § 22 WHG. Bei den Tatbeständen des Eindringens und Einleitens wird die generelle Gefährlichkeit der Handlung grundsätzlich vorausgesetzt. Nur im Falle des Einwirkens und im Falle der Anlagenverantwortlichkeit sei in jedem Fall zu prüfen, ob der Immission eine typische Gefahr für die Wasserbeschaffenheit zugrunde liege 241).

Sind mehrere Emittenten an einer wassergefährdenden Immission beteiligt, so haften sie nach § 22 Abs. 1 Satz 2 WHG als Gesamtschuldner 242). Entgegen dem Wortlaut des Satz 2 ist es für die gesamtschuldnerische Haftung unerheblich, ob die Immission durch "Einbringen", "Einleiten" oder "Einwirken" geschehen ist 243). Nach § 22 Abs. 2, Satz 1, 2 Hs. WHG gilt die gesamtschuldnerische Haftung auch für den Fall der Anlagenhaftung.

---

240) Gieseke-Wiedemann, § 22, Rdn. 3, m.w.N.; vgl. ferner BGH, Urt. v. 28.10.1971, DVBl. 1972, 453 ff. = NJW 1972, 204 ff.

241) Gieseke-Wiedemann, § 22, Rdn. 2b.

242) Zu Einzelfragen siehe: Otto, Gesamtschuldnerische Gefährdungshaftung bei Gewässerbeeinträchtigung, Die Versicherungspraxis 1972, 82 ff.; Roesch, Haftung nach dem Wasserhaushaltsgesetz, Zs. f. Versicherungswesen 1972, 326 ff.; Tratz, Zur Frage der Beweislast, wenn aus mehreren Anlagen wassergefährdende Stoffe in ein Gewässer gelangen und Schaden verursachen, Das Wassertriebwerk 1972, 25 ff.

243) Gieseke-Wiedemann, § 22, Rdn. 8a, m. w. N.

Als Rechtsfolge der gesamtschuldnerischen Haftung haftet jeder Schuldner für den gesamten Schaden, unabhängig davon, in welchem Verhältnis die einzelnen Schuldner den Schaden herbeigeführt haben. Insofern wiederholt § 22 WHG nur die Rechtsfolge des § 840 Abs. 1 BGB.

Im Gegensatz zur gesamtschuldnerischen Haftung für unerlaubte Handlungen nach § 830 BGB i. V. m. § 840 Abs. 1 BGB wird bei der gesamtschuldnerischen Haftung nach § 22 WHG nicht vorausgesetzt, daß die Beteiligten gemeinschaftlich gehandelt haben oder daß die jeweiligen Handlungen in einem bestimmten zeitlichen oder örtlichen Zusammenhang stehen. Damit erstreckt sich die gesamtschuldnerische Haftung nach § 22 WHG zumindest auf die Fallgestaltung der Nebentäterschaft.

Da nach herrschender Auffassung aber bereits § 830 Abs. 1 Satz 1 BGB auch auf die Fallgestaltung der Nebentäterschaft anwendbar ist, würde § 22 WHG keine von der Regelung des Bürgerlichen Gesetzbuches abweichende Rechtsfolge schaffen. Da andererseits Nebentäterschaft voraussetzt, daß alle Beteiligten für den eingetretenen Erfolg ursächlich sind, würde eine gesamtschuldnerische Haftung von Nebentätern grundsätzlich keine Haftung für mögliche Kausalität beinhalten.

Untersucht man jedoch den Wortlaut des § 22 WHG in bezug auf die Verursachungsfrage genau, so ergibt sich im Vergleich zu der Haftungsregelung nach § 830 Abs. 1 Satz 1 BGB ein wesentlicher Unterschied:

§ 830 Abs. 1 Satz 1 BGB setzt voraus, daß mehrere den eingetretenen Schaden verursacht haben. Im Falle der gesamtschuldnerischen Haftung von Nebentätern wird daher vorausgesetzt, daß jeder Nebentäter eine Bedingung für den Schaden gesetzt hat. Während sich also die gesamtschuldnerische Haftung nach § 830 Abs. 1 Satz 1 in

Verbindung mit § 840 Abs. 1 BGB auf den verursachten Schaden bezieht, knüpft die Haftungsregelung der Gesamtschuld nach § 22 WHG jeweils an die Einwirkung, durch welche die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Wassers verändert worden ist.

§ 22 WHG bestimmt dann weiter, daß die Ersatzpflicht den Schaden umfaßt, der infolge der Veränderung der Wasserbeschaffenheit entstanden ist.

Zweifelhaft bleibt bei dieser Regelung zunächst, ob die Ersatzpflicht nur den Schaden umfaßt, der durch die vom Ersatzpflichtigen verursachte Veränderung der Wasserbeschaffenheit verursacht worden ist oder ob die Ersatzpflicht grundsätzlich den durch die veränderte Wasserbeschaffenheit verursachten Schaden umfaßt, unabhängig davon, ob gerade die von dem Ersatzpflichtigen herbeigeführte Veränderung der Wasserbeschaffenheit den Schaden bewirkt hat.

Soweit in der Literatur und Rechtsprechung die Verursachungsfrage nach § 22 WHG ernsthaft untersucht wird, erhält die letztere Lösungsmöglichkeit den Vorzug 244). Vornehmlich mit der Begründung, daß der von der Regelung der Gesamtschuld in § 830, 840 BGB abweichende Wortlaut des § 22 WHG nicht rein zufällig gewählt sei, vielmehr mit der Besonderheit der Formulierung auch ein den wasserrechtlichen Erfordernissen angepaßter Haftungstatbestand beabsichtigt sei.

Die Eigenart der mit § 22 Abs. 1 Satz 2 WHG gegebenen Gesamthaftung liege darin, daß der Gesetzgeber über die abstrakten Grundsätze der §§ 830, 840 BGB hinaus im Bereich der Wasserwirtschaft eine Verantwortlichkeit für den ganzen in einem Gewässer entstandenen Schaden begründet habe, die mechanisch an die einzelne, isoliert auftretende Einwirkungshandlung anschließe.

---

244) Siehe Fußn. 245, u. 247.

§ 22 WHG sprengt die Systematik des bürgerlichen Rechts, indem an sachlich verwandte Handlungen die Rechtsfolge der Gesamtschuld geknüpft werde (245).

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes ergibt sich bereits aus dem Wortlaut des § 22 WHG, daß die gesamtschuldnerische Haftung nur davon abhängt, daß der Haftende durch eine wassergefährdende Immission eine Veränderung der Wasserbeschaffenheit verursacht hat (246). Über den Nachweis einer gefährlichen Einwirkung hinaus werde dem Geschädigten nicht noch der Nachweis dafür auferlegt, daß die dem Wasser aus der einzelnen Anlage zugeführten schädlichen Stoffe auch tatsächlich ursächlich für den eingetretenen Schaden waren (247). § 22 WHG kann daher einen Emittenten zu einer Haftung für einen Schaden verpflichten, der von einem Dritten herbeigeführt wurde.

Da diese Haftungsregelung nur durch die Gefahrenlage gerechtfertigt ist, die durch die jeweilige Einwirkungshandlung geschaffen wird, ist der Schutzbereich des durch § 22 WHG geschaffenen Gefährdungstatbestandes dann verlassen, wenn die jeweilige Immission den eingetretenen Schaden nicht verursacht haben kann. Eine gesamtschuldnerische Haftung für einen Schaden, der durch mehrere Immissionen herbeigeführt wurde, kommt daher nur insoweit in Betracht, als die Immission des einzelnen Emittenten "nach Art und Umstände" ihrer Einwirkung "geeignet" gewesen ist, den eingetretenen

---

245) Tratz, Willoweit, BB 1968, 855 ff., 858, 859.

246) Da es sich hier um einen zivilrechtlichen Haftungstatbestand handelt, ist die Haftung auf "adäquat" verursachte Erfolge beschränkt.

247) BGH, Urt. vom 22.11.1971, DVBl. 1972, 454 ff., 456 = NJW 1972, 205 ff.; siehe auch Brück, Rechtsprechungs-Übersicht zum Wasserrecht, NJW 1972, 737 ff., 739, Ziff. 10 Buchstabe c.

Schaden herbeizuführen 248).

§ 22 WHG enthält daher in Abweichung vom Verursachungsprinzip eine Haftung für mögliche Verursachung; danach genügt die Möglichkeit, daß die wassergefährdende Immission des jeweiligen Emittenten den eingetretenen Schaden verursacht hat, um den Emittenten für den Schaden haften zu lassen 249).

Die Haftung für mögliche Verursachung ist aber auf Schäden beschränkt, die durch "Einwirkungen", d.h. durch eine in § 22 WHG bezeichnete Handlung oder Anlage verursacht werden 250). Kann der Geschädigte den Nachweis nicht erbringen, daß der Schaden auf solche Einwirkungen zurückzuführen ist, etwa weil auch die Möglichkeit besteht, daß die Beschaffenheit des Wassers auf andere Weise verändert wurde, scheidet eine gesamtschuldnerische Haftung der Emittenten und damit auch eine Haftung für mögliche Verursachung aus 251). Die Haftung für mögliche Verursachung setzt daher die Kausalität zwischen einer von mehreren Emittenten herbeigeführten wassergefährdenden Einwirkung und dem eingetretenen Schaden voraus. Nur dann, wenn der Geschädigte nachweisen kann, daß der Schaden von einem oder mehreren Emittenten i. S. des § 22 WHG herbeigeführt wurde, ihm aber die Möglichkeit fehlt, festzustellen, welcher oder welche der beteiligten Emittenten den Schaden verursacht haben, muß der einzelne Emittent für den möglicherweise verursachten Schaden haften 252).

---

248) BGH, a.a.O., S. 456; siehe auch: Rehbinder, Politische und rechtliche Probleme des Verursacherprinzips, S. 104.

249) Zur Frage der Haftung im Innenverhältnis siehe Gieseke-Wiedemann, § 22, Rdn. 8.

250) Das ergibt sich aus § 22, Abs. 1, Satz 2 WHG: "Haben Mehrere die Einwirkung vorgenommen...".

251) BGH, a.a.O., S. 456.

252) Aus diesem Grund scheidet auch die Haftung für mögliche Verursachung dann aus, wenn nur ein Emittent i.S.d. § 22 WHG vorhanden ist, BGH, a.a.O., S. 456.

Damit ist die Haftung für einen möglicherweise verursachten Schaden nach § 22 WHG auf die Fallgestaltung der alternativen Kausalität beschränkt 253); das Nebentäterschaftsverhältnis der Emittenten, das kausale Herbeiführung des Erfolges voraussetzt, bezieht sich nicht auf den Schaden, sondern beschränkt sich auf die Verursachung der wassergefährdenden Einwirkung.

Im Vergleich zur Haftung für mögliche Ursächlichkeit im Falle alternativer Kausalität nach § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB ist die wasserrechtliche Haftung nicht an das Erfordernis eines tatsächlich einheitlichen, örtlich und zeitlich zusammenhängenden Vorgangs gebunden 254), obwohl gerade bei der gesamtschuldnerischen Haftung nach § 22 WHG ein zeitlicher und örtlicher Zusammenhang zwischen den Einwirkungshandlungen aus tatsächlichen Gründen ohnehin vorliegen wird 255). Da bei der gesamtschuldnerischen Haftung nach § 22 WHG alle Einwirkungshandlungen die Eignung besitzen müssen, den im konkreten Fall eingetretenen Schaden herbeizuführen, kann im Einzelfall sogar der Nachweis eines zeitlichen und unter Umständen auch räumlichen Zusammenhanges, entsprechend den Anforderungen des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB erforderlich sein 256).

Paragraph 22 WHG enthält daher eine der Vorschrift des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB ähnliche Haftungsregelung 257) für einen nur möglicherweise verursachten Schaden, beschränkt auf die Fallgestaltung der alternativen Kausalität.

---

253) Insoweit unzutreffend Tratz, Willoweit, BB 1965, 855 ff., 859 (IV), 858 (II 2): Die Fallgestaltung der alternativen Kausalität könne auf dem Gebiet des Wasserrechts kaum eintreten.

254) BGH, BGHZ 25, 274

255) A.A. Tratz, Willoweit, a.a.O., S. 858, II 2.

256) So BGH, BGHZ 25, 456.

257) Siehe hierzu: Theisel, BB 1965, 637 ff.

bb) Anwendung des in § 22 WHG enthaltenen Haftungsprinzips im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz

Bei der Untersuchung, inwieweit die Haftungsgrundsätze des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz anwendbar sind, wurde bereits festgestellt, daß die Grundsätze, aus denen sich die Verantwortlichkeit für einen nur möglicherweise verursachten Erfolg im Falle alternativer Kausalität ergeben, auch auf die Fallgestaltung der echten und unechten konkurrierenden Kausalität zutreffen. Die Haftung für mögliche Verursachung nach § 22 WHG im Falle alternativer Kausalität kann daher in entsprechender Anwendung auch auf die Fallgestaltung der echten und unechten konkurrierenden Kausalität übertragen werden.

Bereits bei der Untersuchung des § 830 BGB wurde gezeigt, daß einer Anwendung dieses zivilrechtlichen Grundsatzes auf dem Bereich des verwaltungsrechtlichen Immissionsschutzes nicht entgegensteht, daß im Bereich des Deliktsrechts die Schadenshaftung an die Tatbestandsvoraussetzungen Rechtswidrigkeit und Schuld gebunden ist (258). § 22 WHG zeigt, daß dieses oben gewonnene Ergebnis zutreffend ist; denn die Haftung für mögliche Ursächlichkeit ist nach § 22 WHG unabhängig davon, ob die Handlung schuldhaft bzw. rechtswidrig (259) ist.

§ 22 WHG fordert als Tatbestand der Gefährdungshaftung über die oben näher beschriebene mögliche Ursächlichkeit der jeweiligen Handlung nur deren abstrakte Gefährlichkeit. Da die verwaltungsrechtliche Inanspruchnahme für umweltgefährdende Immissionen ebenfalls als Gefährdungshaftung zu qualifizieren ist,

---

258) Siehe insbes. Bauer, JZ 1971, 4 ff., 9 ff.

259) Vgl. hierzu im einzelnen Gieseke-Wiedemann, § 22; Larenz, VersR 1963, 593 ff., 595 ff.

liegt der prinzipielle Unterschied zwischen der Haftung nach § 22 WHG und einer verwaltungsrechtlichen Verantwortlichkeit nur in dem jeweiligen vom Tatbestand bezeichneten Erfolg. Während § 22 WHG sich auf einen bestimmten Schaden bezieht, wird durch den verwaltungsrechtlichen Tatbestand eine abstrakte Gefährdung erfaßt. Aus diesem Unterschied kann jedoch, wie schon oben gezeigt wurde, nicht der Schluß gezogen werden, daß die zivilrechtlichen Grundsätze der Haftung wegen möglicher Verursachung nur deshalb im Verwaltungsrecht nicht anwendbar sind, weil es hier an einem bereits eingetretenen Schaden fehlt. Während der Rechtsgüterschutz des Privatrechts nach § 22 WHG nicht auf Abwehr gefährdender Immissionen gerichtet ist, sondern primär nur auf Ausgleich eines eingetretenen Schadens, herrscht beim öffentlich-rechtlichen Immissionschutz das Präventionsprinzip, das heißt, es soll bereits der Eintritt eines Schadens oder schon die Gefahr eines Schadenseintritts verhindert werden.

An die Stelle der Schadensverursachung tritt im Verwaltungsrecht die Verursachung einer die Gefahrensituation kennzeichnenden Grenzwertüberschreitung. Ist der tatbestandsmäßige Erfolg eine solche Grenzwertüberschreitung, so kann die Anwendung der Haftung für mögliche Ursächlichkeit nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß die Haftung für mögliche Ursächlichkeit ein höheres Maß an Verantwortlichkeit des potentiellen Verursachers voraussetze und diese nur dann anzunehmen sei, wenn die Immission bereits einen Schaden verursacht habe. Wäre diese Argumentation zutreffend, so bedeutete dies, daß die Verantwortlichkeit für die jeweilige Immission erst mit dem Schadenseintritt begründet würde. Aber gerade die durch Immissionen hervorgerufenen, meist unkontrollierbaren Schäden, machen es erforderlich, die Verantwortlichkeit für Immissionen bereits dann eintreten zu lassen, wenn die Immissionen

nur eine Gefährdung hervorrufen. Da dieser Grundsatz in der verwaltungsrechtlichen Immissionsgesetzgebung deutlich zum Ausdruck kommt, ist es gerechtfertigt, daß entgegen der zivilrechtlichen Regelung im Bereich des verwaltungsrechtlichen Immissionsschutzes die "Haftung" für mögliche Verursachung (im Falle konkurrierender Kausalität) bereits dann eintritt, wenn der möglicherweise verursachte Erfolg "nur" in einer Gefährdung besteht.

#### IV. Ergebnis:

##### Zurechnung einer grenzwertüberschreitenden summierten Immission mittels Wahlfeststellung

Die Anwendung des Verursachungsprinzips im verwaltungsrechtlichen Immissionsschutz ist notwendig an den Nachweis der Verursachung einer Immissionsgrenzwertüberschreitung gekoppelt. Das hat zur Folge, daß der Nachweis der Verursachung dieses Erfolges gerade in den am häufigsten auftretenden Fällen der summierten Immissionen (Fall 4 und 5) wegen der besonderen Gestaltung des Erfolgsbegriffes unmöglich ist.

Die vergleichende Untersuchung zivilrechtlicher Haftungstatbestände hat gezeigt, daß in diesen Fallgestaltungen die vom Gesetz geforderte Ursächlichkeit durch den Nachweis der möglichen Verursachung ersetzt werden kann. Da jedoch die Anwendung des Haftungskriteriums der möglichen Verursachung als Ausnahme vom gesetzlichen Verursachungserfordernis auf die Fallgestaltung der konkurrierenden Kausalität beschränkt ist, erfordert die Anwendung dieses Haftungskriteriums im Einzelfall den Nachweis, daß es sich um eine Fallgestaltung der konkurrierenden Kausalität handelt.

Dieser Nachweis ist in bezug auf die Fallgestaltungen der unechten konkurrierenden Kausalität (Fall 4 und 5) immer dann erbracht, wenn erwiesen ist, daß die summierte Immission den Grenzwert überschreitet und die jeweilige Einzelimmission eine Erhöhung des tatsächlichen Immissionswertes, jedoch keine Grenzwertüberschreitung, verursacht hat.

Andererseits braucht auf das Haftungskriterium der möglichen Verursachung dann nicht zurückgegriffen wer-

den, wenn die jeweilige Einzelimmission eine Grenzwertüberschreitung verursacht, da insoweit der Nachweis kausaler Bewirkung erbracht ist. Da eine Einzelimmission, die eine Werterhöhung der summierten grenzwertüberschreitenden Immission verursacht, entweder für die Grenzwertüberschreitung ursächlich oder nicht ursächlich ist und eine dritte Möglichkeit nicht denkbar ist, kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß eine an einer grenzwertüberschreitenden Gesamtimmission beteiligte Einzelimmission, die eine Veränderung des konkreten Immissionswertes hervorgerufen hat, entweder für die Grenzwertüberschreitung ursächlich ist oder in der Fallgestaltung der unechten konkurrierenden Kausalität eine mögliche Ursache für die Grenzwertüberschreitung gesetzt hat.

Da die möglicherweise verursachte Grenzwertüberschreitung in gleicher Weise zuzurechnen ist, wie die verursachte Grenzwertüberschreitung, ist zwischen Erfolgsverursachung und möglicher Erfolgsverursachung Wahlfeststellung möglich. Eine grenzwertüberschreitende Immission kann einem Einzelemittenten daher immer dann zugerechnet werden, wenn der Emittent eine Erhöhung des tatsächlichen Immissionswertes hervorgerufen hat.

Aus diesem Grund ist es in den Fallgestaltungen degressiver und progressiver Summierung nicht erforderlich festzustellen, in welchem Anteilsverhältnis eine zu einer summierten Immission hinzutretende Einzelimmission den Wert der Gesamtimmission erhöht. Es ist für die verwaltungsrechtliche Zurechenbarkeit ausreichend, daß die progressiv oder degressiv summierte Immission den Grenzwert überschreitet und daß die jeweilige Einzelimmission den Wert der summierten Immission - wenn auch nur geringfügig - erhöht.

Da die Zurechnung einer grenzwertüberschreitenden Immission im Falle degressiver und progressiver Sum-

mierung an die gleichen Voraussetzungen gebunden ist wie die Zurechnung im Falle linearer Summierung, ist es für die Frage der Zurechenbarkeit nicht erforderlich festzustellen, ob im Einzelfall eine progressive, degressive oder lineare Summierung vorliegt. Allein entscheidend ist, daß die jeweilige Einzelimmission eine Werterhöhung der Gesamtimmission verursacht und daß die Gesamtimmission den Grenzwert überschritten hat.

Andererseits kann aber aus dem Umstand, daß beim Hinzutreten einer Einzelimmission der Wert der Gesamtimmission keine Änderung erfährt, nicht geschlossen werden, daß die betreffende Einzelimmission für den konkreten Erfolg nicht kausal ist, da das Gleichbleiben des Immissionswertes ausnahmsweise auf dem Grenzfall degressiver Summierung (s. o. Fall 10) beruhen kann. Da in dieser Fallgestaltung sowohl die Möglichkeit der Ursächlichkeit als auch der Nichtursächlichkeit in Bezug auf den konkreten Immissionswert besteht, kann die Frage der Erfolgszurechnung positiv nur nach Erforschung des tatsächlichen Kausalverlaufs beantwortet werden.

Gleiches gilt für den ebenfalls seltenen Fall der umgekehrt proportional degressiven Summierung, der dann vorliegt, wenn bei einem Hinzutreten einer Einzelimmission der Wert der Gesamtimmission sinkt. Da auch in diesem Fall sowohl die Möglichkeit der Ursächlichkeit, als auch die der Nichtursächlichkeit besteht, kann die grenzwertüberschreitende Immission dem jeweiligen Emittenten im Zweifel nicht zugerechnet werden.

## C. Anhang

### Übersicht über gesetzliche Vorschriften mit immissionsschutzrechtlichem Inhalt:

Als bundesgesetzliche Regelung sind nach Inkrafttreten des BImSchG folgende Vorschriften mit immissionsschutzrechtlichem Inhalt bestehen geblieben.

(Einige dieser Normen wurden den gesteigerten Anforderungen auf dem Gebiet des öffentlich-rechtlichen Immissionsschutzes durch entsprechende Änderungsvorschriften des BImSchG angepaßt, z. T. enthalten die Änderungsvorschriften auch nur eine Übernahme der Begriffssystematik des BImSchG):

#### I. Auf dem Gebiet des Gewerberechts

1. Gewerbeordnung, i.d.F. vom 30.6.1900 (RGBl. S. 321), zuletzt geändert am 16.8.1972, (BGBl. I S. 1465)
  - a) §§ 24 - 24 d GewO  
(Vorschriften über überwachungsbedürftige Anlagen)
  - b) § 33a GewO  
(Veranstaltung von Singspielen u.ä.)
  - c) § 33 i GewO  
(Betrieb einer Spielhalle)
  - d) § 51 GewO  
(Untersagung der Benutzung einer jeden gewerblichen Anlage wegen überwiegender Nachteile und Gefahren für das Allgemeinwohl, soweit die Anlage nicht dem BImSchG unterliegt)
2. Gaststättengesetz vom 5.5.1970 (BGBl. I S. 465)  
(Anforderungen an die örtl. Lage, die Ausstattung und den Betrieb einer Gaststätte zum Schutze vor umweltgefährdenden Immissionen; § 4 Abs. 1 Nr. 3; § 5 Abs. 1 Nr. 3)
3. Gesetz über technische Arbeitsmittel vom 24.6.1968 (BGBl. I S. 717)  
(Anforderungen an Werkzeuge, Geräte u. a. Arbeitseinrichtungen zur Abwehr von Gefahren aller Art für die Benutzer oder Dritte)

## II. Auf dem Gebiet des Verkehrsrechts:

1. Straßenverkehrsgesetz vom 19.12.1952 (BGBl. I S. 837, zuletzt geändert am 28.6.1972 (BGBl. I S. 1001))  
(Anforderungen an Kraftfahrzeuge zur Vermeidung umweltgefährdender Immissionen: § 1, § 6)
2. Personenbeförderungsgesetz vom 21.3.1961 (BGBl. I S. 241), zuletzt geändert am 27.6.1970 (BGBl. I S. 911)  
(Anforderungen an den Bau und die Einrichtungen der in Personenbeförderungsunternehmen verwendeten Fahrzeuge)
3. Allgemeines Eisenbahngesetz vom 29.3.1951 (BGBl. I S. 225, bes. S. 438), zuletzt geändert am 24.5.1968 (BGBl. I S. 502)  
(Anforderungen an Bau, Betrieb und Verkehr der Eisenbahn, bzw. Ermächtigung zu entsprechenden Rechtsverordnungen)
4. Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15.2.1956 (BGBl. II S. 317), zuletzt geändert am 14.4.1971, (BGBl. I S. 345)  
(Vorschriften über Bau, Betrieb und Verkehr von Wasserfahrzeugen, sowie über Vorauss. für den Transport gefährlicher Güter durch Wasserfahrzeuge und Ermächtigung zu entsprechenden Rechtsverordnungen; §§ 1, 3)
5. Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt; vom 25.5.1965 (BGBl. II S. 833), zuletzt geändert am 18.8.1972 (BGBl. I S. 1834)  
(Maßnahmen zur Verhinderung von Gefahren, die von der Seeschifffahrt ausgehen können, Ermächtigung zu entsprechenden Rechtsverordnungen)
6. Luftverkehrsgesetz (LuftVG) i.d.F. vom 4.11.1968 (BGBl. I S. 113), zuletzt geändert am 30.3.1971 (BGBl. I S. 282)  
(Anforderungen an Luftfahrzeuge und deren Genehmigungspflicht, Vorauss. für den Bau von Flughäfen)

### III. Auf dem Gebiet des Strahlenschutzes

Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) vom 23.12.1959, (BGBl. I S. 814), zuletzt geändert am 23.6.1970  
(BGBl. I S. 805)

(Wegen der besonderen Gefahren, die durch die Verwendung radioaktiver Stoffe entstehen können, ist der Schutz vor Immissionen in Form von ionisierender Strahlung nicht in das BImSchG einbezogen worden, siehe § 2 Abs. 2 BImSchG)

### IV. Auf dem Gebiet des Planungsrechtes

1. Raumordnungsgesetz vom 8.4.1965 (BGBl. I S. 306)

(Die Raumordnung hat die Reinhaltung der Luft und den Schutz der Allgemeinheit vor Lärmbelästigungen zu berücksichtigen, § 2 Abs. 1 Nr. 7)

2. Bundesbaugesetz vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341),  
zuletzt geändert am 7.6.1972  
(BGBl. I S. 873)

(Die Bauleitpläne haben sich nach der Gesundheit der Bevölkerung zu richten, § 1 Abs. 4)

3. Bundesfernstraßengesetz, i.d.F. vom 6.8.1961  
(BGBl. I S. 1742), zuletzt  
geändert am 18.3.1971,  
(BGBl. I S. 239)

(Bauanlagen an Bundesfernstraßen, Schutzwal-  
dungen)

4. Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vom 30.3.1971  
(BGBl. I S. 282)

(Eingeschränkte und uneingeschränkte Bauverbote für bewohnte Gebäude - § 5 - in bestimmten Lärmschutzbereichen in der Umgebung von Flughäfen.

Ferner enthält das Gesetz eine Regelung über den Ersatz von Aufwendungen für Schallschutzmaßnahmen an Wohngebäuden innerhalb der festgesetzten Lärmschutzbereiche.

- passiver Immissionsschutz - §§ 9 - 12)

V. Vorschriften, die nur mittelbar dem Immissions-  
schutz dienen

1. Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Altöl-  
beseitigung (Altölgesetz) vom 23.12.1968  
(BGBl. I S. 1419)
2. Gesetz über die Beseitigung von Abfällen (Ab-  
fallbeseitigungsgesetz - AbfG) vom 7.6.1972  
(BGBl. I S. 873)
3. Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts  
(Wasserhaushaltsgesetz) vom 27.7.1957  
(BGBl. I S. 1110),  
zuletzt geändert am  
23.6.1970 (BGBl. I  
S. 805)

## Lebenslauf

Ich wurde am 13. Januar 1948 als Sohn des Techn. Bundesbahn-Oberinspektors Heinrich Poppe und seiner Ehefrau Hildegard in Kassel geboren. Geschwister habe ich keine.

Im Alter von 6 Jahren, am 26.4.1954 wurde ich in die Bürgerschule Herkulesstraße aufgenommen, Ostern 1958 wechselte ich auf die Albert - Schweitzer - Schule, einem Gymnasium für Jungen, über. Diese Schule besuchte ich bis zur Reifeprüfung am 2.11.1966.

Noch im Wintersemester 1966/67 begann ich das Jurastudium an der Phillips - Universität Marburg und legte nach achtsemestrigem Studium am 30. Juli 1971 die Erste Juristische Staatsprüfung mit der Note "befriedigend" ab.

Im Anschluß an das Staatsexamen begann ich mit der Arbeit an der vorliegenden Dissertation. Während dieser Zeit war ich vom 15.12.1971 bis zum 31.8.1972 als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Öffentliches Recht der Phillips-Universität angestellt.

Am 3.12.1973 trat ich bei dem Landgericht in Kassel in den Referendardienst ein.



Herstellung:

Fachschreibbüro Schultz-Lange, Kassel, Telefon (05 61) 7 18 66